

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntag-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Emil L., Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Meuth-Strasse 2.

Sonntag, den 13. November 1897.

Expedition: SW. 19, Meuth-Strasse 3.

Lehren der Gewerbebezahlung.

Obwohl die Ergebnisse der letzten Gewerbebezahlung noch nicht so vollständig vorliegen, daß ein endgültiges Bild über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1882-1896 entworfen werden könnte, so dürfen wir doch schon auf Grund der bisherigen Veröffentlichungen eine Reihe Entwicklungstendenzen ableiten, die durchaus die wirtschaftlichen Theesen bestätigen, auf denen das sozialdemokratische Programm sich aufbaut.

Es ist für die bürgerlichen Nationalökonomien und erst recht für die politischen Anschauungen sämtlicher bürgerlicher Parteien immer noch eine ungelöste Frage, ob denn die von der Sozialdemokratie behauptete Verdrängungsprozesse der Kleinbetriebe zu Gunsten der großen Betriebe stattfinden, ferner, ob innerhalb der großen Betriebe selbst wieder ein Prozeß sich abspiele, der darauf hinausläuft, die Produktion irgend welcher Waaren auf eine möglichst kleine Zahl leistungsfähiger Betriebe zu konzentrieren. Es ist namentlich für die bürgerlichen Parteien schwer, die Wichtigkeit dieser Entwicklung zuzugestehen. Verlieren sie doch in diesem Falle das Vertrauen einer großen Zahl ihrer Anhänger, die ihnen bei den Wahlen in der Hoffnung nachlaufen, durch geschickliche Ereignisse könnte der Gang der für sie verhängnisvollen Entwicklung aufgehalten werden. Ja, man scheint sich in gewissen Kreisen auch heute noch nicht, für den Niedergang der Kleinbetriebe die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, vielleicht weil sie als Raskandra die Wahrheit früher gekannt hat wie die wirtschaftliche so kurz-sichtigen bürgerlichen Wortführer. Was hat man seit 1882 bürgerlicherseits nicht alles versucht, um den kleinen Produzenten munter und gesund zu erhalten! Die Technik hat sich eifrig dem Problem zugewandt, dem Kleinbetrieb Motoren zu konstruieren, der ihm billigste Betriebskraft zusichert. Welcher Jubel brach in den handwerkerfreundlichen Kreisen aus, als man in der elektrischen Kraft das Mittel gefunden zu haben glaubte, den Kleinmeister gegenüber dem Großbetrieb konkurrenzfähig zu machen! Man schwärmte für Kredit-, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, überkaufte den Handwerker geradezu mit Hilfsmitteln und Stützen, auf die gestützt er zur Höhe des Großbetriebs emporklettern sollte. Mit welchem Erfolge?

Darüber geben uns die trockenen Zahlen der Gewerbestatistik lehrreiche Auskunft. Wir wählen als typisches Beispiel die Textilindustrie.

Obgleich gerade hier der Sieg des Großbetriebes über den Kleinbetrieb schon längst entschieden war, so vegetierte doch in diesem Industriezweig mit außerordentlicher Zähigkeit eine Masse kleiner Betriebe, die nicht leben und nicht sterben konnten. Noch im Jahre 1882 zählte man in Preußen nicht weniger als 116 635 Kleinbetriebe in der Textilindustrie, die als Hauptberufe ausgeübt wurden. In den 13 Jahren, die zwischen den beiden gewerbestatistischen Aufnahmen verfloßen sind, ist so ziemlich die Hälfte dieser Betriebe aus dem Produktionsleben geschwunden. Aus 116 635 Kleinbetrieben sind 63 629 geworden. Welche verweisungsreichen Geschichten aus dem Kampf um die Selbständigkeit, ja ums Dasein, liegen in diesen beiden Zahlen! Das Weberelend datiert in Deutschland um mehr als 50 Jahre zurück. Es ist geradezu vorbildlich geworden für den ins Proletariat versinkenden Handwerker. Es ist bekannt, wie hartnäckig gerade die Hungergestalten der Weber an ihrem bischen Selbständigkeit festhalten, wie schwer sie sich entschließen, zu einem anderen Berufe überzugehen oder gar als unselbständige Arbeiter sich in das Gänge einer Fabrik einzuordnen. Aber alle Versuche dritter, alle eigenen Anstrengungen, sich über Wasser zu halten, sind vergeblich gewesen. Auch das Stück Land, auf dem der Weber sich einen Theil seiner Lebensmittel bauen konnte, durch das ihm die Verwerthung seiner Arbeitskraft zu Spottpreisen möglich wurde, hat nicht die Kraft gehabt, tausende und abertausende dieser Selbständigen vor dem Versinken ins breite Meer des Proletariats zu retten. Ob der Prozeß nun so erfolgt ist, daß diese Kleinbetriebe mit dem Tode ihrer Inhaber endgültig verschwunden sind, oder ob diese noch bei Lebzeiten der Konkurrenz der großen Fabriken erlagen, das thut nichts zur Sache; jedenfalls sind sie spurlos verschwunden.

In welcher Weise in der Weberei speziell diese Verdrängung der Kleinbetriebe erfolgt ist, darüber giebt nachstehende Tabelle lehrreichen Aufschluß:

Man zählte	Kleinbetriebe		
	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	
Seidenweberei . . .	1895	12 870	541
	1882	26 772	790
Wollweberei . . .	1895	7 052	880
	1882	7 679	647
Leinenweberei . . .	1895	13 952	6 205
	1882	26 004	11 823
Zitweberei . . .	1895	8 038	1 601
	1882	13 589	2 250
Weberei von ge- mischten Stoffen . . .	1895	4 174	904
	1882	7 097	1 454
Zusammen . . .	1895	46 132	10 195
	1882	81 240	18 472

Am verheerendsten war die Ausmerzungen der Kleinbetriebe in der Seiden- und Leinenweberei, am geringsten in der Woll-

weberei. Annähernd 35 000 selbständige Handwerker sind in den zehn Jahren von der Bildfläche verschwunden.

Aber nicht nur die Zahl der Kleinbetriebe ist rapid zurückgegangen, auch die Gehilfen- und Motorbetriebe haben eine starke Reduzierung erfahren, was den Schluß gestattet, daß auch hier immer mehr die große Fabrik Alleinbetrieberin der Produktion wird. In der Gesamttextilindustrie Preußens ist die Zahl der Gehilfenbetriebe von 42 494 auf 25 579 zurückgegangen, in der Spinnerei allein von 2116 auf 1432, in der Weberei von 32 497 auf 17 659, in der Striderei und Wälderei von 1768 auf 823, in der Posamentenfabrikation endlich von 850 auf 653. Daß diese Verminderung in der Zahl der Betriebe auf Kosten der kleineren und mittleren Betriebe erfolgt ist, das dürfte auch aus der Erscheinung hervorgehen, daß infolge der technischen Leistungsfähigkeit der großen Fabriken die Zahl der Gewerbetätigen in manchen Zweigen der Textilindustrie ziemlich auf-fallend zurückgegangen ist. Sie sank in der Spinnerei von 75 370 auf 71 410, in der Weberei von 266 672 auf 261 931, obgleich die Produktion seit 1882 gegen heute sich mindestens verdoppelt hat. Allein in der Baumwollweberei sind heute 14 000 Leute weniger thätig wie im Jahre 1882.

Dieser mit durch wenige Zahlen die Umwälzungen angedeutet, denen die Textilindustrie und damit das soziale Leben eines beträchtlichen Theiles unserer Bevölkerung in den letzten dreizehn Jahren ausgesetzt waren. Sie bedeuten eine eklatante Niederlage aller der Wirtschaftspolitiker, die in der Erhaltung der überlebten und heute nicht mehr rentablen Kleinbetriebe ein Heil unseres Volkes erblicken zu müssen glauben. Hier haben sie einen schlagenden Beweis, daß all ihren Versuchen zum Trotz die wirtschaftliche Entwicklung sich härter gegen sie als ein noch so mächtiger menschlicher Eigensinn. Nicht in der Erhaltung der wirtschaftlichen Existenzen, die kaum satt zu essen, geschweige denn menschenwürdig zu leben haben, kann das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik liegen, sondern in der kräftigen Entwicklung der leistungsfähigsten Betriebsform, innerhalb welcher allerdings für eine möglichst günstige Position des unselbständigen Arbeiters gesorgt werden muß. Geht die Entwicklung der Großbetriebsform mit der Entwicklung einer kräftigen Arbeiterbewegung und Arbeiterrecht-Gesetzgebung Hand in Hand, so braucht für den kleinen Selbständigen der Uebergang vom Meister zum Handwerker keine Verschlechterung seiner Lage mehr zu bedeuten. Aber gerade das Vorhandensein einer großen Menge solcher unproduktiven Kleinbetriebe, die fortwährende Anspannung derselben, die ängstliche Rücksichtnahme auf sie erschweren den Arbeitern jede energische Lohnbewegung. Wenn in der deutschen Textilindustrie der Lohnsatz noch ein gar so erschreckend niedriger ist, so ist dafür nicht zuletzt die gefährliche Unterbietung eben dieser kleinen Handbetriebe Schuld, die den vorwärts strebenden Arbeitern immer wieder, menschlich bezweifelbar, aber politisch höchst verwerflich, in den Rücken fallen.

Was hilft also diese Kleinliche sogenannte Mittelstandspolitik? Ist der Gang der Entwicklung zu hemmen? Sind diese Minimalbetriebe zu halten? Die Resultate liegen klar zu Tage und zeigen den Weg, den unsere Wirtschaftspolitik einzuschlagen hat, will sie nicht beiden Theilen böshafterweise fortgesetzt Knüttel zwischen die Beine werfen, will sie nicht hier den Todestampf der kleinen Meister grausam verlängern und dort den Aufschwung der Großindustrie und die Beförderung der Lage der Arbeiter böswillig aber am Ende doch völlig ergebnislos hemmen.

Politische Ueberflacht.

Berlin, 12. November.

Dem „niedergehenden Parlamentarismus“ schwächt die „Konservative Korrespondenz“ in einem Artikel über die kommende Reichstags-Session. Das Blatt begrüßt die bald zusammentretende Volksvertretung nicht freudig, sondern spricht sich über die höchste Körperschaft des deutschen Volkes in einer Art aus, in der sich über die Regierung auszusprechen, kein anderer wagen dürfte, ohne sich dem grimmigsten Joru und der sofortigen Demunziation desselben Blattes aus-zusetzen. Ihre schlechte Meinung über den Reichstag und seine bevorstehende Thätigkeit faßt die „Kons. Korresp.“ also zusammen:

„Wenn unter solchen Umständen die Bevölkerung der Reichstags-Gründung mit großem Gleichmuth entgegensteht, ja, wenn in weiten Kreisen recht despektirlich von dem in Aussicht stehenden fruchtlosen „Gegänke“ und von dem „Wiederläuten“ längst verbanter Reden, Anträge und Debatten gesprochen wird, so ist das kein Wunder. Der Parlamentarismus hat eben bei uns unglücklich rasch abgewirksam, wie das bei dem Vorderrischen der ewig ungelösten demokratischen Elemente in ihm auch gar nicht anders zu erwarten war.“

Welches ist denn die Bevölkerung, welches sind die „weiten Kreise“, von denen die „K. K.“ spricht? Das sind die Junker und die hohe Bürokratie und die Stumm'schen Industriefürsorge, deren Mißbehagen mit dem gegenwärtigen Reichstag freilich recht begründet ist. Das ist die Gefolgschaft der Parteien, die bei den Reichstags-Nachwahlen Niederlagen und Niederlagen erlitten haben und denen deshalb das Reichstags-Wahlrecht, das sie von einem Sitz um den anderen Sitz verjagt, ebenso wenig gefällt wie der Reichstag selbst.

Niemand ist wohl weiter entfernt als wir, dem gegenwärtigen Reichstag Loblieder zu singen. Thatsächlich aber haben wir einen besseren Reichstag kaum gehabt, als den gegen-

wärtigen und, wenn die Thätigkeit dieses Reichstages allerdings keine fruchtbare und am wenigsten eine uns genügende ist, so liegt das sicherlich weniger am Reichstag selbst und an den Parteien, die jetzt die Mehrheit gegenüber den Konservativen und Regierungsklienten sans phrase bilden, als vielmehr an der Regierung, welche die berechtigten Forderungen der Wähler-schaft nicht erfüllt und dadurch die Wiederholung schon oft-mals kritischer Mißstände und andauernder Bekämpfung ihrer heillosen Politik heraufschafft.

Der deutsche Parlamentarismus ist nicht nur nicht „ab-gewirksam“, wie die Parlamentarismus-feindliche „Kons.-Korresp.“ vorgiebt, sondern in den ersten Anfängen einer heilsamen Entwicklung; einer Ent-wicklung, die hoffentlich den Herren der Rechten immer un-angenehmer werden wird.

Der Reichstag giebt zudem dem deutschen Volke die einzige Gewähr eines gesunden politischen Fortschritts gerade in solchen Zeitläuften, in denen die Regierung nicht nur einer weisen, volksförderlichen Politik ermangelt, sondern von Launen und Augenblicksstim-mungen hin und her ge-worfen, ihr Ansehen von Jahr zu Jahr mit reißender Schnelligkeit mindert!

Das deutsche Volk weiß deshalb auch recht wohl, was ihm der Reichstag, trotz seiner Fehler und Rückständigkeit, be-deutet und sieht der kommenden Reichstags-session mit leben-digem Interesse entgegen. —

Die Hohenzollern'sche Geschichtslegende ist sehr ver-schwenklich mit dem Titel „groß“, „Acker Friedrich dem Großen“, über dessen „Göße“ man sich in Wehring's „Festung-Verende“ unterrichten kann, hat sie auch einen „Großen Kurfürsten“. Dieser wird in allen Schulbüchern und auch in den meisten „gelehrten“ Büchern als ein Ausbund deutscher Gesinnung bezeichnet und ge-schildert. Er hat Preußen auf seinen „deutschen Bern“ vorbereitet, und was der Redensarten sonst sind.

Die Geschichtskenner lächeln zu diesem Tendenz-Geschichten. Denn es ist eine unumstößliche Thatsache, daß der „Große Kurfürst“ im Jahre 1679 mit dem französischen Grobber-Despoten Ludwig dem Aierzehnten einen Vertrag (zu St. Germain-en-Laye) ab-geschlossen hat, durch welchen er sich verpflichtete, als deutscher Kurfürst die Wahl des besagten Ludwig (auch „der Große“ genannt) zum Deutschen Kaiser zu betreiben, und für diesen patriotischen Liebesdienst sich von dem „Erbfeind“ ein Trümpel d. Verzeihung: Subsidien, im Betrage von 100 000 Gold-livres (2 Millionen Mark) auszubezahlen.

Die 100 000 Goldlivres sind auch pünktlich bezahlt und — an-genommen worden. Deutscher Kaiser wurde der „wälsche Mäuer“, der „Dieb von Strahburg“, der „Nordbrenner der Pfalz“ u. s. w., aber nicht; vernehmlich weil nicht alle Kurfürsten so patriotisch waren, wie der „Große Kurfürst“.

In der „Völkischen Zeitung“ wurden jüngst die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags abgedruckt. Da kann der Leser sie nachlesen.

Bemerkenswerth ist noch, daß die Lante Voh zur Entscheidung des „Großen Kurfürsten“ sagt, „man könne sicher sein, daß er den Vertrag niemals erfüllt hätte.“ Eine Annahme, deren Konsequenz sich die Lante wohl nicht ausgedacht haben. Nun, was ist jemand, der sich für Dienste bezahlen läßt, die er nicht zu leisten beabsichtigt?

Rechtens wurde 116 Jahre nach dem Frieden von St. Germain-en-Laye der Baseler Friede geschlossen (1795), in welchem Preußen seinen deutschen Bern abermals glorreich bekundete, indem es das linke Rheinufer an Frankreich abtrat. —

Ein internationales Amt für Zollangelegenheiten schlagen Schweizerische Blätter schon seit einiger Zeit allen Ernstes vor. Man hätte annehmen sollen, daß die deutsche Presse, die dem Unternehm- und Handelsstand nahe steht, diesen Vorschlag wenigstens wieder-abgeben, geprüft und gewürdigt hätte, aber mit Ausnahme eines Fachblattes ist der Gedanke bis jetzt in Deutschland noch gar nicht beachtet worden. In Oesterreich-Ungarn dagegen hat er ziemlich rasch sogar von offizieller Seite sehr freundliche Aufnahme gefunden. Der Plan geht ausschließlich das handelstreibende Publikum, vor-nehmlich die Exportindustriellen an. Die Hauptaufgabe des inter-nationales Zollamtes, das in Bern seinen Sitz haben soll, bestünde darin, daß die verschiedenen Staaten sich über ein einheitliches Tarifsystem einigten, durch welches das Zollwesen für die Beamten wie für die Kaufleute und Exporteure erheblich vereinfacht würde. Die Einheit des Systems würde die Verschiedenheit der Ansätze des Tarifs seitens der einzelnen Staaten nicht anschießen; gleich soll vielmehr nur die Grundlage zur Berechnung der Zölle sein. Das internationale Zollamt würde ferner ein Schiedsgericht in Zoll-streitigkeiten bilden, den die Vertragsstaaten schwierige Angelegen-heiten und Streitigkeiten zu unterbreiten und dessen Spruch als inappellabel anzuerkennen hätten. Ferner hätte dieses Amt das Formularewesen zu regeln und endlich für eine richtige Waarenstatistik, die noch sehr im Argen liegt, gemeinsame Normen aufzustellen. Das wären mit wenigen Worten die Aufgaben, die ein internationales Zollamt zu erfüllen hätte. Die Ausführung des Gedankens würde eine große Erleichterung und Vereinfachung des Verkehrslebens zur Folge haben und wäre in dieser Beziehung durch-aus zu wünschen. Indes ist es fraglich, ob bei der Interesslosigkeit, mit der z. B. die deutschen Industriellen und Kaufleute dem Vorschlage, mit dem sie noch nicht einmal bekannt gemacht worden sind, bei ihrer bekannten Schläfrigkeit gegenüberstehen dürften, eine kräftige Initiative zur Ausführung des Planes zu schaffen sein wird. —

Deutsches Reich.

— Das Reichstags-Präsidium. Bei der Ren-wahl des Präsidiums dürften möglicherweise Veränderungen eintreten. Wie die „Staatsbürger-Zeitung“ wissen will, beabsichtigt eine Kon-servative und Nationalliberale, welche seit dem März 1895, wo sie mit ihrer Bismard-Verherrlichung so glänzend abfielen, sich von der Präsidentenwahl fernhielten, die ihnen zukommenden Sitze im Prä-

Abium zu beanspruchen. Wenn dies zutrifft, dürfte der erste Vizepräsident von den Konservativen, der zweite von den Nationalliberalen gestellt werden.

Es ist auffällig, daß die Konservativen und Nationalliberalen in der letzten Session dieser Legislaturperiode noch eine Aenderung in der Zusammensetzung des Präsidiums beabsichtigen sollten. Offenbar wüßten sie ihre Thorheiten vom März 1895 gar sehr.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung, wie ergäuzend gemeldet wird, den Ansuchen, betr. die Kosten der Schiffvermessung durch Zollfahrzeuge und betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung von Ausländerinnen über die Vorlage vom 11. Oktober d. J., betr. Aenderung der Instruktion zur Ausführung der Schiffvermessungs-Ordnung und über den Entwurf eines Gesetzes für Schiffahrt wegen Abänderung des Sparfahrgesetzes vom 14. Juni 1895 die Zustimmung erteilt. Die Vorlagen betr. Ergänzung der Eingangsbestimmung unter Nr. XXXV der Anlage B zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands in bezug auf die Beförderung von Sicherheitspreparaten der Gütteleisenbahn-Fabrikanten, und betr. den Entwurf einer Bekanntmachung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Ziegeleien, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die beabsichtigte Aufhebung des Verbotes des Inverbindungtretens von Vereinen in Sachen veranlaßt vielfach in der Presse dieselbe Frage, die auch wir gestern schon stellen: Was wird nun Preußen thun? Die „Nat. Anz.“ ist der Meinung, daß der Weg zur Lösung der Frage in Preußen angesichts der Stellungnahme des Herrenhauses allerdings versperrt sei. Wir bringen aber, sagt die „N. A.“ in Erinnerung, daß seitens der Antragsteller im Reichstag die Eventualität in Rechnung gestellt worden ist, es könnten einige einzelstaatliche Regierungen — an Preußen dachte man freilich nicht — der dem Reichstag gegebenen Zusage nicht Rechnung tragen. Für diesen Fall bestand auf Seiten der nationalliberalen Fraktion wenigstens kein Zweifel, daß die Reichsregierung dann auf dem geordneten Weg der Reichsgesetzgebung die Verbindungsverbote zu beseitigen verpflichtet sei.

Die Regierungen müssen ohne Zweifel, wenn sie nicht das durch ihren Vertreter, den Reichskanzler, dem Reichstage gegebene Versprechen wirklich brechen wollen, dem Beschluß des Reichstages vom 18. Mai zustimmen.

Zum Stande der Militärstrafprozess-Ordnung wird mitgeteilt, daß der Bundesrath einstimmig, nach Ausschließung der Frage bezüglich des Obersten Gerichtshofs, beschlossen habe, daß der Entwurf in der vom Ausschusse fertiggestellten Gestalt dem Reichstage vorgelegt werde. Jedoch soll das Einführungs-gesetz zu diesem Entwurfe noch nicht die Zustimmung des Plenums gefunden haben. Aus diesem Grunde ist auch von jeder offiziellen Mittheilung des Beratungsergebnisses abgesehen worden. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Bundesraths hat das Einführungs-gesetz keinesfalls gestanden. Ueber den Inhalt des Entwurfs erfahren wir, daß das Prinzip der Oeffentlichkeit des Verfahrens durch eine ganze Reihe von Kautelen, die den etwaigen Mißbrauch bei Anwendung des Prinzips vorbeugen und die Disziplin schützen sollen, eng begrenzt worden ist. Die Stimmung in gewissen Regierungskreisen geht daher auch dahin, daß für diesen Entwurf eine Mehrheit im Reichstage sich nicht bilden lassen werde.

Wirtschaftspolitisches Bureau. Zur Vervollständigung der Vorbereitung des Materials für die Erneuerung der Handelsverträge ist im Reichsamt des Innern in der dem Geh. Oberregierungs-rath Vermuth unterstehenden Abtheilung ein besonderes wirtschaftspolitisches Bureau eingerichtet worden. In dasselbe sind die Professoren v. Grob und Martin berufen. Der eine bearbeitet die Zolltariffragen, während dem anderen die Aufstellungen der Produktions- und Waarenstatistik zugewiesen sind.

Sach gegen Milzbrand-Vergiftung. Vom Reichsamt des Innern wird eine Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einberufen werden, die einen im kaiserlichen Gesandtschaftsamt ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Verhütung der Milzbrand-Übertragung bei der Thierhaar-Verarbeitung begutachten soll. Die Angelegenheit beschäftigte die Reichs-Medizinalbehörden seit geraumer Zeit. Auf die Milzbrand-Übertragung in Lohhaar-Spinnereien wurde die allgemeine Aufmerksamkeit im vermehrten Maße dadurch gelenkt, daß die Arbeiter der Lohhaarspinnereien in Nürnberg und Bärth im vorigen Jahre die gewerblichen Milzbrand-Übertragung in ihren Gewerkschaftsversammlungen öffentlich erörterten. Vom kaiserlichen Gesundheitsamt wurde, wie die „Voss. Zig.“ nun berichtet, eine Abordnung Sachverständiger nach Nürnberg und Bärth geschickt, die sich durch den Augenschein über die hygienischen Verhältnisse in den Lohhaarspinnereien unterrichteten. Die Verhütung der gewerblichen Milzbrand-Übertragung ist ungemein schwierig.

Sie muß aber wegen der großen Gefahren unbedingt durchgeföhrt werden, selbst wenn die betreffende Industrie darunter leiden sollte.

Voreid oder Nachaid? Den Betrachtungen, die wir in unserer Nummer vom 10. d. M. anlässlich der Verfassung eines Mannes wegen vermeintlichen Meineids in einer Bagateltsache aufstellten, welche von einem konservativen Abgeordneten geleitet wurde, schließt sich die „Königliche Zeitung“ im wesentlichen an. Auch sie tritt für den Nachaid statt des Voreids ein. Sie meint indes, ein ausdrückliches Verbot, überflüssige oder unzulässige Fragen an Zeugen zu richten, sei unbedingt, weil überflüssige. Nach dieser Richtung hin ist die „Königliche Zeitung“ im Irrthum. So lange ein solches gesetzliches Verbot nicht besteht, ist eine Befragung eines Richters wegen Amtsmissbrauchs kaum möglich, der überflüssige oder unzulässige Fragen an den Zeugen richtet. Andere Gesetzbuchungen, z. B. die englische, haben den gewiß noch empfehlenswerthen Weg beschritten, das Verbrechen des Meineids auf die Fälle zu beschränken, in denen sachhebeliche Dinge falsch bekundet werden. — Auffallend ist, daß die in Sachen der „Reichszeitung“ des Eides sonst so überaus redselige konservative und pastorale Presse, so viel wir haben sehen können, mit keinem Wort den Oesterburger Vorfall erwähnt.

Das Urtheil eines Wegners über die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei ist unter allen Parteien die einzige, welche mit Entschlossenheit und in voller Durchführung den sozialen Gedanken zu Gunsten des Arbeiterstandes vertritt. Darin und darin allein beruht ihre Macht über die Arbeiter. Und es ist gewiß, daß die sozialdemokratische Partei nicht ohne Erfolg gearbeitet hat. Sie hat den Arbeiterstand Deutschlands geweckt, organisiert, ihn zum Rang einer politischen Macht erhoben. Es leidet nicht den geringsten Zweifel, daß die soziale, dem Arbeiterschutz und der Arbeiterversicherung dienende Gesetzgebung der neuesten Zeit zu einem sehr erheblichen Theile dem Nachdruck der sozialdemokratischen Bewegung ihren Ursprung schuldig ist. So urtheilt der nationalsozial-konservative Professor Sohn in der „Cosmopolis“ über die Sozialdemokratie. Natürlich erblickt dieser streng-royalistische Anhänger eines sozialen Königthums dennoch in der Sozialdemokratie ein „Hinderniß“ für die weitere soziale Entwicklung. Er meint, die Sozialdemokratie habe den Arbeiterstand Deutschlands in Schachordnung aufgestellt, sei aber unfähig, das Meer zum Siege zu führen. Der Herr Professor überfließt offenbar, daß er kurz zuvor, durch die Thatsachen gezwungen, selbst zugegeben hat, daß die Sozialdemokratie bereits jetzt Erfolge auf sozialem Gebiet errungen hat. Im übrigen mag der Herr Professor abwarten. Das ist ihm um so mehr zu rathen, als sein Ruf jetzt, daß er die noch vor einem Jahre bei Gelegenheit der

Verathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs von ihm vertretenen verkehrten Ansichten verlassen zu haben scheint, daß „der Beamte“ des Arbeiters Interesses hinreichend vertritt und daß die Forderungen eines den heutigen Ansprüchen genügenden Arbeiterrechts durch das Bürgerliche Gesetzbuch erfüllt seien. Jetzt tritt er in seinem Aufsatze selbst für ein der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechendes Arbeiterrecht ein.

Vom Wörtenkriege. Die Verhandlung vor dem Bezirksauschusse wegen der Schließung der Freipalast-Versammlungen findet am 20. d. M. statt.

Hofprediger a. D. Stöcker möchte gerne wieder den Wahlkreis Siegen im Reichstage vertreten. Wir glauben, daß er bei den Wählern nicht die gewünschte Unterstützung findet.

Entschädigung unschuldig Inhaftirter. In der Schwurgerichtsverhandlung zu Verden über den am 1. Pfingsttag zu Verden hervorgerufenen Tumult ist gestern das Urtheil gefaßt worden. Von den 9 Angeklagten, die seit Pfingsten im Gefängnis saßen, ist nur gegen einen eine Strafe von 8 Monaten erkannt worden, einer erhielt 4 Monate, 6 der Angeklagten drei Tage Haft und zwei derselben wurden freigesprochen. Das Urtheil ist besonders dazu angethan, unsere Forderung auf Entschädigung unschuldig Inhaftirter zu begründen. Um freigesprochen zu werden, resp. 3 Tage Haft zu erhalten, saßen die Leute, unter ihnen Verbeirathete, gerade 21 Wochen im Gefängnis. Unter dessen sind sie ihrer Stellung verlustig gegangen, die Familie hat in Sorge und Noth dabei im vegetirt und nun kommen die Angeklagten aus dem Gefängnis, jeder Staatshilfe bar, wenn nicht Arbeitsgenossen sich ihrer annehmen und sie für die erste Zeit unterstützen. Unserer vom menschlichen Standpunkt nur zu billigen Forderung, die unschuldig Verhafteten zu unterstützen, werden sich hoffentlich nach diesem Vorkommnisse auch die uns noch Fernstehenden, wenn sie human denken, anschließen. Hier bietet sich für den Staat eine wirklich kulturelle Aufgabe zu lösen. Und es kann doch so leicht geschehen. Aber freilich dazu hat man kein Geld; die nun aus dem Gefängnis Entlassenen werden sich wohl mit dem Gedanken trösten müssen, daß man vorerst eine Flotte haben und sonstige Ausgaben für militärische Zwecke bestreiten muß. Leben wir wirklich noch in einem Kulturstaat?

Die Entschädigung unschuldig Verhafteter ist im Auslande vom Deutschen Reich anerkannt worden. Dort erklärte unser Gesandter, Graf Schwerin, dem Präsidenten der Republik:

„Der Präsident! Ich erlaube im Namen des deutschen Kaisers und Königs von Preußen, um die Inhaftirung des Herrn Emil Lüders, eines deutschen Unterthans, zu ersuchen, der sich in dem Gefängnis dieser Stadt befindet. Zugleich stelle ich im Namen meines Souveräns eine Entschädigungsforderung zu Gunsten des Herrn Lüders von 1000 Dollars für jeden Tag der Verhaftung, und von 5000 Dollars von morgen Mittags anfangen, für jeden Tag der Verhaftung.“

Schade, daß unsere in Deutschland unschuldig Verhafteten sich auf die schnelle Rede des Grafen Schwerin nicht berufen können. Bei uns giebt's noch immer für unschuldig erduldeten Freiheitsentziehung keine Entschädigung.

Soldaten als Fabrikarbeiter. Auch in der Zuckersabrik zu Haynau in Schlesien sollen, dem „Lieb. Stadtl.“ zufolge, „wegen Arbeitermangels“ neben einer Anzahl Korrigenden auch Mannschaften vom König Wilhelm Grenadier-Regiment in Biegnitz beschäftigt worden sein. Auch in diesem Falle halten wir, ebenso wie in dem kürzlich besprochenen Granitsteinwerk, diese Verwendung des Militärs für völlig unzulässig.

Zur Anweisung russischer und galizischer Arbeiter schreibt die in letzter Zeit zu Dementirungen wieder mehr benutzte „Verl. Corr.“:

Verschiedene Zeitungen bringen in diesen Tagen die Nachricht, daß von dem Minister des Innern neuerdings Massenentlassungen russischer und galizischer Arbeiter, namentlich aus den Industriegebieten der westlichen Provinzen, angeordnet worden seien. Dies trifft nicht zu. Es handelt sich vielmehr, soweit solche Anweisungen stattgefunden haben, nur um die Anweisung der bekannten älteren Anordnungen, wonach die von vornherein für die Sommermonate zugelassenen russischen und galizischen Arbeiter bis zum 15. November jedes Jahres das preussische Staatsgebiet wieder verlassen müssen.

Wir bleiben bei unserer Charakteristik dieser Politik: „Im Frühjahr agrarisch, im Herbst national.“

Eisenbahn-Unfälle sind im Monat September nach einer im Reichs-Eisenbahnamt mitgetheilten Uebersicht 218 auf deutschen Eisenbahnen vorgekommen. Dabei wurden 50 Personen getödtet und 135 verletzt!

Chronik der Eisenbahnunfälle. Aus Hagen i. Westf. wird unter dem heutigen Datum gemeldet: Bei Oberbrügge entgleiten in der vergangenen Nacht zehn Wagen eines Güterzuges. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden.

Gegen die welfischen Bestrebungen, welche seit einiger Zeit im Braunschweigischen wieder sehr lebhaft hervorgetreten sind, hat, wie die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ melden, das herzogliche Staatsministerium ein Reskript erlassen, nach welchem sämmtlichen braunschweigischen Beamten die Zugehörigkeit zu den vaterländischen Vereinigungen des Herzogthums verboten wird.

Also die alte Methode, durch Verbote und Mahregelungen Bestimmungen unterdrücken zu wollen. Auch in diesem Falle wird es nichts nützen.

Der Gewerbe-Inspektor für den Bezirk Ulm, Herr Hardeg, erklärt in der „Frankf. Zig.“ auf die Mittheilung der „Schwab. Tagwacht“ betreffs der Anstellung von Diakonissen und barmerzigen Schwestern als Vermittlerinnen zwischen dem Fabrikinspektorat und den Arbeiterinnen: Es sei keineswegs beabsichtigt, die Auswahl der weiblichen Vertrauenspersonen auf die Kreise der Diakonissen und barmerzigen Schwestern zu beschränken. Den Arbeiterinnen und deren Organisation solle es unbenommen bleiben, von sich aus Vertrauenspersonen aufzustellen, wozu auch die Gewerbe-Inspektion, höherem Auftrage folgend, schon früher Anregung gegeben habe. Es solle aber auch der außerhalb der Sozialdemokratie stehenden weiblichen Arbeiterschaft ein fester Rückhalt gegeben werden. Bei der großen Schwierigkeit, die Vertrauenspersonen aus den Arbeiterinnen selbst zu gewinnen, könnten die Schwestern wegen ihrer beruflichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung sehr nützlich wirken. Die Angabe, es solle durch die Anstellung der Schwestern die Sozialdemokratie behindert werden, wird von dem Gewerbe-Inspektor als durchaus hinfällig bezeichnet.

Dagegen schreibt die „Soziale Praxis“: Die segensreiche Thätigkeit der Diakonissen und barmerzigen Schwestern liegt auf einem so ganz anderen Felde, als die Gewerbe-Rückstufung ist, daß wir uns einen Erfolg von dieser Einrichtung nicht versprechen können.

Magdeburg, 10. Nov. Die Magdeburgische Eisenbahndirektion hat im Interesse der Verkehrssicherheit verfügt, daß jeder Augenbeamte, vom Zugführer bis zum Weichensteller, sich während der Dienstzeit jeglicher Vektüre zu enthalten hat. Kontrollbeamte und Bahnhofsbeamte haben die Anweisung erhalten, auf strengste Befolgung dieser Vorschrift zu achten.

Diese Maßregel zeichnet sich vor allem durch außerordentliche Willkür aus.

Ein Polytechnikum soll in Danzig errichtet werden.

Oldenburg, 10. November. Maßregelungen im staatlichen Musterbetrieb der großherzoglichen Eisenbahn-Verwaltungen wegen einer Petition um Lohnerhöhung? Wie ein Lauffeuer durchzieht die Kunde von größeren Arbeiter-Entlassungen

auf der Eisenbahn unsere Stadt, die nicht erfolgen wegen Arbeitsmangel, sondern mit dem Unterschreiben der kürzlich eingereichten Petition um Lohnerhöhung in Verbindung stehen, wie eine Keuseker beweist, die ein Werkmeister gefändigten Arbeitern gegenüber gebraucht hat. Der Werkmeister Jenke, welcher die Kündigungen vollzog, ging auf die Arbeiter zu und sprach diese an: „Sie haben wohl auch die Petition um Lohnerhöhung unterschrieben?“ und auf die Antwort „Ja!“ fügte derselbe hinzu: „Dann können Sie sich nach anderer Arbeit umsehen, in 14 Tagen ist es alle, mehr Lohn können wir nicht geben.“ Wenn man nun bedenkt, daß der Durchschnitts-Tagelohn auf der Eisenbahn nach dem Verwaltungsbericht 1895 2,07 M., der Durchschnitts-Monatslohn 2,88 M. betrug, welcher letzterer gegen 1893 noch um 2 Pf. gesunken ist, und ferner bedenkt, daß ein ganz erheblicher Theil der Arbeiter einen Lohn erhält, der noch weit unter dem ortsüblichen Tagelohn steht, dagegen in Betracht zieht, daß die Eisenbahn nach dem Verwaltungsbericht 1895 einen Ueberschuß von 2 526 693 M. erzielt hat, von welchem 1 185 000 M. an die Landeskasse abgeliefert sind, und dann noch gefragt wird, eine Lohnerhöhung könne man nicht geben, so wird ein jeder Arbeiter mit uns anderer Meinung sein. Bei einer Lohnerhöhung von 30 pCt. würde sich der Verdienst pro Woche auf etwa 18,65 M. belaufen, das wäre eine Mehrausgabe von circa 67 000 M. im Jahr, und diese Mehrausgabe sollte die Eisenbahn nicht tragen können? Das glaube wer da will.

Dresden, 11. November. (Sig. Ver.) Der neue Landtag zeigt das Bild der Greifenhaftigkeit und politischen Inpotenz noch angeprägter als die früheren. Es sind zwar eine Menge neue Leute, aber keine neuen Kräfte hinzugekommen. Die Konservativen beherrschen durch ihre Stimmenzahl die Kammer noch mehr als früher; die Dreiklassenwahl war ihnen sechs neue Mandate in den Schoß, so daß sie von den vorhandenen 82 Sitzen 49 inne haben; die Nationalliberalen sind von 16 auf 20 angewachsen, die Sozialdemokraten sind von 15 auf 8, die Fortschrittler von 6 auf 5 gesunken, und die Reformen, die früher 2 Sitze inne hatten, sind aus der Kammer verschwunden, dank ihrer politischen Freigebigkeit. Unsere Partei ist jetzt nicht mehr in der Lage, selbständige Anträge zu stellen, was von der Majorität natürlich mit großem Jubel begrüßt wird. Unsere Genossen werden es aber verstehen, auch ohne diese Möglichkeit die Interessen der Arbeiter nach Kräften zu vertreten und den Wahlrechtsreformern gehörig einzubringen. Hinsichtlich der Stellung der Parteien zu der vorliegenden Gesetzesentwürfen läßt sich vorläufig nur wenig sagen. Die Konservativen sehen der Einführung eines Verwaltungsgerichts ziemlich skeptisch gegenüber und die Meinung ging auf der letzten Generalversammlung ihres Landesvereins überwiegend dahin, man solle wenigstens alle politischen Angelegenheiten, insbesondere die Handhabung des Vereins- und Verfallensrechts, seiner Kompetenz entziehen; die Herren wissen, warum. Auch die Vermögens- und Erbschaftsteuer erregt sich bei ihnen keinen allzu großen Sympathien und sie wollen sie lediglich als einen „Akt andächtigender Gerechtigkeit“ geltehen.

Dresden, 12. November. (Sig. Ver.) In der heutigen Sitzung der 2. Kammer gaben unsere Genossen die Antwort auf die Proposition Alexander's, der ihnen in der ersten Palmaratsitzung nachgerufen hatte: „Sind das Sachsen, die, wenn wir unserem Könige huldbig, davonlaufen?“

Goldstein erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion diese Worte für eine gräßliche Ueberschreitung der Festgrenze des Präsidenten. Ueber die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten hätten einzig drei Wähler zu entscheiden. Die Fraktion werde sich durch solche Herausforderungen nicht, wie vielleicht gewünscht, zu Thorheiten verleiten lassen. Graf Alexander erklärt, die Entlassung der Sozialdemokraten vor dem Hoch auf den König sei eine Demonstration gewesen, die in Widerspruch mit den Anschauungen der sämmtlichen übrigen Mitglieder der Kammer stehe. Goldstein läßt diese Erklärung nicht gelten. Der Präsident habe auch auf die Anschauungen der Minorität Rücksicht zu nehmen, jene Worte aber seien eine Provokation gewesen, eine Vergeßlichkeit der Ueberzeugung der Minorität durch die Majorität. (Oho! bei den Konservativen.) Vizepräsident Streit (fortf.) weist die Behauptungen Goldstein's als völlig grundlos zurück. Goldstein habe dadurch zu erkennen gegeben, daß er von der beschworenen Treue gegen den König nichts wissen wolle, und daß sei gegen die Verfassung. Auf solche Leute habe man keine Rücksicht zu nehmen. Frähdorff fährt aus, die Sozialdemokraten hätten gerade durch ihre Entsetzung geglaubt, die Gefühle der Majorität zu schonen, denn sonst würden sie einfach sitzen geblieben sein. Der Eid laute auch dahin, die Interessen des Volkes zu wahren. Die Majorität schätze die Interessen der Monarchie, wir die Interessen des Volkes. (Große Lärmben.) Die Sozialdemokraten würden auf alle Fälle ihre Rechte zu wahren wissen. Mehnert (kons.): Sie haben laut Verfassungszeit beschworen, das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes zu wahren; das ist etwas anderes. Ihr Hinausgehen hat alle auf's tiefste erzürnt. (Frähdorff:) Wir haben aber nicht geschworen, ein Hoch auf den König anzubringen! Frähdorff (Soz.): Wir sind nicht durch d. Gnade des Königs hier, sondern durch das Vertrauen unserer Wähler. Wir lassen uns durch nichts zu Thorheiten verführen. Graf Alexander will nicht annehmen, daß Grünberg die Hochrufe auf den König als Thorheit bezeichnen wolle, sonst würde er das rügen müssen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wenn wir mit eingestimmt hätten, wäre's eine Thorheit.)

Es werden hierauf die Deputations- (Kommissions-) Wahlen vorgenommen. Goldstein beantragt namens unserer Partei, daß in jede Deputation je ein Vertreter der Sozialdemokratie gewählt werde, und nennt unsere Kandidaten. Die Majorität könne nicht anders, als diese Ansprüche zu berücksichtigen; sie habe sich immer beschwert, daß die Sozialdemokratie nicht positiv mitarbeiten wolle. Die Sozialdemokratie biete sich hiernit ausdrücklich zur positiven Mitarbeit in den Deputationen an. Das Ergebnis der Wahlen zu der Beschwerde- und Petitions-, wie zu der Menschenrechtsdeputation ergebe, daß die Sozialdemokraten nur ihre eigenen acht Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten bleiben also, wie bereits früher, so auch diesmal ausgeschlossen. Die Mehrheit macht scrupellos Gebrauch von ihrer Macht.

Zahlreiche Petitionen von Unterbeamten, namentlich aus dem Eisenbahnbetriebe, fordern Gehaltsaufbesserung, auch ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Gesinde-Ordnung ist eingegangen.

München, 11. November. (Sig. Ver.) Bayerischer Landtag. Die Abgeordnetenkammer schloß heute die Debatte über die von der Regierung bezw. vom Finanzauschusse vorgeschlagene Vermehrung des Betriebsvorstandes der bayerischen Landwirthschaftsbank um 2 bezw. 3 Millionen fort. Unser Genosse Ehrhart führte hierbei u. a. folgendes an:

Der Referent Dr. Oriet hat sich des Stindlens seiner Partei warm angenommen. Wir können jedoch nicht ganz damit einverstanden sein. Der Zinsausfall, der dem Staate durch die Subvention entsteht, beträgt 40 000 M. per Jahr, mit dem Zuschuß zu den Verwaltungskosten wiederum im Betrage von ebenfalls 40 000 M. ergebt dies ein Gesammt von 80 000 M. aus der Tasche der Steuerzahler an die Empfänger. Wir haben schon vor zwei Jahren bei der Gründung ausgesprochen, daß der Reichensammer bald nachkommen werde, und haben gesagt, daß diese nur die Einlösung eines Wahlversprechens sei. Wir haben deshalb Anträge gestellt, um eine staatliche Kontrolle und Einwirkung zu ermöglichen, alle diese Anträge wurden zu unserem Bedauern abgelehnt. Diese Wahlenausgaben einer Bank ist äußerlich ganz prozenthaft ausgestattet und hat 3 Direktoren mit 30 000 M. Gehalt. Man sollte doch meinen, daß wenigstens ein Bruchtheil der vom Staate geschenkten 80 000 M. verwendet würde, um den kleinen Bauern beizuhelfen. Dem ist aber nicht so. Während nach dem Statut Darlehen bis 5000 M. abzurufen gegeben werden können, ist unter 1000 M. thatsächlich gar kein Betrag ausgeliehen worden. Der Großgrundbesitz ist also in erster Linie berücksichtigt worden.

Nun hat der Minister gesagt, daß er alles thun werde, um die Pfandbriefe dieser Bank unterzubringen. Demgegenüber ist vor allen Dingen zu bemerken, daß die Gelder der Invaliden-Kasse, die aus den Groschen der Arbeiter zusammengespart sind, nicht etwa dazu verwendet werden, denn diese haben nicht die Bestimmung, einem zweifelhaften Experimente zu dienen. Man betrachtet das Institut als Wohlfahrtsanstalt, aber es ist eine solche nur für einige Herren, die Wohlthaten nicht brauchen.

Der Abg. Wieland hat gestern einen Antrag gestellt, der vom Hause und leider auch vom Minister mit Heftigkeit aufgenommen wurde. Wenn der von einem Bauernmann gestellte Antrag auch nicht formvollendet war, so trug er doch den guten Gedanken, das Bankenmonopol zu durchbrechen. Ich zweifle daran, daß die Landwirtschaftsbank jemals in die Lage kommen wird, das ganze Hypothekensystem übernehmen zu können. Auf keinen Fall bewilligen wir für dieses Institut auch nur einen Penny, selbst auf die Gefahr hin, der Feindschaft gegen die Bauern geziehen zu werden. (Beifall links.)

Seitens der Zentrumsabgeordneten Serno u. Gen. ist noch nachstehender Antrag gestellt worden:

Die Kammer wolle beschließen, an die Staatsregierung die Bitte zu stellen, es wolle mit Gesetzkraft angesprochen werden, daß für Verträge, durch die an Stelle eines bisherigen hypothekarisch verpfändeten Schuld- oder Schul-Neubetrages ein neues Kapital substituiert werden soll, oder durch die zwischen den Gläubigern und Schuldner geänderte Zins- und Einzahlungsbestimmungen getroffen werden, bis zur Höhe des bisherigen Betrages lediglich die Gewähr nach Art. 122/111 des Verfassungsgesetzes in der Fassung vom 26. Mai 1892 zu erheben sei. (1 M. pro Wille.)

Die Debatte über diesen Gegenstand geht voraussichtlich morgen zu Ende.

Aus Fuchsmühl wird berichtet, daß dort zur Zeit auf Anordnung der Pöller'schen Verwaltung so viel Holz geschlagen werden soll, daß die Holzrechtler höchstens noch vier Jahre ihr Holz bekommen könnten. Die Fuchsmühler haben sich deshalb an die oberste Reichsregierung gewandt, aber ohne Erfolg.

Strasbourg i. G., 11. November. (Sig. Ver.) Den großen Porten, welche die liberale Presse vor den Wahlen machte, sind keinerlei Thaten gefolgt. Selbst da, wo es die Vertreter dieser Partei in der Hand gehabt hätten, die von ihrer Presse so heftig bekämpften Kandidaten des Gouvernements und Notablen zum Falle zu bringen, haben sie kläglich versagt. So stimmten zum Beispiel im Gemeinderath der Stadt Strasbourg, der ebenfalls einen Vertreter im Landesparlament zu wählen hatte, die Mitglieder der katholischen Gruppe geschlossen für den Regierungskandidaten, obwohl es ihnen ein Leichtes gewesen wäre, dem Vorschlag der Liberalen Demokraten zum Siege zu verhelfen, der sich so mit einer verschwindenden Minderheit begnügen mußte. Und dabei ist gerade das Strasbourg' Organ der Liberalen, der „Kladder“, bisher der eifrigste Hüter im Streit gegen die verhasste Notablenpartei gewesen.

Auch in Mülhausen haben sich die liberalen Gemeinderaths-Mitglieder dazu hergegeben, dem Großindustriellen Wieg-Möhlgen gegen den liberalen Bewerber zum Siege zu verhelfen, obwohl ersterer ein ausgesprochener Gegner der Öffentlichkeit der Gemeinderaths-Sitzungen ist, für deren gefähliche Durchführung die liberale Presse des Landes, Hand in Hand mit derjenigen der übrigen Oppositionsparteien, gerade in den letzten Monaten so geräuschvoll eingetreten ist. Die katholische „Landespartei“ muß sich deshalb mit Recht den auch anderwärts schon gegen die Vertreter des Zentrums erhobenen Vorwurf gefallen lassen, daß ihr im entscheidenden Moment die Selbstständigkeit und das politische Rückgrat fehlt, die unerlässlich sind, wenn man im Kampfe gegen das herrschende System Erfolge erzielen will. Es wäre für die katholische Opposition in den Gemeinderäthen von Strasbourg und Mülhausen umso mehr eine politische Pflicht gewesen, unabhängige und fortschrittlich gestimmte Vertreter in die gesetzgebende Körperschaft des Landes zu entsenden, weil bei der Jämmerlichkeit des derzeit bei uns bestehenden Wahlsystems an Erfolge der Opposition in den Landkreisen in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Die Massen des Volkes haben bei unsern Landesparlament-Wahlen einfach nichts zu sagen. Die Gemeinderäthe der Landkreise wählen aus ihrer Mitte die Wahlmänner, die dann auf der Kreisdelegation zur Ernennung des Abgeordneten zusammentreten. Da es nun allenthalben üblich ist, die Bürgermeister der Gemeinden mit dem Amte des Wahlmannes zu betrauen, so kann man sich einen Begriff von der „Freiheit“ dieser „Wahl“ machen, welche die Herren Maires unter den Augen ihres allmächtigen Kreisdirectors vorzunehmen haben. Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist die Wahl im Kreise Wolzheim, wo sich der persönliche Adjutant des Statthalters, Graf Pöppel, um das Mandat bewarb. Wehe dem armen Dorf-Bürgermeisterlein, das es dabei gewagt hätte, von seinem Rechte als Wahlmann in einem Sinne Gebrauch zu machen, der den regierungsfremden Herren nicht angenehm gewesen wäre. Es ist unter solchen Umständen kein Wunder, wenn von 78 Wahlmännern des Kreises 61 einem Manne ihre Stimme gaben, der für seine Verdienste um das Mandat eines Volksvertreters keine andere Empfehlung mitbrachte als die, daß man „höheren Orts“ seine Wahl wünsche. Aus diesen Umständen heraus erklärt sich der ganze Ausschall der jüngsten Landesparlament-Wahlen, der mit den politischen Anschauungen und Stimmungen im Volke im schreiendsten Widerspruch steht.

— Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Aus Stegny wird gemeldet: Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Hausbesitzer Neumann aus Roggenau wegen schwerer Majestätsbeleidigung, begangen im betrunkenen Zustande in seiner Wohnung in Gegenwart Bekannter, zu einem Jahr Gefängnis.

— Koloniale. Die Beratungen über die Stats für die Schutzgebiete sind nun beendet, die Drucklegung erfolgt unmittelbar. Die Stats werden bald den Mitgliedern des Kolonialrathes zugehen, für dessen Session auch die Denkschrift des Ausschusses über die Strafrechtspflege bei den Eingeborenen der afrikanischen Schutzgebiete ausgearbeitet worden ist. An dem Handbuche der Schutzgebiete ist gegen das Vorjahr wenig geändert, doch sind, wie man hört, einige neue Unternehmungen in die Stats aufgenommen worden. So sind in den Stats für Südwest-Afrika die Summen für den Ausbau des Hafens von Swakopmund und die Eisenbahn eingestellt worden, und in dem Stats für Ost-Afrika wird die Rekonstruktion der Uambara-Eisenbahn von Tanga eine Stelle finden. Wegen des Anschlusses der hergestellten Telegraphenlinien in Südwest-Afrika an die kapländischen Linien bei Steinkopf sind Unterhandlungen mit England angeknüpft und noch im Gange.

— Oesterreich. Wien, 12. Novbr. Abgeordnetenhause. v. Abrahamowicz wurde mit 186 von 318 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. 7 Stimmen waren gesplittet und 125 Stimmen jezt leer abgegeben worden. Abrahamowicz wurde von der Rechten säkularisch begrüßt.

Der Abrahamowicz ist wohl der Präsident aller Parlamente, der am willkürlichsten von seinen Nachmitteln Gebrauch gemacht hat und sich am allerwilligsten an die Bestimmung der Geschäftsordnung gehalten hat. In seinem ganzen Wesen und Gebahren ist er das direkte Widerspiel der in diesem Augenblicke bei allen österreichischen Parlamentarieru stehenden ehemaligen Präsidenten Smolker, der auch Pole war, aber nie völlig die Erinnerung an das Sturmjahr 1848 vergesse hat, an die Zeit, wo er Präsident des ersten österreichischen Parlaments gewesen war.

Nach der Präsidentenwahl hielt der Neugewählte eine Antrittsrede voll Heuchelei. Die gesammte Linke des Hauses war während dieser Rede dem Verhandlungsstalle ferngeblieben. Das Haus nahm sodann die Verhandlung der Ministeranträge wegen der Sprachenverordnungen wieder auf. Der Ministerpräsident Graf Sadevi ergriff zunächst das Wort. Er erklärte, die Regierung wolle sich mit größter Bereitwilligkeit an einer Regelung

der Sprachenfrage auf dem Gesetzgebungsweg beteiligen und werde, wenn ein begünstigter Antrag auf Schwierigkeiten stoßen sollte und ein Erfolg nicht zu erwarten sei, alles aufbieten, um den Streit beider böhmischen Volkskämme auf Grund eines Kompromisses im vollsten Einvernehmen mit beiden Parteien einem friedlichen Ende zuzuführen. Das beweise, daß die Regierung nicht im Begriffe sei, zu verschwinden. Abgeordneter Jallinger (Merikal) beantragte eine motivirte Tagesordnung:

Indem das Haus eine Lösung der Nationalitäten- und Sprachenfrage nicht einseitig auf dem Wege von Verordnungen, sondern durch eine gesetzliche Regelung für erpresslich erachtet, geht es über die Ministeranträge zur Tagesordnung über.

— Der vielberufene Paragraph Vierzehn, der in den parlamentarischen Verhandlungen in Oesterreich wie in Ungarn jezt immer erwähnt wird, ist der § 14 des österreichischen Staats-Grundgesetzes vom 21. Dezember 1867. Die österreichische Verfassung enthält bekanntlich eine Bestimmung, die der Regierung unter gewissen Voraussetzungen das Recht giebt, Verfügungen mit provisorischer Gesetzkraft zu erlassen. Es ist jezt § 14, von dem jezt so viel die Rede ist, und dessen Wortlaut wir deshalb nachfolgend mittheilen:

§ 14. Wenn sich die dringende Nothwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrathes erforderlich ist, zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch kaiserliche Verordnung erlassen werden, insofern solche keine Abänderung des Staats-Grundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veränderung von Staatsgut betreffen. Solche Verordnungen haben provisorische Gesetzkraft, wenn sie von sämmtlichen Ministern unterzeichnet sind und mit ausdrücklicher Bezugnahme auf diese Bestimmung des Staats-Grundgesetzes kundgemacht werden.

Die Gesetzkraft dieser Verordnungen erlischt, wenn die Regierung unterlassen hat, dieselben dem nächsten nach deren Kundmachung zusammentretenden Reichsrathe, und zwar zuzuerst dem Hause der Abgeordneten, binnen vier Wochen nach diesem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen, oder wenn dieselben die Genehmigung eines der beiden Häuser des Reichsrathes nicht erhalten.

Das Gesamtministerium ist dafür verantwortlich, daß solche Verordnungen, sobald sie ihre provisorische Gesetzkraft verloren haben, sofort außer Wirksamkeit gesetzt werden.

Die Verlängerung der gegenwärtigen Ausgleichsgesetze um ein Jahr bezweckt, das sogenannte Ausgleichsprovisorium, im Abgeordnetenhause nicht erledigt wird, diese Verfügungen durch eine Verordnung auf Grund obigen § 14 zu treffen. Das dies verfassungswidrig wäre, ergibt sich schon aus dem Umfange allein, daß eine Verlängerung des Ausgleichs eine dauernde Belastung des Staatsschatzes bedeutet. Auch der Reichsrath ist versammelt, und er müßte erst zu dem Zwecke vertagt werden, um den § 14 in Anwendung bringen zu können.

Von der sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhause (Dr. Verant und Genossen) ist, wie heute aus Wien telegraphirt wird, ein Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des § 14 des Staats-Grundgesetzes (Nothverordnungs-Paragraph) eingebracht worden.

— Ungarn. Es wird weiter magyarisirt, durch sozialen Zwang, wie durch direktes Eingreifen der Behörden. Unter der Spitzmarke Budapest meldet die „Frankf. Zig.“:

Durch den Tod des Bürgermeisters Kammermayer und des Oberbürgermeisters Rath ist eine Neubewegung dieser Kreise nothwendig geworden. Der hauptstädtische Municipal-Ausschuß wählte nun gestern den bisherigen ersten Riedbürgermeister Johann Haberhauer einstimmig zum Bürgermeister von Budapest. Der neugewählte Bürgermeister führte sich mit einer Programmarede ein, in der er seinen Wählern die Mittheilung machte, daß er seinen guten deutschen Namen Haberhauer in den magyarisirten „Pamod“ verwandelt habe. Das haben doch seine Vorgänger Kammermayer und Rath nicht für nöthig gehalten. Der Minister des Innern hat im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf eingebracht, der von den Gemeinden und anderen Ortsnamen handelt und bestimmt, daß jede Gemeinde nur einen einzigen amtlichen Namen haben kann, dessen Bestimmung zum Wirkungskreise des Ministers des Innern gehört. Ist der Entwurf Gesetz geworden, dann dürfen die deutsch-ungarischen Städte nicht einmal mehr sagen, wie sie heißen wollen und ihre alten deutschen Namen werden bald alle gestrichen sein.

— Schweiz. Genf, 8. November. (Sig. Ver.) Die Konservativen oder „Demokraten“, wie sie sich unter Mißbrauch des Wortes nennen, haben bei den gestrigen Staatsrathswahlen eine so verhängnisvolle Niederlage erlitten, daß sie sich davon wohl schwerlich mehr erholen werden; was im vorigen Jahre bei den eidgenössischen Wahlen begonnen, das ist gestern durch die kantonalen Wahlen vollendet worden. Bisher bestand die Kantonsregierung aus 6 Konservativen und 2 Radikalen, die gestrige Wahl hat den vollständigen Sieg der radikalen Liste gebracht, so daß nun die Regierung aus 6 Radikalen, 1 Sozialdemokraten und 1 Konservativen besteht. Genosse Thiebaud wurde gewählt, trotzdem tausende von Radikalen es nicht über sich brachten, dem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Die höchste Stimmenzahl, welche auf den bisherigen radikalen Staatsrath Bantier entfiel, beträgt 14 870 und die geringste, welche Thiebaud erhielt, 7925; der mitgewählte konservative Richard bekam die zweit höchste Stimmenzahl, nämlich 14 355, was beweist, daß die Radikalen den Konservativen viel näher stehen, als den Sozialdemokraten. Freilich war dies nicht erst zu beweisen.

— Mit Thiebaud ist in der Schweiz der zweite sozialdemokratische Minister gewählt; dem ersten, dem Genossen Ernst in Zürich, stellte dieser Tage die „Zürcher Post“ das beste Zeugnis aus. Gewiß wird auch Genosse Thiebaud seinen Mann in der Regierung stellen. Wie die Wahl-Ergebnisse, so ist auch die Thiebaud's das Ergebnis des Zusammengehens der sozialdemokratischen mit der demokratischen resp. radikalen Partei, jedoch mit dem Unterschied, daß die Sozialdemokratie im Kanton Zürich für Ernst 15 000 Stimmen aufbrachte, während die Genfer Sozialdemokratie kaum über mehr als 2000 Stimmen verfügen kann; aber diese genügen, um vor Jahresfrist den radikalen Sieg über die Konservativen herbeizuführen. In Genf haben wir es mit einem reinen Kompromiß zu thun, in Zürich dagegen wendeten die Demokraten ihre Stimmen dem Sozialdemokraten ohne Gegenleistung zu, nur im Interesse der Demokratie den Sieg des konservativen Goldschmid-Kandidaten zu verhindern; einen Schaden an ihrer Prinzipienfestigkeit hat die Zürcher Sozialdemokratie durch die Unterstützung der Demokraten nicht genommen. Ein solcher wird auch in Genf nicht eintreten, ist doch die sozialdemokratische Partei trotz des Kompromisses mit den Radikalen mit einem selbständigen Aktionsprogramm in die Wahlbewegung eingetreten. Dasselbe fordert die Errichtung einer allgemeinen Alterskasse, die Gründung einer Arbeitsanstalt für Landwirthe, Steuerreform mit Progressivsteuer, Abzug der Hypothekenschulden vom Steuerkapital und Steuernachlass für kleine Vermögner, volle Achtung des Altpflichtes (was in Genf besonders wohlthat), speziel Aufhebung des gegenwärtigen Modus der Landesverweisung auf den Vermögenlose, Erhellung von Arbeiterwohnungen mit niedrigen Mietpreisen, Ausdehnung der Vorschriften des Fabrikgesetzes auf alle Industriezweige ohne Ausnahme, Ernennung eines kantonalen Fabrikinspektors, staatliche Aufsicht über neue Bauten, Reparaturen und Gerüste, Gründung besonderer gewerblicher Anstalten für alle Gewerbe u. unentgeltliche Verewidigung, Unentgeltlichkeit der Sekundar- und Gewerbeschulen, Verbindung der dreispurigen Bahnen auf Genfer Gebiet, Rückkauf der

Tramways und des schmalspurigen Eisenbahnnetzes. Etwas spezifisch Sozialistisches ist an diesem Aktionsprogramm allerdings nicht, dagegen geht es sozialpolitisch wesentlich weiter als die Programme der bürgerlichen Parteien, und seine Durchführung würde ein bedeutender Fortschritt sein.

— Frankreich. Paris, 11. November. (Sig. Ver.) Die vorjährigen Madan-Rundgehegen gegen den sozialistischen Gemeinderath von Lille wiederholten sich seit einiger Zeit gegen den sozialistischen Gemeinderath von Marseille. Hier dient als Anlaß die Aufschaffung der städtischen Subvention für Opern-Vorstellungen im Municipal-Theater. Der Gemeinderath hatte dabei im Interesse der breiten Bevölkerungsmasse gehandelt. Anstatt die schlechten, von irgend einer Opern-Schmierre gegebenen Vorstellungen zu unterstützen, soll das Geld für die Förderung des populären Drama's verwendet werden. Die bürgerlichen Freunde von schlechter Musik und des — in den Gemeinderath bereits zweimal geschlagenen Bourgeois-Kingels veranstalten nun regelmäßig Madascenen im Theater während der dramatischen Vorstellungen. Vorgehern kann es zu Strafen und Gebühnen mit dem bezeichnenden Aufse: „Demission!“ Wer sind die musikalischen Madamacher? Wie dem „Jour“, einem bürgerlich-radikalen Blatte, das den Sozialisten keineswegs gewogen ist, aus Marseille berichtet wird, sind die Hauptstreiter die latterhaften Gigeris nebst den „bekanntesten Diven des Marseiller Troitsors“. Diesen führenden Elementen schließt sich natürlich der großstädtische Haubagel mit Begeisterung an. Der sozialistische Gemeinderath läßt sich aber, zur Enttäufung der Pariser Ordnungspresse, von dem vereinigten Pöbel in Seidenhüten und in Sonnenbrillen nicht einschüchtern. Auf Antrag des Bürgermeisters, Genossen Plaisidres, befaßte er seinen früheren Beschluß. Um jedoch die Meinung der Volksmasse in authentischer Weise zu erfahren, soll die Subventionsfrage durch eine Volksabstimmung (Referendum) entschieden werden.

Paris, 11. November. Die Meldung der „Liberté“, nach welcher die englisch-französischen Nigerverhandlungen ein Schiedsgericht zu unterbreiten wünsche, wird gutem Vernehmen nach als unrichtig bezeichnet.

Paris, 12. November. (Voss. Zig.) Morellet legte dem Senat den Sonderauschuss-Bericht über das neue Spionagegesetz vor; die wesentliche Bestimmung des Gesetzes in der neuen Fassung des Senatsausschusses ist, daß der Landesverrath in Friedenszeit aufhöht, politische Verbrechen gleichgestellt zu sein, und mit dem Tode bestraft wird.

— Belgien. Die zweite Sitzung der Kammer verlief nicht weniger säkularisch als die erste. Fortgesetzt wurde die Interpellation Verlos, betreffend die Magregulung der zwei Genter Lehrerrinnen. Ansele beendete seine Rede, die durch den Zwischenruf des Liberalen de Guchteaere zu einem vorzeitigen Abbruch gelangt war. Ansele wandte sich gegen die Intoleranz der Liberalen, welche Kirche und Schule trennen, um den Religionshaß zu schüren. Genosse Demblon, der hierauf das Wort nimmt, kommt nochmals auf den Artikel des Liberalen „Volk“ zu sprechen: „Warum macht Sie ein Zwilbegräbnis (ohne Mitwirkung der Kirche) so wüthend? Weil Sie fürchten, daß Ihnen hierbei dann und wann ein guter Fang für Ihre Kirchenkassen verloren gehen könnte. Vom Standpunkte des Beutels sind diese Begräbnisse „unmoralisch.“ — Bei diesen Worten wird der Redner zur Sache gerufen. Als er weiter auftritt, daß die Kirche für Geld alles thue, daß sie zum Beispiel den Kronprinz Rudolf mit allen Ehren begraben habe, trotzdem er gestorben war in den Armen seiner Maitresse... lobt der Präsident die Sitzung auf.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung beantragt der Präsident, daß Demblon nach der Geschäftsordnung in dieser Sitzung und in dieser Frage das Wort nicht mehr ertheilt werden soll. Demblon erklärt, auf's Wort verzichten zu wollen, er werde bei anderer Gelegenheit das Versämnis nachholen. Nachdem einige Mitglieder der Rechten, u. a. auch de Guchteaere — welcher erklärt, daß er die Reuerungen des „Volk“ nicht zu den seinigen mache — gesprochen haben, wird die von Verlos eingebrachte Tagesordnung in momentlicher Abstimmung mit 53 gegen 32 Stimmen und einer Stimmenthaltung verworfen.

— England. Greater Britain. Bei den am 24. Juni ds. J. begonnenen Unterhandlungen des englischen Kolonialministers Chamberlain mit den Premierministern der Kolonien wurde außer dem Anstreben des Zusammenschlusses der Greater Britain zu einem Nilesen-Vollverein die gemeinsame Verteidigung des Reiches besprochen, zu der auch die Kolonien beisteuern sollten. Auch wurden Vereinbarungen zum gelegentlichen zeitweiligen Austausch von australischen Truppen gegen englische erwogen, um mehr Gleichmäßigkeit innerhalb der Truppen des Weltreiches zu erzielen. Jezt werden von Seiten Englands die ersten Schritte zur Ausführung dieser Vorschläge gemacht, indem der Unterstaatssekretär Sir Ralph Wood Thompson nach Australien geschickt wird, um die verschiedenen Schwierigkeiten innerhalb der selbstständigen Kolonialverwaltungen zu beseitigen und zugleich den Kolonien die Nothwendigkeit der Unterhaltung einer stärkeren Truppenzahl nahe zu legen.

— Italien. Rom, 10. Nov. (Sig. Ver.) Crispi scheint zu triumphiren. Der Kassationshof hat, wie der Telegraph bereits mitgeteilt hat, seinen Rekurz gegen den Bolognaer Gerichtshof anerkannt; er ist also vorläufig wieder durchgeschlüpft. Es wird angebracht sein, die Begebenheiten, die zur gerichtlichen Verfolgung Crispi's geführt haben, hier kurz in Erinnerung zu bringen.

Gegen Ende vergangener Jahres wurde von dem Untersuchungsrichter zu Bologna ein Verfahren anhängig gemacht gegen Luigi Favilla, den ehemaligen Direktor der Banca di Napoli, und einige andere, die der Unterschlagung von Kassengeldern beschuldigt waren. Favilla behauptete, daß Crispi diese Gelder empfangen habe. Crispi gab zu, durch die Vermittlung von Antonino Mangano die Summe von 185 000 Francs erhalten zu haben. Gleichzeitig legte er aber auch eine Quittung von Favilla vor, in der dieser becheinigte, keinerlei Forderungen mehr an Crispi zu haben.

Die Untersuchung wurde aber gewissenhafter und eingehender geführt, als Crispi wohl zunächst angenommen haben mag. Er hielt es daher für geboten, am 25. März eine Erklärung abzugeben, in der es hieß: Für den Fall, daß die Handlungen, deren Favilla ihn beschuldigt, als wirklich begangen zu erweisen wären, dann werde er (Crispi) sich wegen eines Vergehens zu verantworten haben, das er ausgeübt habe als Ministerpräsident und für ein solches sei er nur verantwortlich dem Senat, das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten sei hier unangängig. Der Untersuchungsrichter wie der Gerichtshof widersprachen dieser Auslegung des § 47 der Verfassung. Es handelte sich hier um ein gemeinsames Verbrechen und da set der ordentliche Richter zuständig. Dieser Ansicht hat sich der Kassationshof nicht angeschlossen.

Ob damit erreicht wird, was die Crispi's-Wunde wünscht, nämlich, daß die Akten jener schmutzigen Geschichte in den Staatsarchiven begraben werden? Wohlwünscht triumphirt Crispi und sein Anhang; die „Tribuna“, „Popolo Romano“, „l'Italia“ streuen sich dernalben über den Erfolg ihres Meisters, daß man annehmen muß, es war wirklich Ursache genug vorhanden, den Prozeß zu fürchten.

Die Sozialdemokraten und ihre Presse zeigen sich nicht im geringsten erlaunt über den Spruch des höchsten Gerichtshofes, auch nicht erzürnt. Der „Quanti“ weist darauf hin, daß damit nur das Ansehen der Justiz geschädigt und die Autorität des Staates untergraben wird.

— Spanien. Madrid, 12. November. Das Amtsblatt, die „Gazeta“, wird am 18. d. M. den Erlass bezüglich der Autonomie von Kuba

veröffentlicht. Die auf Kuba Begnadigten haben eine Dankadresse an die spanische Regierung gesandt. —

Dänemark.

Im Folkething fand der sozialdemokratische Antrag über das kommunale Wahlgesetz zur ersten Beratung. Klausen trat namens der Partei für den Antrag ein. Er führte aus: Das Wahlrecht ist jetzt nur einer begünstigten Minderheit vorbehalten, die übrigen besitzen entweder gar keine oder ein so beschränktes, daß es keinen Werth hat. Seit 1870 ist von der Linken wiederholt verlangt worden, das kommunale Wahlrecht zu erweitern. All diese Vorschläge aber blieben an die Steuerkassa gebunden. Der sozialdemokratische Antrag dagegen giebt allen mündigen unbescholtenen Männern und Frauen, die Heimathrecht besitzen und im letzten Jahre nicht Armenunterstützung genossen haben, das Wahlrecht. Klausen widerlegte die konservativen Anschauungen von dem berechtigten Vorrecht des Geldes. Betreffs des Wahlrechts der Frauen verwies er auf England, Schweden und Amerika, auf Island, wo die Frauen kommunales Wahlrecht besitzen, ohne daß man dort irgendwelche Klagen darüber gehört hätte. Daß die Frauen bei uns kein Wahlrecht gehabt haben, ist kein Grund, ein solches Unrecht weiter andauern zu lassen. Ganz ausgeschlossen vom Wahlrecht sind zur Zeit die Diensthöfen, ein Ueberrest der ehemaligen Leibeigenschaft. Durch das Gesetz soll nicht nur die Zusammenfassung der Städte- und Gemeinde-Räthe reformirt werden, sondern auch die des Amtsraths, der heute nur durch die Stimmen der Hauptbesteuerten zu Stande kommt. Auch für den Amtsrath soll das allgemeine Wahlrecht gelten. Klausen ist selbst überzeugt, daß der Antrag unserer Fraktion nicht Annahme finden wird, aber es soll eine neue Debatte über diese Frage im Folkething herbeigeführt werden, außerdem halten unsere Genossen es für ihre Pflicht, die Wünsche weiter Volkstheile hier vorzuführen. Auch ist es ja für die Wähler wichtig, zu erfahren, wie sich die Regierung und die Parteien zu dieser Forderung stellen.

Christensen begrüßt namens der Linken den Antrag mit Freuden, so weit er sich mit den früheren Anträgen der Linken deckt, weiter will er nicht gehen, also namentlich den Diensthöfen das Wahlrecht nicht geben.

Der Minister erklärt, daß die Regierung bei diesem Antrag nicht mitarbeiten könne. Die Annahme dieses Antrages würde die vollständige Revolution der Gemeindeleitungen bedeuten. Allen Frauen das Wahlrecht zu geben sei ein „Unikum“. Christensen trat noch einmal für den Antrag ein. Die Liberalen müßten zeigen, daß sie Anhänger des allgemeinen Wahlrechts seien. Auch Klausen sprach noch einmal, indem er namentlich die Unterschiede zwischen seinem Antrag und dem der Linken charakterisirte. Dem Minister dankte er, daß die Regierung so rückhaltlos enthielte, daß ihre behauptete Reformfreundlichkeit eine reine Phrase gewesen sei. Sie widersteht sich jedem Reformvorschlag. Letz. - G. Spensen als Vertreter der Rechten meinte, der Antrag sei nicht der Rede werth. Diejenigen, die etwas besitzen, müßten auch mehr darüber zu sagen haben, was mit den Steuergeldern geschehen solle, eine Weisheit, die vom Thron mit schallendem Gelächter ausgenommen wurde.

In der Sitzung vom 9. d. M. kam ein von liberaler Seite eingebrachter Gesetzentwurf, betreffend die Abschaffung obligatorischer kirchlicher Eheschließung zur ersten Beratung. Diese Vorlage ist kein Neuling, sondern eine Modifikation früherer und der Auffassung vormaliger Kultusminister angepaßter Entwürfe. Die im Vorjahre gestellten Anträge scheiterten im Landesthing. Der neue Antrag ist eine Art Vermittelung, aber da er nicht auf dem Prinzip der bürgerlichen Zwangsehe steht und der Willkür der Geistlichen freien Spielraum läßt, wurde er im Folkething mit starkem Widerspruch empfangen. Seitens des Antragstellers Göggbro wurde bemerkt, daß hier im Lande sich zwar kein allgemeines Bedürfnis obligatorischer Zivilehe geltend mache, aber die bürgerliche Ehe unter Mitwirkung des Pfarrers sei eine Bestimmung, die mit der Tradition im Volke übereinstimme. Nur eine verschwindende Minorität im Lande habe nach Abschaffung der kirchlichen Ehe verlangt. Nichts desto weniger löge es im Interesse der Zukunft der Landeskirche, daß eine Aenderung Platz greife. Auf allen anderen Gebieten dieser Kirche herrsche vollkommen Freiheit und nur mit Rücksicht auf Eheschließung sei Zwang vorhanden. Die Zivilehe müsse fakultativ werden schon aus Rücksicht auf den Pfarrer, dem kein Gewissenszwang auferlegt werden dürfe. Den Konservativen war der Vorschlag natürlich doch noch zu weitgehend. Auch der Minister sprach sich gegen den Antrag aus. Die weitere Beratung wurde vertagt. —

Kopenhagen, 12. November. Landsting. Bei der Fortsetzung der Verhandlung über die Zollvorlage erklärte der frühere Ministerpräsident v. Reedy-Thott, er sei mit seinen Parteigenossen über die Vorlage nicht einig. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten Strup gegenüber bemerkte der Redner, man dürfe die vom Folkething dargebotene Hand nicht zurückweisen. Bei gutem Willen von allen Seiten könne man zur Verständigung gelangen. —

Norwegen.

Christiania, 11. November. Bei den heutigen Wahlen im Amte Redanaas, das mit vier Stimmen im Storting vertreten ist, siegte die Linke, deren Mitgliederzahl dadurch auf 77 gestiegen ist. Mit dieser Stimmenzahl besitzt die Partei nunmehr eine Stimme über die absolute Mehrheit, die erforderlich ist, um Verfassungsänderungen durchsetzen zu können. Auch bei den noch ausstehenden Wahlen rechnet man auf einen Zuwachs der Linken. —

Rußland.

Der unterlassene Besuch des Zaren in Karlsruhe hat zur Schaffung einer eigenen russischen Gesandtschaft am Hofe des Großherzogs von Baden geführt. Man werden die badischen Hofkreise sich nicht mehr über allzu geringe Werthschätzung seitens des Petersburger Hofes beklagen und auch die servilen deutschen Zeitungen werden jetzt beruhigt sein. Selah! —

Bulgarien.

Ueber die Lage in Bulgarien schreibt uns ein bulgarischer Genosse aus Sofia:

Die acute Krisis des russischen Einflusses in Bulgarien neigt sich dem Ende zu. Obgleich die Russenpartei noch herrscht, so wird sie doch lebhaft bekämpft, nicht bloß von den Sozialisten, sondern auch durch die bürgerlichen Nationalisten. Die Ursache dieses Umschwungs liegt in der Thatsache, daß Rußland sich den nationalen Bestrebungen der Bulgaren in Makedonien widersetzt, dagegen die Bestrebungen der Serben unterstützt.

Bis vor 26 Jahren ungefähr war der Kampf um den Besitz Makedoniens auf die Bulgaren und Griechen beschränkt. Die Serben erhoben damals noch keine Ansprüche. Aber die Dinge haben sich geändert, seitdem Bosnien und die Herzegovina, diese zwei alten serbischen Provinzen, im Jahre 1877 mit Zustimmung Rußlands und des erlichen Kaisers Bismarck an Oesterreich, dessen Neutralität während des russisch-türkischen Krieges erlangt werden sollte, abgetreten wurden. Die Serben, die hierdurch jede Hoffnung, sich nach dieser Seite hin auszuweiden, verloren, richteten nun ihre Augen auf Makedonien, dessen Besitz ihnen auch das Meer, von dem sie jetzt ganz abgeperrt sind, erschließen würde. Warum begünstigt nun Rußland die serbischen Ansprüche auf Makedonien? Theils weil die Serben seit einiger Zeit eine russenfreundliche Politik befolgen, theils aber auch aus anderen, gewichtigeren Gründen. Rußland fürchtet nämlich die Bildung eines starken unabhängigen Staates auf der Balkanhalbinsel, einerlei, welcher Nationalität oder Benennung. Deshalb widersteht Rußland sich so heftig der Vereinigung der Moldau und der Wallachei, der Bildung des rumänischen Staats. Deshalb widersteht sich Rußland der Vereinigung Süd-Bulgariens (des alten Ost-Rumelien) mit dem Fürstenthum Bulgarien. Schon durch diese Vereinigung würde Bulgarien eine nicht zu verachtende Macht werden, stark genug, in den Angelegenheiten der Balkanhalbinsel eine Rolle zu spielen.

Es war also im Interesse Rußlands, ein Gegengewicht zu schaffen und jedes weitere Wachsen Bulgariens zu verhindern.

In Serbien fand sich das geeignete Werkzeug. Unterstützt von Oesterreich, trieb Rußland die Serben zum Krieg gegen die Bulgaren. Die Beweise hierfür sind in den Archiven von Sofia. Man weiß, daß die Serben in diesem Krieg befestigt wurden. Aber Rußland entschädigte sie auf einer anderen Seite. Es unterstützte durch seine Diplomatie in Konstantinopel die Ansprüche, welche Serbien mit Bezug auf Makedonien erhob und ließ durch seine literarischen Handlanger den ethnographischen Beweis liefern, daß Makedonien von Serben bewohnt sei.

Der letzte Erfolg, den die Serben mit Hilfe der russischen Diplomatie und insbesondere des Herrn Melidoff, des früheren russischen Gesandten in Konstantinopel, davontrugen, war die Ernennung des serbischen Priesters Jermakow zum Bischof von Uskub in Makedonien, an stelle des verstorbenen griechischen Bischofs.

Dieser Erfolg der Serben hat den Zorn der bulgarischen Nationalisten außer alle Maße gesteigert. Russenfreunde, wie Karaveloff, der Führer der russenfreundlichen Opposition, greift Rußland an das bestigte an in der Person der russischen Diplomaten in Konstantinopel. Und sogar die Regierungspresse, obgleich zum Schweigen verurtheilt, vermag doch die Unzufriedenheit mit Rußland nicht ganz zu verbergen.

Die gegenwärtige Regierung Bulgariens ist ohne Zweifel russenfreundlich. Aber Rußland weiß auch, daß sie keinen festen Bestand hat, und daß die Sympathien für Rußland in Bulgarien fortwährend abnehmen. Unter solchen Verhältnissen richtet die russische Politik ihr Augenmerk darauf, die politische Bedeutung Bulgariens zu vermindern. Eine der Bedingungen der Wiederaufhebung Rußlands mit der bulgarischen Regierung war die Abschaffung des bulgarischen Erarchats in der Türkei, das heißt der offiziellen religiösen Vertretung der Bulgaren in der Türkei.

Die bulgarische Regierung selbst weiß, daß sie in ihrer nationalpolitischen Politik nicht auf Rußland zu rechnen hat, vor Ausbruch des Krieges zwischen Griechenland und der Türkei suchte sie ein Bündniß mit Griechenland, allein durch Rußland und Oesterreich ward dieser Plan durchkreuzt. Bulgarien mußte sich neutral verhalten, und erhielt zur Belohnung dieser unseinerwilligen Entschlossenheit vom Sultan das Recht, in der Türkei einige Handelsagenturen zu errichten. Ein länglicher Trost.

Von Rußland schlecht behandelt, versucht die bulgarische Regierung ihr Heil nun bei der Türkei. Sie hat neuerdings dem Sultan ein Bündniß angeboten, wofür ihr dieser in Makedonien Konzessionen machen und in eine Vergrößerung Bulgariens willigen soll. Ob sie dort Glück haben wird? Nach den neuesten Berichten scheint die bulgarische Regierung abgeblüht zu sein. R. d. „B.“

So viel steht fest, auch das offizielle Bulgarien hat in der russischen Freundschaft ein Haar gefunden. Unsere Ultra-Nationalisten haben neuerdings eine „Dobrudscha“-Frage entdeckt. In der jetzt zu Rumänien gehörigen Dobrudscha leben nämlich ein paar tausend Bulgaren. Dieselben sind aber in der Minderheit und die bulgarischen Sozialisten bekämpfen diese „Bewegung“.

Und was die makedonische Frage betrifft, so ist unsere Lösung: Makedonien für die Makedonier!

Wir sind prinzipiell gegen jene schwachwollen Diplomaten-Politik, die über die Völker verfügt wie über die Schachpeden. Für die Sozialisten liegt in dem absoluten Selbstbestimmungsrecht des Volkes die einzig gerechte und vernünftige Lösung der Nationalitäten-Frage. —

Türkei.

Konstantinopel, 11. November. In der heutigen Sitzung der Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen wurden die Verhandlungen über die beiden noch übrigen Artikel des Friedensvertrages, nämlich die Aenderung der Kapitulationsurtheile und die Entschädigungen für beschädigtes Privateigenthum sorgfältig besprochen. —

Aus Kanea melden die „Times“, die Admirale hätten auf die ihnen übersandte Adresse der kretischen Nationalversammlung geantwortet, sie hätten von den Forderungen der Kreten Kenntnis genommen, seien aber, solange die Ernennung des Gouverneurs noch nicht entschieden sei, nicht in der Lage, eine endgiltige Antwort zu erteilen. —

Afien.

— Vom indischen Kriegsschauplatz. Aus Simla wird gemeldet: Ein zweiter Aufklärungszug, der gestern nach dem Saran-Sar-Berge im Maidan-Thale, dem Orte, wo am Dienstag ein heftiger Kampf stattgefunden hat, vorgegangen ist, war durchaus erfolgreich; die Verteidigungsstellungen von 40 Dörfern wurden zerstört. Auf englischer Seite wurde ein Offizier verwundet und ein Sepoy getödtet. Der Feind erlitt schwere Verluste.

Dagegen berichtet ein Spezial-Korrespondent der „Times“ aus Maidan, trotz der schweren Verluste des Feindes am Dienstag seien die britischen Operationen ohne Erfolg gewesen. Der moralische Vortheil habe auf Seiten der Afribis gelegen, welche wohl bewaffnet seien. Sie hätten Munition im Ueberflus und besäßen hunderte von Martingewehren und auch mehrere Lee-Weiford-Gewehre, wie aus zahlreichen Verwundungen britischer Soldaten durch Dumdum-Geschosse hervorgehe. —

Afrika.

Kairo, 11. November. Die ägyptische Garnison für Kassala wird etwa 2000 Mann betragen. Die Truppen werden über Massauah nach Kassala abgehen und ungefähr am 24. Dezember dort eintreffen. —

Amerika.

New-York, 12. November. Der „New-York Herald“ meldet aus Washington, Präsident Mc. Kuley habe festgestellt, daß 61 Senatoren für die Annexion der Hawaii-Inseln seien. Dies wäre mehr als die Zweidrittel-Mehrheit, welche zum Beschlusse, die Inseln zu annektiren, nöthig ist.

— Gegen das Nordsystem auf den amerikanischen Eisenbahnen wendet sich unsere amerikanische Kollegin, die New-Yorker „Volkzeitung“ in einem längeren Artikel. Ein „Nordsystem“ ist es in der That, wie aus den nachstehenden Zahlen erhellt. Auf den amerikanischen Eisenbahnen, die allerdings eine so große Weitenlänge haben wie die Eisenbahnen sämtlicher europäischen Staaten zusammengekommen, verunglückten

Jahr	getödtet	verwundet
1891	7029	83 881
1892	7147	86 852
1893	7348	90 398
1894	6447	81 891
1895	6196	83 715
1896	6487	88 845

Welch kolossale Fissern! Die Todten und Verwundeten eines Jahres ungefähr soviel wie die der blutigen Schlachten vor Metz.

In den drei Jahren von 1894—1896 ist die Zahl etwas geringer als in den drei vorhergehenden Jahren. Das erklärt sich aber nicht aus etwaiger Beobachtung größerer Vorsicht seitens der Bahnverwaltung — daran denkt der profitwähige Kapitalismus nicht, der aus dem Blut der Menschen so gut wie aus ihrem Schweiß Gold macht — sondern aus der schweren Geschäftskrise, die 1894 hereinbrach und eine starke Verminderung des Eisenbahnverkehrs zur Folge hatte.

Sind diese Fissern schon entsetzlich, wahrhaft markerschütternd sind die folgenden.

Jahr	getödtet	verwundet
1891	2660	26 140
1892	2554	28 287
1893	2727	31 729
1894	1823	23 422
1895	1811	25 659
1896	1900	30 000*)

*) Für das Jahr 1896 war die genaue Ziffer noch nicht veröffentlicht; es mußte noch einem, höchstens annähernden Ueberschlag stützt werden, der jedenfalls nicht zu hoch ist.

Getödtet und verwundet in sechs Jahren 187782! Hundert sieben und achtzig tausend sieben hundert zwei und dreißig Eisenbahn-Arbeiter. Diese Fissern erscheinen noch furchtbarer, wenn wir bedenken, daß die Zahl der Eisenbahn-Bediensteten, die fast das gesammte Kontingent der Todten und Verwundeten stellen: die Zugleute (Schaffner, Kondukteure, Fräger etc.), Streckenarbeiter und Weichensteller in den Vereinigten Staaten nicht mehr als 200 795 beträgt. Auch dort wird an Menschen gespart und das Menschenleben verschwendet.

In einem Zeitraum von sechs Jahren sind hiernach ziemlich ebenso viel Arbeiter getödtet und verwundet worden, als durchschnittlich überhaupt beschäftigt sind. Natürlich findet ja eine beständige Erneuerung des Personals statt; allein Thatsache ist: wenn keine Erneuerung stattfände, würde das Eisenbahn-Personal binnen sechs Jahren nahezu vernichtet sein. Das mörderische Klima von Cayenne, wo die „trockene Guillotine“ von den französischen Staatskrettern aufgeschlagen ward, tödtet die Europäer binnen zehn Jahren. Der Kapitalismus ist noch mörderischer — er braucht bloß sechs Jahre, um den Arbeiter zu tödten oder zu verstümmeln. —

Unternehmer-Verbände.

Eine Spiritus-Handels-Gesellschaft ist auf Veranlassung einer Anzahl namhafter Firmen in Breslau bei der Bildung begriffen. Die Gesellschaft soll ihren Sitz in Breslau haben und die Aufgabe erfüllen, die Gesellschaft durch geeignete geschäftliche Maßregeln in ihrem Streben, sich ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erhalten, zu unterstützen. Insbesondere sind auch bereits Maßnahmen in Erwägung gezogen worden, welche bezwecken, in Konkurrenz mit den zum Syndikat gehörigen Spiritfabriken von Posen und Breslau, die Spiritkonsumenten der Provinzen Schlesien und Posen mit Spirit preiswerth zu versorgen. Das Stammkapital ist auf 500 000 M. festgesetzt und sollen 60 pSt. sofort bar bei Zukaufbedingen gezahlt werden, weitere Einzahlungen bei Bedarf auf Beschluß des Aufsichtsraths erfolgen. Die Errichtung von Zweigniederlassungen an anderen Plätzen ist vorgesehen.

Soziales.

Eine Muster-Reparatur-Werkstätte für Uhrmachergehilfen will der Deutsche Uhrmacher-Bund (eine Unternehmer-Vereinigung) in einem Horvorte Berlin errichten. Arbeiter sollen nur von Uhrmachern angenommen, solche von Privat- und Goldarbeitern, Händlern, Trödlern etc. unbedingt abgewiesen werden. Die Reichs- und Staatsbehörden will der Bund um Subventionierung der Schule angehen.

Aus Uhrmacherkreisen wird uns über diese Angelegenheit geschrieben: An der Thatsache, daß die Uhrmacheret immer mehr zurückgeht, da von dem heutigen Uhrmacher der Uhrenhandel als die Hauptsache und die Reparatur als zwar nöthige, aber lästige Neben angefahren werden muß, wird die beabsichtigte Gründung nichts ändern. Zweck derselben soll sein, technisch tüchtig gebildete Gehilfen zu erziehen. An sich ein löblicher Voratz, aber leider wird nur ein ganz verschwindender Bruchtheil der Gehilfen, der demitteltel Theil, die Schule besuchen können. Ein Jahr muß jeder Schüler die Anstalt besuchen. Schulgeld soll zwar nicht erhoben werden, vielmehr sollen 20 pSt. der Reparaturpreise dem Schüler zu gute kommen, doch wird dieser Betrag selbstverständlich so gering sein, daß dem Schüler erheblicher Zuschuß zur Verfügung stehen muß.

In dem vom Verein Hamburger Heber seit dem 1. November d. J. eingerichteten allgemeinen Genarbüro haben sich bis jetzt rund 1100 Seelen eingetragen lassen, von denen etwa ein Drittel placirt werden konnte. Man sieht hieran, wie gewaltig die Stellenlosigkeit auch unter den Seelen ist.

Arbeiter-Risiko. In Leipzig wurden auf einem Fabrik-Neubau, der von dem Planermeister Vastanier aufgeführt wird, ein Maurer von einem eisernen Träger erschlagen.

Aus Gleiwitz wird gemeldet: In der Donnerstagsnacht geriet der Holzstab der Bythrandro-Grube in Brand. Der Brand konnte bisher noch nicht gelöscht werden. Sieben Arbeiter sind todt.

Ueber die angefochtene Arbeitslosen-Versicherung der schweizerischen Stadt St. Gallen hat der Gemeinderath einen Schlussbericht gegeben. Danach wurden während des 14-jährigen Bestehens der Versicherung 4965 Versicherungspflichtige eingeschrieben. Bei Auflösung der Versicherung waren noch 3700 Fr. Beiträge rückständig, die auf dem Rechtswege eingezogen werden sollen. Die schlechtesten Zahler seien gerade jene gewesen, die Unterstützung bezogen haben. Unterstützt wurden indessammt 512 Mann und zwar die Hälfte derselben 1896 und 1897. Die Summe der ausgezahlten Unterstützungen beträgt 88 887 Fr., im Durchschnitt erhielt jeder Unterstützte 75 Fr. Am ausgedehntesten war die Arbeitslosigkeit in den Monaten Dezember (167 Arbeitslose) und Januar (111). Von den 512 Arbeitslosen waren 189 Erdarbeiter, Tagelöhner und Handlanger, 58 Maurer, 83 Kunstreicher, 27 Schneider etc. 329 waren Schweizerbürger, 183 Ausländer. 553 waren verheirathet. Zum Schlusse des Berichtes spricht der Gemeinderath die Hoffnung aus, daß die Arbeitslosen-Versicherung wieder erstehen und dann dauernden Bestand haben werde.

Ueber Arbeitslosigkeit in Paris wird gemeldet: Allein bei den städtischen Arbeitsnachweis-Bureaus haben sich im dritten Quartal dieses Jahres 10 432 Männer und 13 929 Frauen angemeldet, von denen bloß 4527 Männern und 9316 Frauen Beschäftigung angewiesen werden konnte, und zwar natürlich vielfach nur vorübergehende. Man zieht daraus den Schluß, daß die Arbeitslosigkeit diesen Winter wieder einmal große Dimensionen annehmen werde. Jedenfalls kann den deutschen Arbeitern nur dringend abgerathen werden, sich durch die Hoffnung, bei den Arbeiten der Weltausstellung beschäftigt zu werden, zur Reise nach Paris verlocken zu lassen. Von besonderen Glücksumständen abgesehen, würde ihre Hoffnung getäuscht werden.

In der gestrigen Notiz über die Statistik der französischen Elementarschulen muß es am Anfang heißen: „Tanach beträgt jetzt die Gesamtzahl der Volksschulen mit Ausnahme der Kindergärten“ etc.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Einshorn, 12. November. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Bei der heutigen Stadtverordneten-Wahl siegte die Sozialdemokratie mit großer Majorität.

München, 12. November. (M. Z. B.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde mit 132 gegen 4 Stimmen der Gesetzentwurf angenommen, durch welchen der Bayerische Zentral-Darlehnskasse ein Betriebsvorschuß von zwei Millionen und der Bayerischen Landwirtschaftsbank ein Betriebsvorschuß von drei Millionen Markt gewährt wird.

Wien, 12. November. (M. Z. B.) Abgeordnetenhause. Kronauverer erklärt, für die Ministeranfrage stimmen zu wollen, weil die Regierung durch den Entschluß der Sprachenverordnung ihren Kompetenzkreis überschritten habe. Fortil u. Gen. überreichen einen Antrag, wonach sie mit dem von der früheren Regierung und der gegenwärtigen bezüglich der Sprachenverordnung eingeschlagenen Weg nicht einverstanden sind und beantragen, über den Antrags-Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Wackerthaler stellt namens des verfassungstreuen Großgrundbesitzes den Antrag, über den Antrag Fortil zur Tagesordnung überzugehen und erklärt, daß ohne einen klaren und entschiedenen entgegenkommenden Schritt gegenüber den Deutschen kein dauernder Friede in Oesterreich möglich sei. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Warschau, 12. November. (B. Z.) Die „Johanngrube“ bei Donbrowa ist eingestürzt. Acht Tode sind bereits aus Tageslicht geschafft, viele Verletzte werden noch vermisst.

Sauca, 12. November. (B. Z.) Auf den hier stationierten französischen Schiffen straffirt ebenfalls der Typhus.

Partei-Nachrichten.

Wegen die Aufstellung von polnischen Reichstags-Kandidaten in den beiden oberschlesischen Kreisen Kattowicz-Labrze und Beuthen-Larnowicz hatte sich die Presse-Lauer „Volkswacht“ u. a. mit der Begründung gewandt, es sei zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten ein Abkommen getroffen worden, das in dem Kreise Kattowicz-Labrze der Bergarbeiter Sache aus Zwickau und im Kreise Beuthen-Larnowicz ein polnischer Parteigenosse als Reichstags-Kandidat aufgestellt würde.

Aus Rom brachte das „Berliner Tageblatt“ folgende Depesche: Die vatikanische „Voce della Verita“ widmet den freundlichen, ja bewundernden Worten, die der Abgeordnete Bebel in Rom an den Papst Leo XIII. und die katholische Kirche gerichtet habe, ein Entree. Das vatikanische Blatt nennt diese Äußerungen beachtenswerth und bezeichnend.

Bebel, dem wir das Telegramm vorlegten, hat sich über den Inhalt höchlich amüsiert. Er kann sich nicht entsinnen, in seinem Vortrag Äußerungen gethan zu haben, die zu einem Urtheil, wie das Telegramm es enthält, Veranlassung gaben, es sei denn, daß es dem Berichterstatter besonders gefiel, das Bebel in einem Vergleich zwischen dem Verhalten der großen Mehrzahl der protestantischen Geistlichen und dem der katholischen der sozialen Bewegung gegenüber, die letzteren als die klügeren und die weit-sichtigeren bezeichnete und dabei mit Bezug nahm auf die Encyclica Leo's XIII. Die „Kottbusser Btg.“, deren Berichterstatter offenbar ein protestantischer Geistlicher ist, spie Feuer und Flamme über Bebel's Vortrag und äußerte unter anderem: „Das Handbrotchen von Teufels Großmutter mußte herhalten, um Gift und Galle auf die Kirche, das Christenthum, Kaiser, Könige, Fürsten, Bischöfe und Päpste und auf die Jesuiten zu spritzen. . . Jedes christliche Gefühl mußte sich empören bei den gräßlichen Worten, die wie ein rother Faden die Rede durchzogen und Wuth und Ingrimm des Redners gegen die Reichen, Fürsten und Geistlichen erkennen ließen.“ Und so mit Grazie weiter. Wie des Einen Lob, so ist des Andern Tadel eine starke Uebertreibung, jedenfalls hat der Vortrag gewirkt und seinen Zweck erfüllt.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Königsberg i. Pr. erwang die Sozialdemokratie einen schönen Achtungserfolg. In zwei Bezirken konnten unsere Kandidaten in die Stichwahl, und in allen Bezirken ist die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen gegen früher bedeutend gestiegen.

Für Parteizwecke gingen aus Zwickau ein: Lustige Brüder am Berge 206,20. Papierliste Zwickau 4,05. St. N. 16.—. Feiner Daub 15,50. Hammerdittich 7,45. Porzellanarbeiter Schedewitz 9,22. Tülnner 8,85. Heinrich 3,7.—. Steinweihen von Zwickau und Umgebung 18,60. Vierprozentige Steinmehrwertplatz Nieblhorn 10.—. Die „Aufgeklärten“ 20.—. Adam Saun 20,10. Heinrich 23.—. Papierliste Marienthal 1,25. August 2, 13,55. Goldig 1.—. Tülnner 4,45. Summa 358,12 M.

Aus Weimar wird berichtet, daß der Parteigenosse Simon aus Erfurt, der am Sonntag in einer vom sozialdemokratischen Verein in Weimar veranstalteten öffentlichen Versammlung sprechen sollte, unmittelbar vor der Stadt mit dem Fahrrad zu Fall kam und sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog, die das schlimmste Befürchten läßt.

Aus Dänemark. In Syngby wurden drei, in Baldy ein Sozialdemokrat in den Gemeinderath gewählt. An anderen Orten, wo es nicht gelang, unsere Kandidaten durchzubringen, sind wenigstens starke Minoritäten erreicht worden. Meist nahm die Partei zum ersten Mal an den Gemeindevahlen theil.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des verantwortlichen Redakteurs der „Sonntags-Zeitung“ in Halberstadt, Genossen Karl Künne, der wegen Beleidigung eines Polizeikommissars in Wernigerode vom Landgericht in Halberstadt zu 600 M. Geldstrafe verurtheilt worden ist.

Der Parteigenosse Schöpflin, Redakteur der „Volkstimme“ in Burgkötze, S., hat am Donnerstag die einmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom Chemnitzer Landgericht wegen Beleidigung der Wittwe der Polizei auferlegt worden ist.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Der Stat für die städtische Feuer-Sozialität, welcher von Oktober bis Oktober läuft, ist vom Magistratskollegium für 1897/98 in Einnahme und Ausgabe mit 2 002 935 M. festgesetzt worden. Infolge der in letzter Zeit vorkommenden vielen Dachstuhlbrände sind die Raten für Feuer-Schadenvergütung und der von der Sozialität zu den Kosten der Feuerwehre zu leistende Beitrag gegen das Vorjahr erhöht worden und zwar erstere um 100 000 M., letztere um 87 000 M.

Das Innungsverordnen der Weisgerber-Jungung ist nach deren Auflösung vor einigen Jahren statutenmäßig der Stadtgemeinde mit der Bestimmung zugefallen, daß die Zinsen des Kapitals zur Unterhaltung bedürftiger Weißgerber Verwendung finden sollen. Das Kapital der Stiftung ist der Stiftungsdeputation zur Verwaltung überwiesen und ihr auch die Nachvollkommenheit erteilt, die Zinsen zur Vertheilung zu bringen. Letztere belaufen sich auf 450 M. jährlich.

In der Turnhalle der Elisabethstraße ist vor einem Jahre veruchsweise das Gasglühlicht eingeführt worden. Da diesen Versuchen die Bedenken entgegenstanden, daß die Erschütterungen und der unvermeidliche Staub in der Turnhalle das Gasglühlicht in seiner Wirkung bedeutend beeinträchtigen und die Ersparnis durch die Kosten der Erneuerung aufgewogen werden würde, so beschloß das Magistrats-Kollegium, ein Jahr lang eine genaue Kontrolle der neuen Erleuchtungs-Einrichtung durch die städtische Erleuchtungs-Deputation vornehmen zu lassen. Das Resultat ergab unter Hinzurechnung aller Kosten für Erneuerung der Glühlörper, Zylinder etc. dennoch in diesem einen Jahre bei einem Gasverbrauch von 5250 Kubikmetern eine Ersparnis von 297,96 M., wobei noch die wesentlich größere Heiligkeit in betracht gezogen werden muß.

Die Entwürfe zu den vier Gemeinde-Schulbauten, welche wir gestern in dem Berichte über die Sitzung der städtischen Schuldeputation erwähnt haben, sind auch vom Magistrats-Kollegium genehmigt worden.

Lokales.

Achtung, zweiter Wahlkreis! Sonntag den 14. November, abends 6 1/2 Uhr, findet bei Jubel, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Dr. Saulmann über Wasser-Heilverfahren sprechen wird. Nachher gemütliches Beisammensein. Die Vertrauensperson.

Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost). Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß seitens des Vereins am Mittwoch — Besuch — eine Zuspatrie unternommen

wird, und zwar nach Johannisthal, Ossenick und Grünau. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Erbe, Currystr. 25. — In Johannisthal für Nachzügler vormittags 11 Uhr bei Senfleben. Recht rege Theilnahme ist erwünscht. — Siehe Versammlungs-Annonce am Sonntag.

Die Listen des 12. und 14. Kommunal-Wahlbezirks liegen am Sonntag, den 14. November, vormittags von 9—12 Uhr und am Montag, den 15. November, abends von 8—10 Uhr für das Gdrliger Viertel bei Erbe, Currystr. 25 und für das Reichenberger Viertel bei Holz, Grünauerstr. 3, aus; für den 14. Bezirk liegen die Listen auch aus bei Bieberstein, Lausiger Platz 12a, Ecke der Eisenbahnstraße.

Der „Verein für Kinder-Volkstücken“ hat im Winter 1896/97 (bezw. 1895/96) in seinen 10 Küchen unentgeltlich 182 667 (381 003) Portionen, gegen Zahlung von 5 Pfennigen 48570 (89 504) Portionen, zusammen 228 237 (400 507) Portionen vertheilt. Wegen des Vorjahrs ist eine erhebliche Verringerung namentlich der Zahl der Freispeisungen eingetreten. Das ist jedoch weniger auf eine Verringerung des Bedürfnisses als auf Mangel an Mitteln zurückzuführen. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Abraham ausdrücklich betont, daß man aus diesem Grunde die Zahl der Freispeisungen habe einschränken müssen. Der von Herrn Abraham erlatete ausführliche Jahresbericht zeigte wiederum, wie groß das Elend ist, unter dem viele Kinder der Armen leiden, und wie notwendig es ist, daß hier helfend eingegriffen wird. Herr A. war bemüht, gewisse gegen den Verein erhobene Vorwürfe noch einmal zu widerlegen. Durch die Speisung der Kinder außerhalb des Hauses werde keineswegs, wie man behauptet habe, das Familienleben gestört. Von einem solchen könne in den hier in betracht kommenden Familien, wie durch die Recherchen des Vereins stets auf neue erwiesen werde, meist überhaupt nicht die Rede sein. Die Eltern seien den Tag über außer dem Hause beschäftigt oder hätten kein Geld, ein richtiges Mittagessen herzurichten. Ohne die Hilfe des Vereins würden die Kinder nicht mit ihren Eltern zusammen das Mittagbrot einnehmen können, sondern höchstens mit ihnen zusammen hungern müssen. Einzelne besonders kraße Fälle von Noth wurden angeführt. — Fälle, in denen der Vater krank oder arbeitslos war oder krank oder im Gefängnis saß, die Mutter aber wenig oder gar nicht verdienen konnte und doch 4 Kinder, 5 Kinder, ja selbst 8 und 9 Kinder zu ernähren waren! Der früher, namentlich aus den Kreisen der städtischen Verwaltung, speziell von der Schuldeputation erhobene und fälschlich vom Stadtschulrath vertrat in der Stadtverordneten-Versammlung wiederholte Vorwurf, daß der Verein zu schnell und zu reichlich helfe, sei ebenso unberechtigt. Es werde nur den Allerbedürftigsten geholfen. Es sei auch nicht wahr, daß die Eltern deshalb die Pflicht, selber für ihre Kinder zu sorgen, von sich abzuwälzen suchten. Sowie sich nur das Weiter ein wenig ändere und die Arbeitsgelegenheit sich wieder mehre, würden die Küchen sofort leerer. Die Kinder kämen mit der Erklärung: „Vater hat wieder Arbeit“, und blieben dann von selbst weg. Herr A. berührte dann den von der „freisinnigen“ Majorität der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnten Antrag Borgmann und Genossen (Bestellung, wieviel Gemeindefunktionen ohne Frühstück kommen). Er hob sehr richtig hervor, daß die Zahl, die sich hierbei ergeben würde, noch keineswegs alle hungernden Kinder umfasse, da ja von denen, für die bei außer dem Hause arbeitende Mütter wenigstens noch das Frühstück zurecht machen kann, viele das Mittagessen entbehren müssen. Nach den Erfahrungen des Vereins gehe die Zahl der hungernden Kinder noch weit über 10 000 hinaus. Trotz dieser Ausführungen, die die Berechtigung des Antrages Borgmann und Gen. aufs neue bestätigten, war Herr A. nicht für diesen Antrag, der nur die Vorzüge zu dem anderen auf Speisung aus kommunalen Mitteln bedeute. In einem Eingreifen der Stadt oder des Staates dürfe es nicht kommen; denn das sei „der Anfang der Sozialisirung der Gesellschaft“. Eben deshalb solle man den Verein nachdrücklicher unterstützen, damit sich das Wort erfülle: „Es giebt keine hungernden Kinder mehr in Berlin.“ Man sieh, es ist immer und überall dasselbe Prinzip, nach dem diese Art „Volkstücken“ verfahren. Sie wissen sehr wohl — ihre eigenen Erfahrungen predigen es ihnen eindringlich genug! —, daß das schöne Ziel, das sie aufstellen, durch bloße Privatwohlthätigkeit niemals ganz zu erreichen ist. Trotzdem lautet das Programm, an dem sie unentwegt festhalten: Soweit unsere Mittel, d. h. die von der Bourgeoisie gespendeten Gütteleinlagen reichen, wollen wir helfen; darüber hinaus — giebt's nichts. Lieber sollen die aus Mangel an Mitteln abgewiesenen Kinder weiter hungern, lieber soll all' das Elend, das sie täglich vor Augen sehen und mit so beweglichen Worten zu schildern verstehen, weiter dauern, als daß sie mit dem den Anfang machen lassen, was ihnen schon die „Sozialisirung der Gesellschaft“ bedeutet.

Städtisches Obdach II. Die Abtheilung für nächtlich Obdachlose wurde 1896/97 (bezw. 1895/96) in Anspruch genommen von 290 795 (298 023) Männern, 9950 (19 018) Frauen, 44 (106) Knaben, 58 (69) Mädchen, zusammen 300 847 (281 216) Personen. Die Frequenz war also 1896/97 bei den Männern um 22 772 höher, bei den Frauen um 3068 niedriger, bei den Knaben und Mädchen um 62 bzw. 11 niedriger, im ganzen um 19 691 höher als im Vorjahre. Zu beachten ist hierbei, daß Anfang Dezember 1896 das bis dahin nur 800 Personen fassende Männerasyl des Asylvereins, durch ein neues, 700 Personen fassendes ersetzt wurde. Dieses neue Asyl ist seitdem ziemlich regelmäßig voll besetzt gewesen, so daß hier monatlich gegen 21 000 Personen (etwa 12 000 mehr als früher) Aufnahme gefunden haben. Trotzdem ist beim städtischen Obdach in der Abtheilung für nächtlich obdachlose Männer 1896/97 gegen das Vorjahr keine Verminderung, sondern eine Vermehrung der Besucher eingetreten, und zwar gerade vom Dezember 1896 an. Diese Vermehrung beweist, daß die Erweiterung des privaten Männerasyls nicht überflüssig, sondern durchaus notwendig war. Man kann danach ungefähr beurtheilen, wie groß früher die Zahl derjenigen Obdachlosen gewesen sein muß, denen das private Asyl wie das städtische Obdach im Winter wegen zu starken Andranges keine Aufnahme mehr gewähren konnte. Es wäre allerdings richtiger gewesen, wenn die Gemeindegewalt zur umfassenderen Befriedigung dieses stets wachsenden Bedürfnisses das ibrige gethan hätte, statt das — wieder der Privatwohlthätigkeit zu überlassen. Auch die Gefahr, wegen zu häufigen Kommens abgewiesen bezw. (im städtischen Obdach) der Polizei überwiesen zu werden, ist jetzt nicht mehr so groß wie früher. Früher hatten nur bis 800, jetzt haben bis 700 obdachlose Männer die Möglichkeit, in beiden Anstalten zusammen bis zu zehn Nächten in demselben Monat, falls sie zeitig genug kommen, nächtigen zu können. Thatsächlich ist die Zahl der der Polizei übergebenen Obdachlosen im letzten Winter im städtischen Obdach so niedrig gewesen, wie seit langen nicht. 1896/97 (bezw. 1895/96) wurden von den aufgenommenen Männern 9749 (4540) = 12,9 (16,9) pro Tausend, von den Frauen 116 (169) = 11,6 (12,9) pro Tausend der Polizei überwiesen. Speziell von den Männern wurden in den 12 Monaten April 1896 bis März 1897 überwiesen: 15,2, 16,8, 17,4, 22,7, 20,8, 26,1, 26,5, 22,7, 10,6, 7,1, 5,2, 8,6 pro Tausend. — Die Frequenz ist übrigens, wie bekannt, zu verschiedenen Zeiten des Jahres sehr verschieden: 1896/97 war sie am schwächsten im Juli 1896 (11 262 Personen), am stärksten im Februar 1897 (64 893 Personen). Von den einzelnen Tagen hatte der 20. Juli (mit 251) die schwächste, der 10. Februar (mit 2202) die stärkste Frequenz. Ueber 2000 ging die Frequenz

an 15 Tagen hinaus.) Dem Verufe nach sollen unter den aufgenommenen Männern und Knaben 137 925 Handwerker und 162 870 Arbeiter gewesen sein. Die Obdach-Verwaltung scheint jedoch bei der Gruppierung nach Berufen etwas summarisch zu verfahren; denn bekanntlich sind unter den Obdachlosen noch manche andere Berufe vertreten, die der Verwaltungsbericht augenscheinlich den Handwerkern und Arbeitern zugezählt hat.

Was bringt er mit? Unser Polizeipräsident, Herr von Windheim, hat sich nach London und Belgien gegeben, um das dortige Polizeiwesen zu studiren. In solchen Reisen liegt immerhin das Eingeständniß, daß unsere hauptstädtische Polizei reformbedürftig ist. Es ist jedenfalls nicht abzuleugnen, daß die Straßenpolizei keineswegs mehr den Bedürfnissen unserer riesenhaften Verkehrs entspricht. Ungläubige mögen sich einmal in der Dämmerzeit und in den ersten Abendstunden in das lebensgefährliche Gewirre der Leipziger- und Potsdamerstraße wagen, — sie werden verwundert sein, mit welcher großen Seelenruhe unsere Schulkleute, mit Ausnahmen natürlich, die um so rühmlicher sind, auf dem Bürgersteig oder den Inspektoren der Plätze stehen und dem Treiben zusehen. Dagegen mühen die Berichte über die answärtige und besonders die Londoner Polizei rein naderhand an. Der Londoner Konstabler sieht es als seine Hauptaufgabe an, den Verkehr zu regeln und Unglücksfällen vorzubeugen, im wahren Sinne des Wortes ein „Schuhmann“ zu sein. Und das ist, bei dem ungleich stärkeren Verkehr Londons, keine kleine Aufgabe. Unsere Schulkleute dagegen haben genug damit zu thun, Obacht zu geben, daß keine der unzähligen Polizeiverordnungen übertreten wird; im übrigen warten sie, bis irgend ein Unglücksfall passiert ist. Wie oft sieht man z. B. jetzt alte Damen, die über die Straße wollen. Kenglich warten sie ab, bis sich eine Lücke in der Wagenkette zeigt; dann eilen sie rasch einige Schritte vorwärts auf dem Straßenrande, um vor einem Wagen, der auf der anderen Straßenseite angelockt kommt, wieder zurückzuweichen. Wie gefährlich ist es auch, besonders an frischen und nebeligen Tagen, in sehr belebten Straßen an einer Haltestelle den Pferdebesahwagen erreichen zu wollen. Den Fußsicherer, die nicht immer auf das Publikum zu viel Rücksicht nehmen, kann man wohl schwerlich einen Vorwurf machen, wenn man sieht, mit welcher Hilflosigkeit sich namentlich die Frauen auf dem Straßenrande bewegen. Hier sind einzig und allein Personen am Plage, die den Fußsicherer bespringen, so daß der Wagenverkehr nicht unnütz gehemmt zu werden braucht.

Warum nun entspricht unsere Straßenpolizei nicht den an sie zu stellenden Anforderungen? Siderlich ist daran ihre Zusammen-Setzung theilhaftig. Die Männer, die in einem kleinen oder großen Provinzorte gedient haben, eignen sich nun einmal nicht zur Regelung des weltstädtischen Verkehrs. Doch können wir nicht darauf hoffen, daß wir eine anders zusammengesetzte Polizei bekommen — der Militarismus ist immer noch Triumpf bei uns. Wir können aber verlangen, daß unsern modernen Bedürfnissen mehr entgegengekommen wird. Vielleicht ist es nicht so nötig, daß die Schulkleute so kampfsucht nach Uebertretungen namentlich der Polizeistunde suchen, sondern ihren Eifer für andere Dinge aufwenden zu — Jedenfalls: Was bringt Herr von Windheim mit?

Der Besuch der Berliner Universität hat in diesem Semester eine ungewöhnliche Höhe erreicht — die höchste seit dem Bestehen der Universität. Im Sommersemester 1896 zählte die Universität Berlin 4788 immatriculirte Studierende, im Wintersemester 1896/97 5515, im Sommersemester 1897 4935 und im jetzigen Wintersemester 5921. Daß der Besuch im Wintersemester erheblich größer ist, als im Sommersemester, ist eine schon seit Jahrzehnten beobachtete Erscheinung; sie erklärt sich aus dem Einfluß der Großstadt, die mit Vorliebe im Winter, weniger im Sommer von den Studenten aufgesucht wird. Die jetzige Frequenzzunahme beträgt gegen das letzte Sommersemester fast 1000 und gegen das letzte Wintersemester 406. Auf die Fakultäten vertheilt sich die Studirenden des jetzigen Semesters wie folgt: theologische 445, juristische 2000, medizinische 1291 und philosophische 2182. In den 1291 Medizinern kommen noch 268 Studirende der Kaiser-Wilhelm-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen hinzu, die zwar formell nicht immatriculirt sind, aber ihre Studien an der Universität unter den gleichen Bedingungen und Voraussetzungen, wie die anderen Mediziner machen. Die Gesamtzahl der Studirenden erhöht sich dadurch auf 6189 Studirende, zu denen noch über tausend, zum Hören von Universitätsvorlesungen berechnete Studirende der anderen Hochschulen und Akademien kommen. Sehr auffällig ist die Zunahme der Jura Studirenden in Berlin; während die juristische Fakultät ihrer Frequenz nach früher immer an dritter Stelle stand, hat sie seit einigen Semestern die sonst in zweiter Stelle rangirende medizinische Fakultät weit überflügelt und hält sich nahe der philosophischen Fakultät wie die theologische Fakultät um 15 Studirende abgenommen, während die medizinische um 40, und die philosophische um 246 gegen das vorige Wintersemester zunahm. Die Universität Berlin zählte in den ersten Jahren nach ihrer Begründung soviel Hunderte von Studirenden, wie jetzt Tausende, vor 25 Jahren 1818, es hat sich also die Frequenz seitdem mehr als verdreifacht.

Ueber kirchliche Agitation in der zweiten städtischen Handwerker-Schule führt eine an uns gerichtete lebhafte Beschwerde. Die Beschwerden richteten sich gegen den Direktor Tradt, der vor einigen Tagen z. B. darüber gejamert haben soll, daß niemand am Sonntag vorher die Andraas-Kirche besucht habe; wenn auch nicht alle Schüler auf einmal hingehen könnten, so sollten sie es doch so einrichten, daß ein Theil immer den anderen im Kirchenbesuch ablöse. Sie, die Schüler, seien doch hoffentlich gute Christen und es wäre doch schlimm, wenn der Pastor der Schule ein schlechtes Zeugnis ausstelle, so daß das Ministerium den Sonntagsunterricht an Ende ganz aufhebe! Um die Schüler vor solchen schrecklichen Konsequenzen zu bewahren, ist sogar auf den Aufnahmestempel mit einem Stempel der Hinweis gedruckt worden, daß Sonntags früh von 8 Uhr bis 8 1/2 Uhr den Theilnehmern am Unterricht Gelegenheit gegeben sei, einem besonders für die zweite Handwerker-Schule eingerichteten Gottesdienst beizuwohnen. Wir wollen nicht die Behauptung der Beschwerdeführer nachprüfen, daß es weit weniger dem religiös-patriotischen Direktor als den in Wahrheit aberaus tüchtig wirkenden Lehrern zu danken sei, wenn die Schüler etwas Ordentliches für ihr Fach lernten. Doch meinen wir immerhin, daß der Direktor in sich gehen und bedenken sollte, daß man in einer Stadt wie Berlin auch in einer Handwerker-Schule nicht allzu viel mit Religion und Patriotismus andrückt, inwiefern solche Dinge für die technische Ausbildung der Schüler auch in sehr hohem Grade gleichgültig sind.

Ein hier bestehender Diktierklub der katholischen Arbeitervereine hat eine Resolution angenommen, in der er — selbstverständlich wohl im Uebereinkommen mit der Geistlichkeit — den Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine empfiehlt, fernerhin in keinem Falle irgendwelche Einkäufe an Sonntagen zu machen und ihre Frauen und sonstigen Familienangehörigen strenge anzuhalten, sich mit dem Wirtschaftbedarf an den Wochentagen zu verhalten. Ebenso wird empfohlen, den Besuch der Barbiers und Friseur an Sonntagen möglichst zu vermeiden. Eine so gewissenhafte Pflege der Sonntagsruhe sieht schneidend ab von den Anschauungen, die man in sehr maßgebenden evangelischen Kreisen in derselben Angelegenheit betheilt hat. Bekanntlich sind im königlichen Schloß, beim Bau der Gnadenkirche, sowie gleichfalls beim Bau der Kirche mit der wogemeinsten Kammer's-Zuschrift Sabbatfeierlichkeiten nach Noten verübt worden, ohne daß man unsern Wissens dagegen eingeschritten wäre.

Kommunierath Vosse hat jetzt auch die älteren katholischen Arbeiter entlassen. Er giebt als Grund an, daß die katholische Presse mit diesen Arbeitern in Verbindung getreten sei; er wolle aber vor den Sekereien Ruhe haben. Es ist vielleicht auch aus

zunehmen, daß der Abscheu, den die Handlungsweise des Kommerzienrats Bolle vielfach im Publikum hervorgerufen hat, die Folge hatte, daß die entlassenen Arbeiter überhaupt in seinem Betriebe entbehrlich wurden. Erwähnt sei übrigens, daß die „Germania“, das katholische Zentralorgan, es für notwendig hält, besonders zu betonen, daß sie keinerlei Beziehungen zu den entlassenen Personen unterhalten habe. Wer den im allgemeinen kapitalfreundlichen Standpunkt der „Germania“ kennt, wird sich wundern, daß das Blatt dies zu betonen noch für nötig hielt.

Das Polizeipräsidium berichtet: In Folge des diesjährigen, die Zeit vom 16. September bis Ende Oktober umfassenden großen Quartalsumzuges sind aus den Polizeirevierern nicht weniger als 898 559 Meldungen bei der Zentralstelle, dem königlichen Einwohner-Registramt, eingegangen, deren Eintragung in das Melderegister naturgemäß geraume Zeit erfordert. Der Andrang des Adressen suchenden Publikums ist nach einem solchen Umzuge erfahrungsgemäß ein ungewöhnlich großer, namentlich aber in den Mittagsstunden von 10 bis 2 Uhr. Gehnß schnellerer Abfertigung empfiehlt es sich daher, in der Zeit von 8 bis 10 Uhr früh und von 2 bis 4 Uhr nachmittags auf dem Meldereamt zu erscheinen.

Der Verein preussischer Volksschullehrerinnen hat an den Kultusminister eine Petition gerichtet, in welcher eine Zufuhrbestimmung zu § 16 des Lehrerbeförderungsgesetzes erbeten wird. Durch eine willkürliche Auslegung dieses Paragraphen erfahren nämlich die Lehrerinnen an vielen Orten eine beträchtliche Kürzung der Miethsentschädigung. In der Petition werden daher folgende Bitten ausgesprochen: 1. Die den Lehrerinnen gewährte Miethsentschädigung möge während der Dauer ihrer einseitigen Anstellung nicht gekürzt werden. 2. Es möge den Lehrerinnen prinzipiell überall die gleiche Miethsentschädigung gewährt werden wie den unverheirateten Lehrern. 3. Es möge den Lehrerinnen, die unterhaltungsbedürftige Angehörige bei sich aufnehmen müssen, und den verwitweten Lehrerinnen mit Kindern die gleiche Miethsentschädigung gewährt werden, wie den verheirateten Lehrern.

Der hiesigen Ober-Postdirektion werden demnächst zwei Motorwagen vorgeführt werden, die zur Beförderung von Briefschaften und Paketen nach den Postämtern und den Bahnhöfen bestimmt sind. Die Motorwagen sind dem Neuesten nach den jetzt im Gebrauch befindlichen Wagen nachgebildet und können von einem Schaffner (ohne Begleitschaffner) bedient werden. Die Einrichtungen sind, wie der „Konkessionär“ meldet, so getroffen, daß die bisherigen Postwagen in Motorwagen umgewandelt werden können. Die ersten Versuche mit diesen Postmotorwagen sind von der Postbehörde in London gemacht worden. Sie haben sich so bewährt, daß eine Anzahl von Motorwagen zur Einführung gelangt, nicht allein, weil ihre Bedienung bedeutend billiger ist, sondern auch, weil sie bei weitem schneller fahren können, als die mit Pferden bespannten Wagen.

Ein Auffsehen erregender Einbruchdiebstahl hat in der Nacht zum Freitag im Kriminal-Gerichtsgewände stattgefunden. Im Erdgeschoß des nach der Rathenowerstraße zu gelegenen Flügels befindet sich das sogenannte „Asservatorium“. Es ist dies der Aufbewahrungsort für alle möglichen beschlagnahmten Gegenstände, so daß die Räume dem Eindringen eines geordneten Diebstahls unmöglich sind. In mehreren Wandschränken befinden sich die Akquisitionen von Angeklagten, welche auf freien Fuß gesetzt wurden. Zur Zeit sollen es beträchtliche Summen sein. Auf diese wird es der Dieb abgesehen haben. Als der Kassellan Hilbrandt gestern früh gegen 6 Uhr in Begleitung der Meinhofenfrau den Keller betrat, fand er zu seiner Verwunderung die Thür offen, welche zu dem Vorräum führt, offen. Auch die zweite zum eigentlichen Lagerraum führende Thür war geöffnet und wie man bei näherer Besichtigung feststellte, war das Schloß mit Gewalt — dem Anschein nach unter Anwendung eines Stemmeisens — erbrochen worden. Der Thäter konnte sich jedoch nicht aus dem Gebäude entfernen haben. Die Durchsuchung der Lagerräume selbst war ohne Erfolg, als man aber die darauffolgende weitausläufige Kellerräume absuchte, fand man in einer der vielen dunklen Ecken versteckt, einen Menschen, dem vor Furcht die Kniee schlotterten. Die Ueberraschung war groß, als man in dem Thäter den Kanzlisten Alex erkannte, einen Beamten, der seit einer Reihe von Jahren im Kriminal-Gerichtsgewände thätig ist und zuletzt als Protokollführer beschäftigt wurde. Er gestand die That sofort ein. Seine Vernehmung erfolgte gestern Vormittag durch den Untersuchungsrichter. Man nimmt an, daß Alex sich am Donnerstag Abend in den unteren Räumen versteckt gehalten hat, er wurde noch spät Abends im Schwurgerichtssaal, in welchem eine sich lang ausdehnende Verhandlung wegen Meineids stattfand, gesehen. Seine Familie besteht aus Frau und zwei Kindern, sein Einkommen schwankte zwischen 150 bis 180 M. monatlich.

Von dem Einbrecher meldet ein Berichtskasser, daß er als junger, biegsamer und schmeichler Mensch bei allen Richtern beliebt war und häufig in deren Wohnungen zum Niederschreiben von Erkenntnissen nach Diktat benützt wurde, wofür es gutes Entgelt gab. So stand er sich monatlich auf 200 M. im Durchschnitt. Dabei mußte seine Familie nothdienen, denn er war furchtbar leichtsinnig und brachte es fertig, sein ganzes Monatsgehalt an einem einzigen Abend in Damenkleiden „an den Mann“ zu bringen. Noch vor anderthalb Jahren hat sein Vater 5000 Mark zur Mangirung der Verhältnisse des Sohnes geopfert, gleichzeitig aber auch den ausschweifenden Richter gebeten, den Sohn ernstlich zu verwarnen. Das ist geschehen, der junge Mann hat auch Besserung gelobt, aber er lag bereits in Wucherhänden und gerieth durch seinen bodenlosen Leichtsin immer tiefer hinein. Jetzt muß ihm der Strick bereits am Halse gefesselt haben, sonst hätte er sich schwerlich zu dieser Verzweiflungsthat hinweisen lassen, zu welcher er absolut keine Befähigung besaß.

Zum Fall Nothenburg. Wie wir bereits angekündigt, fand im Anschluß an die Vernehmung vom 2. d. M. am 6. d. M. die endliche Vernehmung des Referendars Nothenburg vor dem Untersuchungsrichter in Moabit statt, und zwar als „Zeuge“ in der Sache, betreffend die amtliche Untersuchung des Prof. Möllers Gutachtens, welches bekanntlich nach den Wünschen der peluniar-interessierten „Angehörigen“ die Entmündigung der Frau Baumeister Nothenburg bewirkte. Herr Referendar Nothenburg erklärte sich in dem Termine dahin, daß es bei dem gestellten Antrag auf Untersuchung der Sache und des unzutreffenden Möllers Gutachtens verbleiben müsse und er ein weiteres der Staatsanwaltschaft I anheimstellen müsse. Ein ärztlicher Sachverständiger war nicht zu diesem Termin erschienen, obwohl die Staatsanwaltschaft dies früher verfügt hatte.

Ueber die am 1. Januar 1898 fälligen Wittwenpensionen wird aus Frauenkreisen geschrieben: Viele Wittwen, die aus preussischen Staatsklassen eine Pension beziehen, werden diesmal den Anfang des kommenden Jahres mit leerem Magen und leerem Geldbeutel begehen, wenn nicht noch rechtzeitig die oberen Verwaltungsbehörden eingreifen. Die Pensionen der Wittwen werden an jedem ersten des Monats pränumerando ausbezahlt. In diesem Jahre fällt der 1. Januar auf den Sonnabend. Die Klassen sind am Neujahrstage geschlossen, ebenso an dem darauffolgenden 2. Januar, einem Sonntag. Wo nicht eine Ausnahme gemacht wird, haben demnach die Wittwen bis zum 8. Januar zu warten und vielleicht bittere Noth zu leiden, denn was für dreißig oder im schlimmsten Falle einunddreißig Tage reicht, soll nun drei Tage länger vorhalten. Die Beamten dagegen bekommen, wenn der Erste auf einen Sonntag fällt, ihr Gehalt oder ihre Pension am letzten Tage des laufenden Monats ausgezahlt.

Im Unrecht waren wir gestern, als wir bei der Erwähnung einer Meldung des „Berl. Tagebl.“, wonach ein hiesiger Bankier und Handelsrichter den Kommerzienratsstitel und den Rother Adlerorden abgelehnt haben sollte, an der Richtigkeit einer so unwahrscheinlich klingenden und gegen allen hörsamischen Ehrgeiz verstoßenden Thatsache zweifelten. Der Fall ist in der That passiert, doch hat die Ablehnung der dem Handelsrichter in Aussicht gestellten Ehren nicht, wie das „Berl. Tagebl.“ meldete, in der momentan im Handelsstande vorherrschenden Stimmung seinen Grund. Der in

betracht kommende Herr ist, wie wir aus absolut sicherer Quelle erfahren, einzig und allein durch und durch demokratische Ueberzeugung heraus veranlaßt worden, auf Orden und Titel höflich, aber bestimmt zu verzichten.

Durch eine Gasexplosion wurde Donnerstag Abend das Leben der Bewohner des Hauses Kastanien-Allee 37 gefährdet. Als gegen 1/7 Uhr eine Verkäuferin des Weisenberg'schen Manufaktur- und Weißwarengeschäfts die Gasflammen im Schaufenster anzünden wollte, entzündete sich anscheinend aus der undichten Leitung entströmtes Gas und setzte den Inhalt des Schaufensters in Flammen. Eine Feuerfäule schlug nach dem Laden hinein und erlosch die Lagervorräthe, sodasß der Brand bald einen größeren Umfang annahm und eine starke Verqualmung des Treppenhauses eintrat. Da aber auch eine gewaltige Stichflamme von dem brennenden Schaufenster aus an der Hauswand emporloberte, so entstand unter den zahlreichen Bewohnern eine furchtbare Rathlosigkeit und die Gedrängten schrien jammernd um Hilfe. Als kurze Zeit darauf der erste Löschzug aus der Oberbergerstraße eintraf, versuchten bereits einige Hausbewohner, sich aus den Fenstern hinauszulassen; die Löschmannschaft vermochte dies noch zu verhindern. Mehrere Feuerwehrlente wurden sofort in das stark verqualmte Haus geschickt, um die Bewohner zu beruhigen resp. wo möglich Hilfe zu leisten. 14 Personen mußten durch Feuerwehrlente aus den verqualmten Räumen ins Freie gebracht werden. Unter diesen befand sich eine Frau Regenstein, welche vermutlich bei einem Versuche, über die Treppen ins Freie zu flüchten, auf dem Treppenvorplatz der dritten Etage beständiglos zusammengebrochen war. Die durch den Qualm Betäubte erholte sich jedoch glücklicherweise sehr bald, nachdem ihr durch Samariter der Feuerwehr die erste Hilfe zu Theil geworden. Der Brand konnte mit einer Nothleitung mit leichter Mühe gelöscht werden.

Die Einbrecher, welche in der Nacht vom 10. zum 11. d. M. mittels Ausschneidens der Thürfüllung in die Wohnung des General-Lieutenants v. D. von Adler in der Bülowstraße in Schöneberg eingedrungen sind, sämtliche Behälter erbrochen und 1000 M. bares Geld, einen Posten Zigarren sowie mehrere Kleidungsstücke gestohlen haben, sind von der Kriminalpolizei in der Person der Handelsmänner Ambos und Bratsch ermittelt und festgenommen worden. Beide sind vielfach bestraft, Bratsch hat bereits 44 Jahre im Zuchthause zugebracht.

Eine Belohnung von 500 Pfund Sterling ist für die Verbehaftung der in der Zeit vom 30. Oktober nachmittags 2 Uhr bis 1. November vormittags 9 Uhr in einem Juwelenladen in London gestohlenen Perleien angesetzt worden, deren Verzeichniß die hiesige Kriminalpolizei erhalten hat. Es befindet sich darunter ein Paar Rubinen- und Diamanten-Ohringe, an denen jeder Rubin 10 Karat und die Diamanten zusammen ungefähr 10 Karat haben, ferner ein mit 5 Brillantsteinen besetzter Haarkamm.

Auch das dritte Opfer der Explosion in der Chausseestraße, der Moler Josef Wittowsky, ist seinen furchtbaren Verletzungen erlegen. Der Tod, der vorauszusehen war, trat am Donnerstag Abend um 11 1/2 Uhr ein.

Eine anregende Szene spielte sich Donnerstag früh in der Annerstraße ab. Väterungen saßen im zweiten Stock des Hauses an der Dresdenerstraße eine Frauensperson stehen, die sich anschickte, aus dem Fenster herabzuspringen. Auf das Geschrei der Jungen stieg sie vom Fenster wieder herab und ging in die Stube zurück. Schutzmänner, die in der Nähe waren, drangen sofort in die Wohnung ein und stießen hier auf die 25 Jahre alte Schneiderin Martha Mitschen, die sich in einer hochgradigen Erregung befand. Das Mädchen fiel einem der Beamten um den Hals und bat ihn, dazubleiben, weil sie sich fürchte, da ein auffälliger Geruch aus dem Ofen kam. Aus den wirren Reden erkannte man bald, daß man es mit einer Geisteskranken zu thun hatte. Das Mädchen hat sich, wie man sagt, aus Liebesgram, dem Trunke ergeben und war in Delirium verfallen. Die Kranke beruhigte sich auf das Versprechen des Beamten hin bei ihr bleiben zu wollen und wurde dann in eine Anstalt gebracht. Hier stellte man auch eine Vergiftung fest, die wahrscheinlich auf übermäßigen Genuß von Alkohol zurückzuführen ist.

Mit Schwefelsäure hat sich in einem Gasthose in der Javalidenstraße der 19jährige Kreidenschneider Gustav Reinhold aus der Bernauerstr. 97 zu tödten versucht. Verschnähte Liebe soll der That zu Grunde liegen. Reinhold wurde in bedenklichem Zustande in ein Krankenhaus gebracht.

Nahrungsorgen haben den 50 Jahre alten Kellner Heinrich Schade aus der Friedenstr. 95 in den Tod getrieben. Der Unglückliche war seit vier Monaten ohne Beschäftigung. Donnerstag Nachmittags um 1/4 Uhr fand ihn sein Wirth in seiner Stube erhängt auf. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Infolge eines Hehltritts fiel nachmittags der Bäckereimacher Karl Ester in der Meyerbeerstraße hin und zog sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. — Vor dem Hause Großbeerstr. 22 wurde nachmittags der Schulknabe Karl Jenu von einer zweispännigen, von dem Kutscher August Albschheit geführten Kutsche überfahren und anscheinend innerlich schwer verletzt. Nach Angabe der Zeugen ist die Schuld dem Albschheit beizumessen, da er übermäßig schnell fuhr und den Knaben nicht anrief. Der Kutscher suchte sich seiner Feststellung durch die Flucht zu entziehen, er wurde jedoch von einem unbekannt gebliebenen Radsfahrer verfolgt und auf dessen Veranlassung durch einen Schutzmann festgesetzt. Der Knabe wurde in die Wohnung seiner Eltern geschafft. — Der Invalide Franz Ehlen wurde in der Brunnenstraße von einem mit Brettern beladenen Arbeitswagen überfahren und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und eine Verletzung an der rechten Hand. — In der Ackerstraße wurde die dreizehnjährige Elfriede Sachs von dem Radsfahrer Sattler Theodor Schreiber, der mit großer Schnelligkeit und ohne zu klingeln die Straße entlang fuhr, überfahren und erlitt eine Quetschung des Nasenbeines.

Die Dachstuhlbrände Moabits nehmen nach und nach einen beunruhigenden Charakter an. Innerhalb einer Stunde standen Freitag Nachmittags gegen 5 Uhr die Dachstühle Gmdenerstr. 8 und Ecke Quigow-Salzwedelerstraße in Flammen. Im ersteren Falle war ein Schutzmann in Gefahr zu erliegen, da die vollständig verqualmten Treppen ihm den Rückzug abgeschnitten hatten. Mittels der aufgestellten mechanischen Leiter konnte er jedoch von einem Feuermann gerettet werden. Zur Errichtung des Brandherdes mußten die Rauch- und Athmungsapparate benützt werden. Während vier Nothre noch mit Abfischen beschäftigt waren, machte sich in nördlicher Richtung ein großer Feuerchein bemerkbar, worauf Brandmeister Beder sofort den Dampftriebzug 13 abbeordnete. Als nach 18 Minuten von erfolgter Alarmierung an die ersten Löschzüge an der Ecke Quigowstraße ankamen, fanden sie einen großen Brandherd vor. Von einem kleinen Gethürm aus hatte sich das Feuer nach beiden Seiten verbreitet und war gleichzeitig nach der oberen Etage durchgeschlagen. Obwohl die Treppen rauchfrei waren und einen Angriff von zwei Fronten gestatteten, wurde doch noch zur Vorsicht die mechanische Leiter aufgestellt. Zwei Dampf- und vier Dampftriebzüge hatten fast 1/2 Stunde Wasser zu geben, bevor das Feuer zum Stehen kam. In diesem Falle tritt die Vermuthung einer Brandleistung mit großer Bestimmtheit auf. An den Gethürm, in dem das Feuer ausbrach, schloß sich ein Trockenboden, der wenig brennbare Stoffe aufwies. Um so auffälliger ist der Umstand, daß gerade hier das Feuer nach der darunter liegenden Etage durchschlug. Uebrigens gehört dieses sich augenblicklich unter Sequenzration befindliche Gebäude demselben Bauunternehmer Krolle, dessen Haus Ecke Quigow-Salzwedelerstraße erst am vorigen Montag ebenfalls von einem Dachstuhlbrande heimgesucht wurde. — Bei einem dritten Dachstuhlbrande, der eine Stunde vorher Brunnenstr. 10 wüthete, hatte die Feuerwehr auch entsehrlich unter großer Rauchentwicklung zu leiden, da das Holzgerüst einer Weichschrauben-Fabrik den Flammen anfänglich enormen Widerstand leistete, so daß auch hier

Rauchhelme und Athmungsapparate in Anwendung kommen mußten. Zwei Nothre hatten über eine Stunde Wasser zu geben. Donnerstag Abend 7 Uhr war Kastanien-Allee 15 ein Gardinenbrand zu beseitigen, ebenso um 9 Uhr Wasmannstr. 6.

Das Puffage-Vanopitum ändert seinen Spielplan und bringt fortan K. von Supp's Operette „Jehn Mädchen und kein Mann“, für die Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft (genau und musikalisch neu bearbeitet von Kapellmeister Gothof Brande.

Theater. Im Deutschen Theater hat Herr Bauer, welcher durch Unpäßlichkeit einige Tage am Spielen verhindert war, seine Rolle in Ludwig Fulda's „Jugendfreunde“ von heute ab wieder abgenommen. Fulda's Lustspiel, das nach dem Tode der Besten Uebersetzung von zahlreichen deutschen Bühnen erworben wurde, geht in nächster Woche am Wiener Burgtheater zum ersten Male in Szene.

Im Schiller-Theater geht morgen, Sonntag Nachmittags, die Kriegergilde Bauernkomödie mit Gesang „Die Kreuzschreiber“ in Szene. Heute Abend wird „Balthusens Tod“, morgen Sonntag Abend „Die Räuber“ gegeben. Die Direktion erachtet es, besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die für Sonntag, den 21. nachm., ausgegebenen Abonnements-Billets zum Schiller-Fest, da diese Vorstellung ausfallen muß, für die am 28. d. M. stattfindende Nachmittags-Vorstellung Gültigkeit haben.

Die nächste Novität des Russen-Theaters in Jakob Lippmann's dreiväufiges Lustspiel „Ein verbotenes Schauspiel“. Die Schlußaufführung findet Dienstag, den 16., statt.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Charlottenburg werden auf die am Sonntag Nachmittags 2 Uhr im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Die wichtige Tagesordnung: „Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen“, erfordert die Anwesenheit jedes Parteigenossen. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Alle Genossen, die sich an der am Sonntag, den 14. d. M., stattfindenden Flugblattverbreitung betheiligen wollen, werden ersucht, sich morgens 1/8 Uhr in nachbenannten Lokalen einzufinden: Pasche, Potsdamerstr. 44; Leder, Bismarckstr. 74; Seyer, Wallstr. 96; Gimpel, Oranienburgerstr. 20; Dörre, Krumme Str. 19; Kant, Pestalozzistr. 65; Köhr, Goethestr. 67a; Bredlow; Kugsburgerstr. 78.

Aus Charlottenburg. Die von der Gesellschaft „Theater des Westens“ bezug. einigen Mitglieder der Gesellschaft vom Charlottenburger Magistrat erbetene hypothekarische Subvention in Höhe von 600 000 M. ist gestern vom Magistrat abgelehnt worden. — Die Einführung eines Pensionsstatuts für die Mannschaften der städtischen Feuerwehr in dem von uns vor kurzem schon mitgetheilten Sinne hat dagegen der Magistrat gestern zum Beschluß erhoben.

Die Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft beabsichtigt bei Gelegenheit der Umwandlung in elektrischen Betrieb die Linie vom Spandauer Beck bis nach Spandau zu verlängern. Mit Rücksicht auf diesen Plan ist das Gesetz der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft zur Kongressionierung einer elektrischen Straßenbahn Spandau—Befind—Charlottenburg von den betheiligten Behörden nicht genehmigt worden.

Die gerichtliche Voruntersuchung über den Todesfall des Schulknaben Fischer in Schöneberg hat vorgehens begonnen, nachdem der Termin vom Montag auf den Dienstag verschoben worden war. Vernommen wurden zunächst der der Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes angeklagte Lehrer Richard und die Mutter des verstorbenen Knaben, und zwar in Gegenwart der beiden Ärzte, Kreisphysikus Dr. Eiten, welcher an der Leiche des Knaben die Obduktion vorgenommen hat, und des Dr. med. Herzfeld, von welchem der Knabe während seiner Krankheit behandelt, das Attest und der Todtenschein ausgestellt worden ist. Die Vernehmungen haben sich bei dem Lehrer Richard zunächst nur um den Züchtigungsakt selbst gedreht, während die Mutter nur über den Verlauf der Krankheit ihres Kindes und über dessen ganze Konstitution wie etwaige frühere Krankheiten vernommen worden ist. Dieselbe hat erklärt, daß der Knabe von jeher vollkommen gesund und kräftig gewesen sei und besonders niemals an Magenbeschwerden gelitten habe. Von den Mitschülern des kleinen Fischer ist bis jetzt noch keiner vernommen, doch ist aus der Zahl derselben eine Reihe als Zeugen vorgemerkt worden, welche demnächst ebenfalls zur Vernehmung kommen dürften. Besonders kommt der Schulkamerad, welcher den kleinen Fischer an dem kritischen Tage von der Schule nach Hause gebracht hat, in Betracht.

Die Generalversammlung der Charlottenburger Orts-Krankenkasse hatte seinerzeit den Satz des normalen Tagelohns für Charlottenburg von 2,50 auf 3 M. erhöht, so daß demgemäß auch die Krankengelder zu erhöhen waren. Nachdem nun die Orts-Krankenkasse im letzten Winter einen Fehlbetrag von 20 000 M. gehabt hatte, hat jetzt der Magistrat beschlossen, jenen Beschluß der Generalversammlung der Orts-Krankenkasse dem Regierungspräsidenten in Potsdam zur Genehmigung zu empfehlen.

Imn Tode des Gemeindeführers Max Giese in Charlottenburg meldet eine Korrespondenz, die amtlichen Erhebungen hätten ergeben, daß der Tod in keinem Zusammenhang mit der erlittenen Züchtigung stehe.

Die ersten Schöneberger Stadtverordneten-Wahlen haben gestern mit den Wahlen der I. Abtheilung ihren Abschluß gefunden und zwar mit dem Ergebnis, daß in dieser Abtheilung sämtliche 16 Kandidaten der „Unabhängigen“ gewählt wurden.

In Pankow brach in der letzten Nacht um 12 Uhr ein größeres Feuer in dem Berliner Kohlenfaurewerk des Dr. M. Stern, Florastraße 8, aus. Die Berliner Feuerwehr rückte zur Hilfeleistung dahinaus, kam aber nicht mehr in Thätigkeit. Es gelang der freiwilligen Ortsfeuerwehr, den Brand aus seinem Herd zu beschränken. Der Dachstuhl ist niedergebrannt.

Aus der Volks-Heilstätte am Grabowsee heimlich entfernt hat sich der Hausdiener Franz Bräse aus Berlin. Man befürchtet, daß dem Mann, der seit Anfang des Monats vermißt wird, ein Unglück zugestoßen sei.

Kunst und Wissenschaft.

„Das neue Weib“, ein Lustspiel von Rudolf Straß, wurde am Donnerstag im Schauspielhaus zum ersten Male aufgeführt. Nach dem Titel des Stücks und nach seinen einleitenden Szenen mochte man glauben, eine Novität zu hören, die ein aktuelles Thema berührt. Leider ist die Frage, das ein Weib an die Universität, für deutsche Hochschulen noch aktuell. Ein Jrl. Textor hat sich an die Universität einer süddeutschen Kleinstadt gewandt. Sie will dort Nationalökonomie studiren, begegnet aber allerlei Schwierigkeiten und Kritereien.

Wir wären nicht im Schauspielhaus, wenn dies Grundthema nicht alsbald fallen gelassen würde. Im zweiten und dritten Akt wird die Scene vom kleinbürtigen Studententum beherzigt; „Auf der Mensur“, „Der betrogene Pedell“, „Der Festkommere“, „Gaudemus“, „Des Barchen Abschied von der Waisenstadt“, so könnte man die einzelnen Szenen nennen, die den harmlosen Theil des Publikums zu frohem Weislaß, die Anspruchsvolleren zum Fischen nach dem dritten Akt reizten. — „Das neue Weib“ bleibt schließlich das alte verlebte Weibchen und betrahtet einen forschen Professor. Sehr gut gelangen in der Darstellung die Kleinstadt-Typen; so gab Herr Solmer den genialisch-verstossenen Dr. Schweizer und ganz prächtig Herr Feine einen Dienstmann und Korpdienner. —

Die Anwendung der Elektrizität bei dem Bau des Simpson-Tunnels wird in der italienischen Fachzeitschrift „L'Electricita“ in interessanter Weise besprochen und zeigt deutlich, welche Verbilligung und Beschleunigung im Tunnelbau die Anwendung elektrischer Kräfte herbeiführt hat. Bisher sind die längsten Eisenbahntunnels Europas bekanntlich der St. Gotthard mit 15 Kilometer und der Mont Cenis mit 13 Kilometer Länge. Der Simpson-Tunnel wird beide bedeutend übertreffen und eine Länge von 20 Kilometer erhalten, dieselbe Länge wie der famose Tunnel zwischen England und

Frankreich unter dem Kanal, der schon seit Jahrzehnten geplant und noch immer nicht gebaut wird. Der Bau des Simplon-Tunnels ist dem Ingenieur Brandt, der auch den Bau der Alpbahnen geleitet hat, übertragen; dabei wird die Elektrizität in einem bisher noch niemals erreichten Grade angewandt werden. Bei einem Bruch von 200 Tonnen Gestein pro Meter Tunnellänge erhält man auf 20 Kilometer die fabelhafte Gesteinmasse von 4 Millionen Tonnen oder 80 Millionen Zentner, welche durchschnittlich 4 Kilometer weit fort zu schaffen sind, so daß im ganzen 16 Millionen Tonnen-Kilometer zu leisten sind, was ausschließlich mit Hilfe der Elektrizität geschieht. Wie groß dabei die Ersparnis an Zeit und Geld ist, zeigt ein Vergleich des Simplon-Projekts mit den früheren großen Tunnelbauten. Beim Mont-Cenis-Tunnel kostete jedes Kilometer 6 Millionen Francs und ein Jahr Arbeit, beim Gotthard-Tunnel nur 4 Millionen Francs, beim Simplon-Tunnel wird bei einer Konventionstrafe von 5000 Francs auf jeden Tag Verzögerung der Fertigstellung — das Kilometer nur 3 Millionen Francs und ein Vierteljahr Zeit kosten. Man arbeitet heute also an einem solchen Riesenunternehmen viermal schneller und zweimal billiger als vor 30 Jahren am Mont-Cenis. Die Elektrizität spielt auch eine bedeutende Rolle für die Beleuchtung eines solchen Riesentunnels, denn es muß darauf Rücksicht genommen werden, daß durch die Beleuchtung nicht die im Innern des Tunnels herrschende Hitze noch vermehrt wird. Wenn man im Mittel auf je 44 Meter des Eindringens eine Wärmezunahme von einem Grad Celsius rechnet, so wird die Hitze am Mittelpunkt des Simplon-Tunnels, welcher 500 Meter unter der First des Berges liegt, 40 Grad betragen. Die Zufuhr frischer Luft in das Innere des Tunnels wird durch elektrisch betriebene Ventilatoren bewirkt und außerdem durch einen dem Bahntunnel parallel laufenden Stollen von 8 Metern Breite, in welchen in jeder Sekunde 50 Kubikmeter Luft mit einer stündlichen Geschwindigkeit von 22 Kilometern hineingepreßt werden, die in den Haupttunnel gelangen und durch diesen wieder nach außen zurückkehren. Nach Fertigstellung des Simplon-Tunnels wird übrigens die Linie London—Brindisi, die sogenannte indische Post, um 155 Kilometer gegen die Linie durch den Mont-Cenis und um 122 Kilometer gegen die Gotthard-Linie verkürzt werden, die Fahrt von London nach dem Simplon ist über Calais und Rheims zu rechnen. Außerdem hat der neue Tunnel nur eine Meereshöhe von 700 Meter zu überwinden, während die Öberrheinlinie bei den anderen Tunneln 1150 bzw. 1800 Meter beträgt. Man rechnet darauf, auch den Verkehr durch den Simplon-Tunnel überhaupt auf elektrischem Wege zu betreiben.

Ueber Elektrizitätserscheinungen auf dem Krater Mauna Loa auf Honolulu berichtet Dr. H. W. Guppy, der sich im August dieses Jahres drei Wochen auf dem gewaltigen Vulkan aufgehalten hat. Die Luft war dort stark mit Elektrizität geladen, daß eine von Dr. Guppy benutzte Wolldecke unter seinen Fingern knisterte. Nachts, wenn er vollständig in Decken eingehüllt war, konnte er sogar auf diese Decken mit dem Finger leuchtende Buchstaben schreiben. Die Einwirkung der meteorologischen Verhältnisse auf Dr. Guppy blieb nicht aus; es traten heftige Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und eine allgemeine Mattigkeit auf. Interessant ist die Thatsache, daß alle Insekten, die durch den Wind auf den Mauna Loa verschlagen wurden, z. B. Schmetterlinge, Fliegen, Mücken und Käfer nach kurzer Zeit halb betäubt waren, und bald darauf starben.

Soziale Rechtspflege.

Abweisung einer Vertrauensperson als Prozeßbeistand. Die Wehrheit der Kammer VI des Obergerichts hat gestern ein Kunststück vollbracht. In einer Entschädigungssache erschien vor dem Gericht als Rechtsbeistand einer jugendlichen Buffetmamsell unser Parteigenosse Scheffler, zur Zeit erster Vorsitzender des Vereins Berliner Gastwirthschaftsbesitzer. Als Vorsitzender der Gewerkschaft gehört er zu den Vertrauenspersonen seiner Berufsgenossen und Berufsgenossinnen, die in gewerblichen Streitigkeiten von letzteren um Rath und Hilfe angegangen werden. Auf diese Weise war er auch im vorliegenden Falle zu der Vollmacht der Klägerin, ihr vor dem Gericht seinen Beistand zu leisten, gekommen. Der Vorsitzende Assessor Krause nahm nun daran Anstoß, daß Scheffler in dem letzten vier bis sechs Wochen bereits zwei Kollegen (Kellner) vor dem Gericht vertreten hatte, und lehnte ihn wegen geschäftsmäßiger Vertretung vor Gericht ab. Scheffler verlangte einen Gerichtsbeschluß und machte geltend, er nehme kein Geld für die Vertretung, sondern übe sie nur seinen Fachgenossen zu Gefallen. Der Assessor erklärte, daß es nicht darauf ankomme, ob für die Vertretung oder den Beistand Geld genommen werde. Es sei schon eine geschäftsmäßige Vertretung vor Gericht, wenn sie jemand so häufig betriebe, wie Scheffler. Die Wehrheit des Gerichtshofes stellte sich auf denselben Standpunkt und lehnte Scheffler als Beistand ab.

Wahrscheinlich, ein fonderbares Verfahren! Wir haben bisher immer geglaubt, jemand betriebe etwas geschäftsmäßig, wenn er sich ein Geschäft daraus mache. Und ein Geschäft schien uns bis jetzt nur den Zweck zu haben, etwas zu verdienen. Der von der Wehrheit des Gerichtshofes eingenommene Standpunkt des Herrn Krause wird auch durch eine Erklärung nicht verständlicher, die der Vorsitzende nachträglich dem Genossen Scheffler machte. Er sagte nämlich, daß er nichts dagegen habe, wenn Scheffler jemanden vertreten wolle, der verreist oder krank sei, oder der sonst unfähig wäre, sich selbst zu vertreten. Diese Erklärung macht die Angelegenheit nur noch unflarer, und führt zu Konsequenzen.

Gerichts-Beitrag.

In der Strafsache gegen den Bankier und Looschändler Carl Feinige wegen Lotterievergehens wurde gestern Vormittag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsraths Diehe das Urtheil verkündet. Der Angeklagte wurde, wie ermittellich sein dürfte, beschuldigt, bei der Berliner Pferdeotterie vom Jahre 1895 die Gewinne an Equipagen zc. nicht in natura berecht gehalten zu haben, sondern mit dem Gewinner in Verbindung getreten zu sein, um die Gewinne mit Geld in bestimmter Höhe abzulösen. Er hatte mit der Wagenfabrik von Käßlein ein Abkommen getroffen, nach welchem den Gewinnern, wenn sie es wünschten, die Gewinne in natura geliefert werden konnten. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängniß beantragt, der Gerichtshof kam jedoch zur Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende ausführte, zunächst geprüft, ob eine öffentliche Lotterie vorliegt und diese Frage bejaht, die weitere Frage, ob sie von Feinige veranstaltet worden ist, verneint, da er nur der Beauftragte eines Komitees war, welchem die Verantwortlichkeit für die Lotterie oblag. Nach der Konfessionssurkunde mußten die Gewinne selbstverständlich vorhanden sein; der Staatsanwalt will nun im Texte der Konfessionssurkunde den Ton auf das Wort „ankaufen“ legen, nach Ansicht des Gerichtshofes aber muß der Ton auf „Zuland“ gelegt werden, denn es sollte nur festgelegt werden, daß die Gewinn-Gegenstände im Inlande und nicht im Auslande gefertigt sein müssen. Nun steht fest, daß der Angeklagte die Gewinngegenstände zwar nicht angekauft hatte, daß sie aber im Bedarfsfalle stets vorhanden waren, denn es lag das Abkommen mit Käßlein vor, wonach dieser Wagen in der betr. Preislage bereit halten und denjenigen Gewinnern, die die Wagen in natura verlangten, übergeben sollte. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht, daß der Angeklagte, dadurch aus dem Rahmen der obrigkeitlichen Genehmigung heraustretend, eine Lotterie veranstaltet habe. § 298 St. G. B. liegt daher nicht vor. Der Gerichtshof hat auch noch erwogen, ob etwa die §§ 298 (Betrag) und 43 (Versuch) in Anwendung gebracht werden können, er hat aber auch diese Frage verneint. Der Angeklagte mußte daher freigesprochen und die Kosten mußten der Staatskasse auferlegt werden.

Was unter der Berliner Sittenpolizei passieren kann, zeigte eine gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I geführte Verhandlung. In der Landbergerstr. 86a, am Treffpunkt

der Wasmann- und Weberstraße, hat der Barbier Otto Mühl sein Barbiergeschäft. Eines Nachts zwischen 12 und 1 Uhr hatte er seinen Hund noch auf die Straße gelassen und wartete in der Zwischenzeit in der Nische seines Hauses. Er ließ dann auch einmal einen Pfiff ertönen, der dem Hunde galt und ging einige Schritte vom Hause weg bis in die Nähe eines dort stehenden Mannes und machte die laute, seinem Hunde geltende Bemerkung: „Na, bist Du bald fertig?“ Dann ging er wieder in die Hausnische zurück und wurde dort wider seinen Willen von einer vorbeikommenden Dirne angesprochen. Jetzt stürzte der nicht weit davon stehende Mann auf ihn zu, entpuffte sich als Kriminalschuttmann, der in jener Nacht sittenpolizeiliche Funktionen in jener Gegend zu verrichten hatte und forderte Herrn Mühl auf, ihn zur Wache zu folgen. Der Beamte hatte keinen Zweifel darüber, daß er einen Juhälter vor sich habe, der durch seinen Pfiff eine Dirne zu warnen bräuhichtig und ihn durch die Bemerkung: „Na, bist Du bald fertig?“ verhöhnt und beleidigt habe. Herr M. mußte wohl oder übel mit zur Wache, der Beamte, Kriminalschuttmann Contrabus, packte ihn so fest, daß nach einem vorliegenden ärztlichen Akte die Spuren davon deutlich am Arme des Herrn Mühl zu sehen waren und schob ihn gewaltsam vorwärts. Ein Zeuge will gesehen haben, daß M. durch den Schuttmann hin und her geschoben worden sei und Mühe gehabt habe, nicht zur Erde zu stürzen. Als er unter Begleitung eines zweiten, noch hinzugekommenen Schuttmannes an der Handhabe der Polizeiwache angekommen war, fremte er sich, um vor etwaiger gewaltsamer Hineinbeförderung sicher zu sein, mit den Händen gegen die Wand. Als freundliches Nachspiel zu dieser nächtlichen Szene, die auf einem Irrthum des Kriminalschuttmannes beruhte, ist eine Anklage wegen Beleidigung und Widerstandes zu betrachten, mit der Herr M. bedacht wurde. Vor dem Schöffengerichte hatte seinerzeit der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragt, auf welche das Gericht auch ohne weiteres erkannte. Um so verwunderter war Herr Mühl darüber, daß die Staatsanwaltschaft dennoch Berufung einlegte. In der gestern Verhandlung konnte Staatsanwalt Dieh nicht umhin anzuerkennen, daß der Angeklagte keineswegs zur Klasse der Juhälter gehört, sondern ein anständiger ruhiger Bürger ist. Zur Beluchung der Befahren, die jemand erwarten, der das „Schneckenviertel“ betritt, führte der Angeklagte ein Möbelhändler Müller'sches Ehepaar vor, dem durch denselben Kriminalschuttmann beinahe eine gleiche Unannehmlichkeit bereitet worden wäre. Das Ehepaar Müller war eines Abends in ein Haus der Elisabethstraße getreten, um daselbst Möbel zu kaufen. Sie hatten keine Ahnung davon, daß in dem Hause Dirnen wohnten und der Schuttmann C. auf der Lauer lag. Dieser hielt die Frau für eine Dirne und ihren Mann für ihren Juhälter, sprang in denselben Augenblick, als sie das Haus betreten wollten, hervor, erfaßte die Frau, ihm zur Wache zu folgen und faßte sie so fest an, daß ihr Kleid etwas zerriß. Erst auf den energischen Hinweis des Herrn Müller, daß es sich hier um seine Frau handele, die mit ihm Möbel einkaufen wolle, sah der Beamte seinen Irrthum ein und tat für denselben um Entschuldigung. — Staatsanwalt Dieh war der Meinung, daß der Angeklagte Mühl keineswegs als ein „unschuldiges Opfer der Polizei“ anzusehen sei, sondern sich die üble Situation, in die er gekommen, selbst zuschreiben habe!!! Der Beamte sei zweifellos in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes gewesen, denn er habe den Angeklagten nach allen begleitenden Umständen für einen Beschüher von Dirnen halten müssen. Er habe den Schuttmann beleidigt und ihm bei der Verhinderung auch Widerstand geleistet und müsse für beide Vergehen bestraft werden. Er beantragte 30 M. Geldstrafe. Ebenso merkwürdig wie der Staatsanwalt plädierte der Rechtsanwalt Dr. Schmidt. Er vermengte die Sozialdemokratie mit dem Falle und sprach sich lebhaftes Bedauern darüber aus, daß das Streben der Behörden, der Sozialdemokratie (H) Herr zu werden, durch solche Mißgriffe untergeordneter Organe geradezu vereitelt werde, da solche Vorkommnisse zur Folge haben müssen, daß auch ganz wohlgesinnte ruhige Bürger in das sozialdemokratische Lager getrieben werden. Wenn solche Dinge passiren können, dann muß man eigentlich jedermann öffentlich warnen, nächstlicher Weise einen Hund zu pfeifen, auch müßte jedermann gewarnt werden, im Schneckenviertel ein Haus zu betreten, ohne sich vorher genau zu erkundigen, ob zweifelhaft Personen darin wohnen. Er handele sich hier nicht nur um einen Mißgriff des Schuttmannes, sondern um eine schwere Verletzung seiner amtlichen Befugnisse. Daß von einer Verurteilung des Angeklagten nicht die Rede sein könne, sei selbstverständlich, denn dieser habe weder beleidigt, noch Widerstand geleistet. Wenn er bei dem Hin- und Hergehohe mit den Füßen gegen den Boden stimmte, so sei das ebenso natürlich, wie daß er bei der Ankunft vor der Polizeiwache seine Hände schützend gegen die Thür stemmte, denn er habe doch in manchen Gerichtsverhandlungen gelesen, in denen festgestellt worden, daß einzelne Schulkente die Arrestanten gewaltsam in die Thür hineingestoßen haben. — Der Gerichtshof, Vors. Landgerichtsrath Rinow, verwarf die Berufung des Staatsanwalts. Der Gerichtshof war zu der Ueberzeugung gelangt, daß hier kein Uebergriff, sondern nur ein bedauerlicher Irrthum eines Beamten vorliegt. Letzterer habe aus dem Verhalten des Angeklagten wohl zu der Meinung kommen können, einen Juhälter vor sich zu haben. Thatsächlich liege aber weder eine Beleidigung noch Widerstand vor. Wenn der Angeklagte bei der sehr energischen Beförderung durch Stemmen der Füße gegen den Boden das Gleichgewicht zu finden suchte, so sei dies ebenso natürlich, wie das Stemmen mit den Händen gegen die Thür der Polizeiwache, denn notorisch seien ja Fälle vorgekommen, in denen Arrestanten noch kurz vor Betreten der Polizeiwache einen Stoß in den Rücken erhielten, so daß sie die Treppe hinaufstiegen. — Was sagt man zu dieser Kennzeichnung der Vorkommnisse innerhalb des Berliner Polizeiwesens, aus richterlichem Munde?

Der verantwortliche Redakteur der „Radwelt“, Friedrich Meyer, hatte sich gestern vor dem Schöffengericht in einer Beleidigungssache zu verantworten, in welcher die Zubehörer der Firma Wertheim Straßenträger waren. Bekannter hatte an die Nachricht, daß Wertheim einen großen Posten Fahrräder mit Krupp abgeschlossen habe, Bemerkungen geknüpft, welche anderen Zeitungen entnommen waren. Es wurde darin das vielfach verbreitete Gerücht wiederholt, daß Wertheim von der Firma Siska einen großen Posten Getreidekornel gekauft habe, den Siska schließlich im Interesse seiner Kunden zurückverkauft hätte. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Wesselschohn, führte aus, daß es aus früheren Verhandlungen längst bekannt sei, daß die Geschichte von dem Getreidekornel erfunden ist. Das Gericht verurtheilte den Beklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

Ein schwerer Vertrauensbruch hat sich der Malermeister August Frieder schuldig gemacht, welcher gestern der ersten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Der Rathszimmermeister R. ist Verwalter mehrerer Häuser in der Elsfasserstraße, welche minderjährigen Erben gehören. Da er sich nicht selbst mit dem Einziehen der Mieten befassen konnte, beauftragte er hiermit den Angeklagten. Im Monat Oktober war von diesem die Abrechnung nicht zu erhalten. Nach langem Drängen erklärte er, daß ihm der ganze eingezogene Betrag — 5490 M. verloren gegangen sei. Er sei an dem fraglichen Tage angetrunken gewesen und habe das in Papier gewickelte Geld in einem Lokale liegen lassen. Dies wurde ihm nicht geglaubt, sondern angenommen, daß er das Geld bei Seite geschickt habe. Im gestrigen Termine beklundeten die Reparateure, bei denen der Angeklagte an dem fraglichen Tage gewesen war, daß derselbe keineswegs angetrunken gewesen sei, auch hatte niemand bemerkt, daß er ein Paket bei sich führte. Dazu kam noch, daß der Angeklagte bereits zweimal wegen Eigenthumsvergehens verurtheilt ist. Alle diese Umstände führten den

Gerichtshof dazu, den Angaben des Angeklagten keinen Glauben zu schenken. Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde derselbe zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängniß und jährlichem Ehrverlust verurtheilt.

Wegen den Verlagsgeschäftler Ernst Finkling und dessen Geschäftsführer Sieck wird am 19. d. M. eine umfangreiche gerichtliche Verhandlung stattfinden, bei welcher es sich um Kolportage-Schwindel mit patriotischem Außengeschick handelt. Finkling betreibt seit einer Reihe von Jahren in der Chausseestraße ein umfangreiches Verlagsgeschäft für Sammelwerke, welches ihn zum reichen Manne gemacht haben soll. Seine Agenten, Kolporteurs und Reisenden durchziehen ganz Deutschland und schaffen Abonnenten auf die Werke „Germania's Ruhm und Ehre“, „Das Leben Jesu“ und „Unser Volk in Waffen“. Er soll nun den Abonnenten nicht nur falsche Angaben über die Erscheinungs- und Bezugsbedingungen der Werke gemacht, sondern die Leute auch durch die falsche Angabe gelodert haben, daß der Reinertrag zum größten Theile für patriotische oder wohlthätige Zwecke verwendet werden solle. Zu dem Termine sind von der Staatsanwaltschaft zahlreiche Belastungsgenossen geladen, dazu haben die Rechtsanwälte Dr. Schwandt und Wunge noch eine ganze Anzahl Entlastungsgenossen geladen; außerdem sind etwa 60 außerhalb Berlins wohnende Zeugen kommissarisch vernommen worden. Finkling befindet sich seit Dezember v. J. in Untersuchungshaft.

In der Verurteilung des Bahnbeamten Wischer, von der wir gestern berichteten, schreibt uns einer der Zeugen des in betracht kommenden Vorfalles: Ich bin nicht Schuhmacher, sondern Kaufmann, auch bin ich nicht derjenige gewesen, welcher sich hingeseht hat, um ein Bedarfsstück zu verrichten, sondern das war der Zeuge Alfred Mann. Derselbe war auch der eigentliche Urheber der ganzen Sache. Ich habe zu dem Beamten Wischer nur gesagt: Sie sind Beamter, dann lassen Sie doch den Thäter feststellen. Darauf habe ich von Wischer einen Satz über den Kopf erhalten, der mich sofort zu Boden streckte. Ich bin heute noch nicht richtig geheilt und werde voraussichtlich nie wieder in der Lage sein, meinen Beruf voll und ganz nachzugehen. Hochachtungsvoll Carl Noelle, Kaufmann, Weihenburgerstr. 20.

Umsatzen bei Umwandlung einer Terraingesellschaft. Der „Wirtschaftliche Beirath“ Tuddenhausen erwarb in Gemeinschaft mit anderen Personen vor Jahren in Charlottenburg einen größeren Komplex von Grundstücken zu dem Zwecke, sie gegenläufig zu verwerthen. Die Besitzer bildeten damals eine Gesellschaft im laudrechtlichen Sinne. Vor einiger Zeit beschloßen nun die noch vorhandenen Gesellschafter, die Societät umzuwandeln in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die den Namen Terraingesellschaft Charlottenburg führte. Das geschah denn auch, und die erforderlichen Eintragungen im Grundbuch wurden vorgenommen. Der Magistrat von Charlottenburg erwiderte darin eine Erklärung der Grundstücke und verlangte von den Gesellschaftern eine Umsatzen. Zunächst wurde Tuddenhausen nach einem Objekt von 800 000 M. mit etwa 4000 M. herangezogen. Nach fruchtlosem Einspruch legte er beim Bezirksausschuß gegen den Magistrat mit der Begründung, die Heranziehung zur Umsatzen sei hier unzulässig, da die Personen ja diese eben geliebten seien. Der Bezirksausschuß erklärte jedoch das Vorgehen des Magistrats für gerechtfertigt und wies die Klage ab. Der 2. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erkannte gestern ebenso.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die öffentliche Versammlung der Gastwirthschaftsbesitzer, die am Freitag Nachmittag in den Krumballen tagte, erklärte sich, nachdem die Delegirten den Bericht vom dritten Kongreß erstattet hatten, mit dem Verhalten der Delegirten und den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Die Gründung eines Zentralverbandes soll demnächst vorgenommen werden. Es wurde eine Kommission, der die Kollegen Thomas, Pösch und Zeiske angehören, beauftragt, die Vorarbeiten zu dieser Organisation anzuführen.

Die Möbelholzer, Filiale Norden, wählten ihren Kollegen Strauch als Bibliothekar für diese Filiale.

Deutsches Reich.

Der Verband der Buchbinder hat vor kurzem über eine Reihe wichtiger Anträge durch Urabstimmung entschieden. Vom Ausschuss war beantragt, den auf der letzten Generalversammlung auf 35 Pf. pro Woche erhöhten Beitrag auf 30 Pf. herabzusetzen. Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag mit 99 gegen 3055 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, die Arbeitslosen-Unterstützungen zu erhöhen und zwar bei 20wöchentlicher Beitragsleistung auf 75 Pf. pro Tag bis zu 20 M. und bei 52wöchentlicher Beitragsleistung auf 1 M. pro Tag bis zum Höchstbetrag von 40 M. mit Verbehaftung der letzten Bezugsbedingungen, wurde mit 2157 Ja-Stimmen gegen 1806 Nein angenommen.

Zum ersten Kongreß der Seefahrer Deutschlands sind 22 Delegirte angemeldet. Es werden danach vertreten sein Hamburg, Flensburg, Lübeck, Kiel, Rostock, Stettin, Rensfahrewasser, Bremen und Bremerhaven. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen folgende Punkte: 1. Die Lage der Seelente und die Mißstände im Seemannsberuf; 2. Gründung eines Zentralverbandes deutscher Seefahrer; 3. Stellungnahme zu der deutschen Seemanns-Ordnung und den Abänderungsanträgen zu derselben. Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Meyer; und 4. die Arbeiterschutzgesetze und die Seelente.

Wegen Lohnabzüge in Höhe von 150—3 M. pro Woche haben 125 Schuhmacher der Firma Meyer in Bremen die Arbeit eingestellt.

Sämmtliche Tischler der Möbelabrik von Christ u. Quarl in Gohlha haben die Arbeit niedergelegt, weil sie sich mit der ihnen vorgelegten Fabrikordnung nicht einverstanden erklärten.

Die Lohnbewegung im Münchener Vergoldergewerbe nimmt einen günstigen Verlauf. Bereits 23 Geschäfte haben auf die von den Arbeitern geltend gemachten Forderungen zustimmend geantwortet; damit haben zwei Drittel der Arbeitgeber den Neunstundentag mit mehr oder weniger Lohnerhöhung bewilligt bzw. schon eingeführt. Eine Versammlung der Arbeiter, die am 8. d. M. tagte, hat nun ausgesprochen, daß die Gehilfen Münchens den bereitwilligen Prinzipalen gegenüber verpflichtet sind, ihr Mißliches zu thun, daß überall der Neunstundentag zur Einführung kommt. Es wird deshalb in den übrigen Werkstätten zum Streik kommen resp. über dieselben die Sperre verhängt werden.

Wegen Lohnabzüge ist in der Handschuhfabrik von Karl Grosse in Halberstadt ein Streik ausgebrochen.

Ausland.

Der Pariser Schlächterstreik, so wird uns aus Paris geschrieben, ist als beendet zu betrachten. Der Streikausschuß beziehungsweise die letzte Versammlung hat zwar die Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht beschlossen, aber die Mehrzahl der Arbeiter hat den Kampf aufgegeben. Inzwischen haben die Hindvieh-Schlächtermeister ihre ursprünglichen Zugeständnisse wieder zurückgezogen und der Präsekt zeigt bisher absichtlich mit seiner Entscheidung über das vom Gemeinderath votirte Arbeitsreglement. Der Streik wird jedoch nicht ganz erfolglos gewesen sein. Der schiedsrichterliche Spruch über den Konflikt im Schweinefleisch-Gewerbe erweist die bestehenden „Mißbräuche“ an und befürwortet unter Beibehaltung der Nacharbeit eine Arbeitsvertheilung, die 7—8 Stunden ununterbrochener Ruhe sichern soll.

Ein Arbeiterinnen-Ausschuss droht in Paris und zwar in den Vierteln Vendome und Gailon auszubringen. Es sind die Arbeiterinnen der vornehmen Damenkleidermacher, die in diesen Vierteln ihren Sitz haben, welche deshalb auch als die Geburtsstätte der neuen Woden angesehen werden müssen. Trotz des Befehles, das die Dauer der Frauenarbeit beschränkt, lassen die Betriebsinhaber ihre Gehilfen bis 10 oder 11 Uhr abends arbeiten. Wenn die

Arbeitsinspektoren kommen, sind die Arbeiterinnen im Nebenzimmer verschwunden, der Arbeitsaal steht leer.

In Leus (Frankreich) legten am Mittwoch 200 Bergleute wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder.

Die Differenzen der Antwerpener Diamantarbeiter mit ihren Arbeitgeber sollen der „Kön. Ztg.“ zufolge wieder ernstere Gestalt annehmen; die Zahl der Ausständigen sei wieder bedeutend gewachsen.

Russland. In Krenetschug im Gouvernement Pskowa streikten 80 jähliche Schneider um Verkürzung des Arbeitstages. Ein Teil von ihnen erreichte die Verminderung der Arbeitszeit auf 14 Stunden. In Mogilew legten Gerber, Buchbinder und Tischler die Arbeit nieder. In Witebsk streikten 40 Wärfenbinder um Verkürzung des Arbeitstages und Erhöhung des Arbeitslohnes. Nach zweitägigem Kampfe wurde die erste Forderung bewilligt; statt 16 Stunden dauert jetzt der Arbeitstag 12 bis 13 Stunden. In der Nähe von Welskoff streikten zur Zeit 1000 Weber, 50 von ihnen sind verhaftet worden.

Auf der Tuchfabrik von Schlichtermann in Moskau war infolge des Sinkens der Löhne die Arbeit eingestellt worden. Obwohl der Streik ganz ruhig verlief, kam doch der Polizeimeister mit Soldaten angetreten; 300 Personen wurden entlassen, ein Teil von ihnen ist jedoch aus Moskau ausgewiesen worden. Der Streik auf der Tabakfabrik Sabas in Moskau führte gleichfalls zur Verhaftung vieler Arbeiter; unter den Verhafteten befanden sich Knaben im Alter von 12-14 Jahren. Dieser Streik endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Dagegen war der Streik der Baarenabläder auf der Moskauer Eisenbahn von Erfolg. Es wurde eine Lohnerhöhung erreicht und die Entfernung eines verhassten Meisters durchgesetzt.

Im Kampf der englischen Maschinenbauer ist schon telegraphisch mitgeteilt worden, dass es in nächster Woche zu einer Konferenz kommen wird. Diese wird gewissermaßen eine Vor-Konferenz sein; es wird sich zunächst darum handeln, eine Basis zu finden für die weiteren Verhandlungen. In dieser Hinsicht wird die Frage des unparteiischen Vorsitzenden die erste und wichtigste bilden. „Daily Chronicle“ hält Mr. Michie, den Direktor des Arbeitsamtes, der sich um das Zustandekommen der Konferenz unabweislich große Verdienste erworben hat, für den geeigneten. — Die Stellung der Maschinenbauer ist ganz erheblich gestärkt worden durch das Hinzutreten der Föderation der Gewerkschaften des Schiffbauwesens, der etwa 20 Unionen mit 178 451 Mitgliedern angehören. — Auch zwischen den Londoner Kesselmachern und den Inhabern der Schiffs-Reparatur-Werkstätten sind Unterhandlungen angeknüpft.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bäcker, die sich wiederum mit der Bundesratsverordnung zu beschäftigen hatte, tagte am Donnerstag im Saale des Schweizergartens. Nach den Ausführungen des Referenten Schneider ist seitens der Innung für die Aufhebung der Bäckereiverordnung an den Bundesrath petitionirt worden und zwar mit der bekannten Motivierung, mit der die Unternehmer ja stets bei der Hand sind, wenn ihnen in der Ausübung der Arbeit auch nur die geringste Beschränkung zugeschnitten wird. Dem Redner war es sehr leicht, nachzuweisen, dass die von der Innung aufgestellten Behauptungen keineswegs den Thatsachen entsprechen. Von der Versammlung wurde jedam einstimmig eine eingehend begründete Petition beschlossen, in der unter anderem ausgeführt wird, dass durch die Erhebung der Reichskommission für Arbeiterstatistik überzeugend nachgewiesen ist, dass die Arbeitszeit eine so lang andauernde ist, dass das Leben und die Gesundheit der Beschäftigten in hohem Maße gefährdet wird. Die von den Meistern gegebene Befürchtung, dass die Verordnung eine schwere Schädigung für das ganze Gewerbe sei und dieselbe in den kleineren Bäckereien nicht durchgeführt werden könne und deshalb die kleinen und mittleren Bäckereien vernichtet würden, ist nicht eingetroffen. Im Gegentheil sind seit Bestehen der Verordnung eine ganze Anzahl von kleineren Bäckereien entstanden, wie der Bericht der Innungen nachweist. Dass auch die Rentabilität der Bäckereien nicht durch die Verordnung gelitten hat, beweist die Thatsache, dass die Verkaufspreise in der letzten Zeit um das Doppelte gestiegen sind und z. B. für eine Bäckerei, in der drei Gesellen beschäftigt sind, 6000 M. bezahlt werden. Gerade weil ein Teil der Wünsche durch die Verordnung befriedigt worden sind, hat sich das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen in verschiedenen Fällen gebessert und würde allgemein ein besseres werden, wenn sich die Meister der Verordnung fügen würden, anstatt die Gesellen, die für die Durchführung derselben eintreten, hrolos zu machen und auf das Straßenpflaster zu werfen. Auch das Verhältnis für die Lehrlinge ist ein günstigeres geworden, weil sie zu den Haus- und Küchenarbeiten nicht mehr in demselben Maße wie früher herangezogen werden können und demzufolge mehr zur Erlernung ihres Berufes befähigt sind. Es wird in der Weltion jedam auf die unwürdigen Arbeitsbedingungen, die überaus traurigen Schlafstellen, die verschiedentlich von der Verdorbenheit wurden, die mangelhafte Kost, die geringen Löhne und auf die lange Arbeitszeit hingewiesen. Im weiteren sind Fälle angeführt, wie durch die Unsauberkeit die berüchtigte Bäckereiverordnung findet und besonders krasse Fälle der Arbeitsbedingungen, die gelegentlich einer Gerichtsverhandlung sogar den Staatsanwalt zu dem Ausdruck veranlassten, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft eine unerhörte sei. Ferner wird in der Weltion, in der um die strikte Ablehnung der Meisternpetition ersucht, aber eine Erweiterung der Bundesrats-Verordnung dahingehend erwünscht wird, dass bei den Revisionen der Bäckereien durch die Behörden Berufsarbeiter hinzugezogen werden, darauf hingewiesen, dass viele Meister mit dem Vorgehen der Innung durchaus nicht einverstanden sind, sondern die Verordnung gut heißen und viele sogar noch weitgehendere Bestimmungen für notwendig erachten. — Mit der Abfindung der Petition an den Reichskanzler wurde der Gesellenausschuss betraut, der gleichzeitig beantragt wurde, um eine Audienz zur mündlichen Begründung nachzusuchen. Nachdem dieser Punkt des Tagesordnungs erledigt war, hielt der Reichstags-Abgeordnete Rob. Schmidt einen Vortrag über die Reorganisation des Handwerks, in dem er in eingehender Weise die Bestimmungen des betr. Gesetzes erläuterte. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte die Berichterstattung der Gesellenausschüsse der beiden Bäckereinnungen für die Zeit vom 1. November 1896 bis 1. November 1897. Nach dem Bericht haben sich 2045 Arbeitnehmer in den Arbeitsnachweis der Innung „Konfordia“ einschreiben lassen, wofür sie à 50 Pf. gleich 147250 M. Einschreibegeld bezahlen mussten. Bei dieser „Wahlfabrikierung“ hat die Innung, die von dieser Summe nur die Ausgaben für den Sprechmeister zu tragen hatte, — derselbe erhält für eine täglich 8 stündige Arbeitszeit pro Jahr 1040 M. — einen Reingewinn von 48250 M. erzielt. Trotzdem von den eingeschriebenen Personen 567 keine Arbeit erhielten, wurde im Innungsorgan wieder recht lebhaft über den Mangel an Gesellen Klage geführt. Lehrlinge sind in dem letzten Jahr nur 87 gegen 114 im vorhergehenden Jahr eingeschrieben worden. Stattdessen haben 8 kombinierte Sitzungen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), die sich mit der Frage der Nacharbeit, mit den Einrichtungen der Herbergen, mit dem Arbeitsnachweis und auch mit der Frage bezüglich des Baggeldes zu beschäftigen hatten. Bei der Innung „Germania“ hat überhaupt nur eine kombinierte Sitzung stattgefunden, die der Meisternschuss dazu benutzen wollte, die Gesellen zur Teilnahme an der Zeitarbeiterfrage zu bewegen. Von diesem Berichterstatter wurden noch eine Reihe Mißstände bezüglich des Schiedsgerichts angeführt und behauptet, dass der sogenannte Unparteiische vielsach, wenn auch indirekt, ziemlich stark an dem Ausfalle des Urtheils beteiligt ist. Mit dem Arbeitsnachweise soll es bei dieser Innung noch trauriger für die Gesellen ausfallen. Abgesehen, dass auch hier die Arbeitnehmer für die Stellenvermittlung bezahlen müssen, steht das System der schwarzen Listen in schöner Blüthe. Diese Innung hat im letzten Jahre eine Einnahme von 484650 M. erzielt. Zum Schluss weist der Redner noch darauf hin, welche Vortheile die Organisation hätte,

wenn sie stark genug wäre, um auch auf diesem Gebiete Remedur zu schaffen. Nach kurzer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit der Thätigkeit der Gesellenausschüsse einverstanden erklärt. Außerdem nimmt die Versammlung Kenntnis von der schlechten Handhabung der Arbeitsnachweise und verlangt eine für die Arbeiter humanere Behandlung, insbesondere die Befreiung der schwarzen Listen. Sollte der Innungsvorstand dem nicht Folge geben, so werden die Berliner Bäckergesellen hierzu Stellung nehmen, eventuell einen Arbeitsnachweis schaffen, der den heutigen Verhältnissen entspricht. Im weiteren wurde eine Resolution beschlossen, in der sich die Versammlung mit dem Vortrage einverstanden erklärt und beschließt, sich an den Wahlen zum Gesellenausschuss zu betheiligen. Es soll zu diesem Zweck eine rege Agitation entfaltet werden und organisierte Kollegen von beiden Richtungen als Kandidaten für den Gesellen-Ausschuss aufgestellt werden, um die Wahl der Jünglingsvereiner resp. der den Unternehmern genehmen Gehilfen zu verhindern.

In der öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung, die am Donnerstag Abend in Noell's Salon tagte, wurde über den Streik bei Eberhardt, Michaelsbrücke, verhandelt. Der Drechsler Hermann referirte nochmals eingehend über die bereits mitgetheilten Ursachen, die zum Streik geführt haben. Für die Firma, die durch mehrere Personen aus dem Komptoir und drei Verführer vertreten war, nahm Herr Malig das Wort. Er suchte den Streik als einen selbst vom Innere gebrochenen darzustellen. Andererseits gab er offen zu, dass der Firma mit dem Streik sehr gedient gewesen sei, sie habe wöchentlich 3000 Mark an Lohn gespart; die überflüssig gewordenen Löhne seien nun ein wenig gekürzt. Schließlich ließ er durchblicken, dass eine Einigung doch möglich sei, falls die Anregung dazu aus den Kreisen der Arbeiter komme. Die Behauptung des Redners, die Firma zahle die höchsten Löhne, wurde von den nachfolgenden Rednern aus den Reihen der betheiligten Arbeiter widerlegt. Die nationalökonomischen Weisheiten des Herrn Malig wurden von den Versammelten mit großer Heiterkeit aufgenommen.

Von einer Anzahl der Redner wurden die Maßnahmen der Polizei den Streikenden gegenüber scharf getadelt. Nicht allein, dass Streikende, die in der Straße ruhig auf- und abgingen, ohne jemanden zu belästigen, kurzerhand festgenommen, auch andere, die mit dem Aufstand garnichts zu thun hatten, sollen von den Schutzleuten bestraft worden sein. In einem Falle ist einer der Streikenden mit einer Polizeistrafe von fünf Mark, in einem anderen ist der betreffende sogar mit einem Tage Haft belegt worden. Dieses Vorgehen der Polizei komme einer Umkehrung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gleich. Dagegen müsse ganz energisch Front gemacht werden. Eine ganze Reihe von derartigen Fällen sei bereits dem Rechtsanwalt übergeben worden, der die Sache weiter verfolge. Eine Resolution, in welcher die Nichtbilligung der oben bezeichneten Maßnahmen der Polizei ausgesprochen ist, fand Annahme.

Eine kombinierte Versammlung der Sattler, Tapezierer, Tischler und Treibriemen-Arbeiter beschäftigte sich am Sonnabend, den 6. November mit der Verathung über die einzuführende Revisionserhöhung. Die Paragraphen wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen. Des weiteren wurde der Vorstand beauftragt, unsere Versammlungs-Annonce im „Vorwärts“ immer freitags erscheinen zu lassen und nicht erst am Sonnabend. Zum Schluss wurde bekannt gemacht, dass am 16. November, 8 Uhr, bei Brochnow, Sebastianstr. 89, eine öffentliche Sattler-Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Kuer über: Politische Gewerkschaften referiren wird.

Für Mariendorf, Mariensfeld und Tempelhof tagte am 7. November bei Zentltschein in Mariensfeld eine öffentliche Parteiversammlung, in welcher nach einer Ergründung des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Grillenberger seitens der Versammelten die Vertrauensleute von Mariendorf und Tempelhof Bericht über ihre Thätigkeit erstatteten. Danach hatte der Mariendorfer Vertrauensmann — mit einem Bestand von 4448 M. vom vorigen Jahre — eine Gesamt-Einnahme von 124,78 M. zu verzeichnen, wovon eine Ausgabe von 82,03 M. gegenübersteht, es verbleibt mithin ein Bestand von 42,75 M.; außerdem sind noch Außenstände von 24,60 M. vorhanden. — Der Vertrauensmann für Tempelhof erzielte eine Einnahme von 171,55 M.; die Ausgabe betrug 109,67 M., es verbleibt in den Händen des Vertrauensmannes ein Bestand von 61,88 M. Beiden Vertrauenspersonen wurde die beantragte Entlohnung einstimmig ertheilt und dieselben hierauf von den Versammelten nochmals mit dem Auk für das nächste Jahr betraut. Zu Revisoren wurden für Mariendorf: Behmann, Lenger und W. Otto; für Tempelhof: Buchholz, Thiel und Wende bestimmt. — Nach Entgegennahme des Berichtes der Lokalkommissionen wählte man in dieselben für Mariendorf: Dork und Lenger; für Tempelhof: H. Ortman, Thiel und Jaras. Die Sperre über die Lokale in Mariendorf: Günther, Chauffeestraße, und Martwig, Feldstraße; in Tempelhof: Guntermann (früher Leichter), Berlinerstraße, und Kiese Wetter, Berlinerstraße, hielt die Versammlung aufrecht, wünscht und hofft jedoch, dass sich die Parteigenossen mehr wie bisher die Beschlässe der Parteiversammlung angelegen sein lassen, damit es in absehbarer Zeit gelingt, ein Versammlungslokal zu bekommen. — Hieraus besprach Genosse Thoma's Altdorf in längerer mit Beifall aufgenommener Rede den Hamburger Parteitag und gab die Versammelten ihre Meinung hierüber durch eine Resolution Ausdruck, in der sie sich mit den Beschlässen des Parteitages — außer dem betrefsend der Betheiligung an den Landtagswahlen — einverstanden erklärten. Nachdem noch der Vorsitzende die Versammelten aufgefordert hatte, der politischen Organisation am Orte, dem Arbeiter-Bildungsverein, beizutreten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 14. November, vorm. 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Resource, Kommandantenstr. 67: Versammlung. Freireisende Gesellschaft. Um 11 Uhr vorm. ebendort Vortrag des Herrn G. Bogner: „Bottgerichte“. Gäste willkommen.

Montag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr (Eingang Stadttheater-Tor 43): Beschließende Versammlung. Beschlußfassung über wichtige Angelegenheiten.

Gilbungsverein „Mehr Licht“. Sonntag den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, Alexanderstr. 37 c: Vortrag über: „Werk und Instinkt der Biene“. Referent: Frau Bogner. Diskussion. Darauf gefolgtes Gesangsfeiern.

Wischer-Verein. Erste Abend 8 1/2 Uhr, Weichselstr. 19: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Wobbelus über: „Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsrichter“. Damen haben Zutritt.

Vermischtes vom Tage.

e. s. Mascagni's nächste Oper wird „Commedia dell'Arte“ heißen und die herotypen Figuren der italienischen Handwurst-Komödie (Pantalone, Colombine, Arlecchino, Brighella, Tarlatia, Dr. Graziano, Rosaura u. s. w.) auf die moderne Bühne bringen.

Eine merkwürdige Himmelserscheinung wurde am 8. November abends gegen 7 Uhr in Larnowich beobachtet. Um diese Zeit sah man nämlich die im hellen Glanze prangende Mondscheibe von einem intensiv hellen Streifen, der oberhalb des Mondes begann und unterhalb desselben endete, und sich wie ein großer aufrecht stehender Lichtbogen präsentirte, durchzogen. Eine unterhalb der Mondscheibe lagernde Wolkenbank erschlackte in röhlichem Lichte. Das Phänomen währte ungefähr eine Viertelstunde.

In Seiffersdorf, Kreis Sagan, ist ein Nachwächter angestellt, der monatlich das fürliche Gehalt von 10 Mark bezieht.

Dobrecin, 11. November. Heute Abend fuhr ein von Nyireghyza kommender Personenzug vor dem hiesigen Bahnhofs auf einen dort stehenden Güterzug auf. Vier Wagen des Güterzuges wurden beschädigt; ein Waggon des Personenzuges wurde zertrümmert; sechs Reisende erlitten Verletzungen.

Selbstkritik. In einem thüringischen Blatt findet sich folgende Ehrenklärung: „Die gegen meine Braut, Fräulein A. S., öffentlich ausgestoßenen Beleidigungen nehme ich hiermit reumüthig zurück, da dieselben von mir völlig erlogen sind. Dagegen erkläre

ich mich für einen freien Verleumder und gemeinen Spitzböden, der von Rechts wegen ins Zuchthaus gehörte. E. W.“

Folgendes Gesandte stand dieser Tage im Strasburger Wochenblatt: „Vor ungefähr vier Wochen brachte die „Straß. Ztg.“, freilich ohne meinen Namen zu nennen, die Mittheilung, dass mir meine Frau, als ich in einer Nacht spät nach Hause kam, einen Esser voll schwarzer Farbe über den Kopf gegossen habe. Ich möchte hiermit ausdrücklich feststellen, dass die Sache sich nicht so verhält. In dem Esser befand sich nur Karbolinum, mit etwas Theer vermischt. Nach ist es unwar, dass meine Frau das angegebene Wort „S.“ gebraucht hat; sie benutzte einen anderen Ausdruck. Der Berichtserhalter der „Straßburger Zeitung“ mag sich künftig besser erhalten, ehe er solche Mittheilungen macht. Von manchen wird übrigens behauptet, dass ein gewisser Herr D. . . . die Mittheilung eingesandt habe, um mich lächerlich zu machen. Sollte das wahr sein, so möchte ich diesem Herrn den guten Rath geben, mir lieber die Rechnung vom 18. Oktober v. J. zu bezahlen, als daß er seine Nase in meine Angelegenheiten steckt, die ihn gar nicht angehen. Auch die Strasburger könnten etwas anderes thun, als immer von dieser Angelegenheit zu sprechen. Meinen Namen werde ich selbstverständlich nicht öffentlich nennen. Auch die Herren M. und G. möchte ich auf diesem Wege nochmals an ihr gegebenes Versprechen, meinen Namen nicht zu verrathen, erinnern.“

In Nürnberg raunte ein Radfahrer, der einem Kinde ausweichen wollte, an einen Reiter, der ein Hand abgethanete; beide fielen in das Gesele und wurden von einem Motorwagen sehr schwer verletzt.

In Niederkrüchten bei München-Gröden wurde ein Grenzaufseher durch das Pferd des Oberkontrolleurs erschlagen.

Der Bahnhof Schwandorf an der Bahn Glandenburg-Kappeln ist mit sämtlichen Nebengebäuden niedergebrannt.

Die russische Regierung hat die Sellen der „Renner“ und der „Erticker“ für gemeingefährlich erklärt und die Verschickung nach Sibirien angeordnet. Beide Sellen bezeichnen den gewaltigen Tod als Gebot der Gerechtigkeit und tödten jedes Mitglied, sobald es erkannt.

Die Häfen des Asow'schen Meeres frieren wegen plötzlich eintretender Fröste zu Beträchtliche Mengen Getreide bleiben infolge dessen zur Zeit vom Transport ausgeschlossen.

Der Zug, der am vorigen Sonnabend von Semlin gegen Budapest fuhr, gerieth in eine Schasheerde, die gerade die Schienen überschreiten wollte; sechsunddreißig Schafe wurden von den Rädern zertrümmert.

Der Abfluß der Lava aus dem Vesuv nimmt merklich ab, ebenso die Thätigkeit des Kraters. Nur der Aschenauswurf dauert noch fort, wenn auch in geringerem Maße.

In Konstantinopel herrscht seit gestern andauernder Schneefall.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Briefe (mit Nachnamen oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche am Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr abends statt.

G. S. Straß. Bericht über Arbeiter-Versammlung durch unsere heutige Notiz unter „Gewerkschaften“ überholt.

H. S. Wandsb. Die Reproduktion des Artikels, der aus einer in Montreal (Kanada) erscheinenden Zeitung stammt und vor allem in französischen, belgischen und holländischen Zeitungen nachgedruckt wurde, ist aus strafrechtlichen Gründen ganz unzulässig. Aber selbst, wenn dem nicht so wäre, würden wir der Darstellung nicht mehr Bedeutung als einer unkontrollirbaren und sehr unzuverlässigen Kombination beilegen. Der Wiener Volkstribüne ist für das Deutsche Reich das Vorbild entgegen.

Edmund Müller. Ein Wiedervertrag läuft in der alten Werkstatt weiter, wenn auch der Eigentümer das Grundstück verkauft. — 99 Sch. Rein. — 8. G. Rein. Nur dann besteht der Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der Aktienmarken, wenn vor dem Eintritt in den Stand der gestellten Forderungen 250 Marken getilgt waren.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 13. November 1897. Etwas wärmer, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Unmüßigen Dank sage allen Freunden und Bekannten für die herzliche Theilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, guten Mannes, insbesondere den Kollegen der Firma Schäfer u. Danneberg, dem Deutschen Metallarbeiter-Verein und dem Wohlverein des 2. Berl. Reichstags-Balktreibes, ebenso Herrn Waldes R. K. an seine für seine um Grabe so zu Herzen gehend gesprochenen Worte.

Im Namen der Hinterbliebenen: Die trauernde Wittwe Margarethe Gellmann geb. Kroh.

Orts-Krankenkasse der Weßersmiede, Schwertseger

Beifert, Chirurg, Instrumente

Sonnabend, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Seiffert, Kolonnenstr. 57:

Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht (1. Arbeitgeber, 2. Arbeitnehmer), 2. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern zur Kontrolle der Jahresrechnung, 3. Bericht des Arbeitnemmer, sowie Arbeitgeber, die zugablen, sind hiermit eingeladen. 1896

Der Vorstand

Saal frei für Verein „Frischheit“ Bergstrasse 12.

Bereitszimmer nach s. verg. bei Krohne, Kommandantenstr. 5, 17926

Zum gemüthlichen Stranz, Restaurant und Garten, Stralauer Allee No. 17 b.

Telephon Amt VII Nr. 4182. Rathkelle vom Wohlverein des vierten Wahlkreises, Vereinszimmer n. Pinn. Auschaut von Weßersmiede, Ost-Waldamer-Strasse und Götterstr. 10 Bg.

H. Schurig's Kaffee-Haus. Auswahl von ca. 35 der geleitetsten Zeitungen u. Journale: „Völp. Volkszeitung“, „Wiener Arb. Zeitung“, zwei baltische Zeitungen. Kaffee, Thee, Bier 10 Pf., Cigolade 15 Pf., 2 Bilsards à Stunde 10 Pf.

Dresdenerstraße 128/29.

Maskenball 1898. Noch 2 Sonnabende frei. An Vereine unentgeltlich. Bass' Salon, Große Frankfurterstr. 85. 18115

Jeden Sonnabend Gänse-Ausspielen v. Boelz, Breslauerstr. 9.

Auschant Schultheiss' Versand, direkt vom Fab. 4/5, Alter 10 Bf. 2 Bilsards zur gef. Benutzung, Wilhelmstr. 146. 18038

Arbeitsmarkt.

Instrumentenmacher für scharfe und stumpfe Instrumente werden sofort verlangt bei Jean Mette, Christiania (Norwegen). 17808

Walzer verlangt Goldleitenfabrik Wächtingerstr. 4. 18078

Gebilde Belegerinnen verlangt Goldleitenfabrik Wächtingerstr. 4.

Dirigent.

Tücht. Dirigent (Klavier), aber nur solcher, für Männergesangsverein, Dienstag oder Donnerstag gesucht. Offerten in Gehaltsangabe an Gg. Gross, Wilmersdorf, Berlinerstr. 145, III. erbeten. 18178

Mäherinnen

auf Manschetten bei hohen Löhnen (außer dem Hause) verl. sofort

J. Jacoby, O. Wäldch-Jabrit, Schillingstr. 12.

Blätterinnen

auf Manschetten und Servietten bei hohen Löhnen verlangt sofort

J. Jacoby, O. Wäldch-Jabrit, Schillingstr. 12.

Blätterinnen

auf Herrenkragen bei hohen Löhnen verlangt sofort

J. Jacoby, O. Wäldch-Jabrit, Schillingstr. 12.

Arbeiter Gesangsverein sucht Dirigenten für Sonntag, Wäldch, Schillingstr. 21. 18188

Tüchtige Schultrocten-Mäherinnen gegen hohen Lohn sofort gesucht Kobu, Schillingstr. 11, 2 Trgn.

„Fortuna“

Größtes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft des Nordens
 93 Kastanien-Allee 93, Ecke der Oderbergerstraße,
 empfiehlt in großer Auswahl

Winter-Paletots, guter Qualität von 12 W. an	Hosen
Hohenzollern-Mäntel 20	von reinwollnem Stoff von 3,50 W. an
Jaquet-Anzüge 13	Wolster-Joppen
Rock-Anzüge 18	Knaben-Anzüge u. Paletots
Gehrock-Anzüge 27	in großer Auswahl

Großes Stofflager
 zur Anfertigung nach Maass
 in eigener Werkstat.

Preisliste von Carl Stier



Fabrik für 32363*

Herren- und Knaben-Garderobe.

Oranienstr. 168.

Potsdam:
Brandenburgerstrasse 23.

Zur Winter-Saison

empfehle meine durchweg
über gearbeiteten u. elegant
stehenden Fabrikate

zu nachstehenden billigen Preisen:
A. Anzüge.

Jacket-Anzug von dunkel oder farblich melirtem Zwirn-Buckskin 1- oder 2-reihig	16.- Wt.
Jacket-Anzug von kräftigem Zwirn-Buckskin	18.- "
Jacket-Anzug von blau oder schwarzem Cheviot 1- oder 2-reihig	18.- "
Jacket-Anzug von Zwirn-Buckskin, schöne, neue Muster, haltbar und solide	23.50 "
Jacket-Anzug von schwarz, braun oder blau Cheviot, eleganter Anzug	25.- "
Jacket-Anzug von melirtem Diagonal-Cheviot, sehr solider Anzug	25.- "
Jacket-Anzug von [] Belour, hochmoderne Muster, haltbarer Stoff	25.- "
Jacket-Anzug von schwarz oder blau Rammingarn-Cheviot, mittlerer, eleganter Anzug	27.- "
Jacket-Anzug von Diagonal-Rammingarn 1- oder 2-reihig	27.- "
Jacket- oder Rock-Anzug von schwarzer Rammingarn, eleganter Anzug	30.- "
Jacket- oder Rock-Anzug von melirtem Rammingarn, feiner Vornadenschnitt	33.- "
Jacket- oder Rock-Anzug von Diagonal-Rammingarn, Cheviot, feiner, eleganter Anzug 39.-, 43.-	39.-, 43.- "
Jacket-Anzug von schwarzem Diagonal-Cheviot in ganz neuen Farben, hochmodern	33.- "
Jacket-Anzug von prima Cheviot, schwarz, braun oder blau, sehr haltbar und hochlegant	48.-, 45.-, 43.-, 36.- "
Jacket- oder Rock-Anzug von Rammingarn, höchste Qualität	50.-, 45.-, 42.-, 36.- "
Jacket-Anzug von schwarzem und echt englischen Neuhelien	50.-, 45.-, 36.- "
Gehrock-Anzug von Diagonal-Rammingarn, sehr eleg.	36.- "
Gehrock-Anzug v. sehr feinem schwarzen Rammingarn	45.- "
Gehrock-Anzug von H. schwarzer Tuchrammingarn, hochleganter Gesellschafts-Anzug	50.- "

B. Hosen.

Hosen von gewirtem Stoff	1.75 Wt.
Hose von Wolle oder gewirtem Baumwollstoff	2.25 "
Hose von kräftigem, gewirtem Stoff, schöne gestreifte Muster	2.75 "
Hose von Zwirn-Buckskin	3.10 "
Hose von schwarzem Buckskin, gestreifte dunkle Muster	4.50 "
Hose von Zwirn-Buckskin, schöne gestreifte Muster, sehr haltbar	5.50 "
Hose von kräftigem Belour, hell oder dunkel	6.50 "
Hose von Belour, in schwerer Waare	8.00 "
Hose von Rammingarn, Fein	5.50 "
Hose von gestreiftem Rammingarn, sehr schöne Muster	8.50 "
Hose von Cheviot, in schönen melirten Farben	5.50 "
Hose von harter Zwirn-Buckskin, sehr u. haltbar 7.50 u.	6.00 "
Hose von schwarzer Rammingarn, schöne, dunkle Muster	8.50 "
Hose von Kottbuser Zwirn-Buckskin oder Cheviot, elegante, sehr feine Muster, solide im Tragen, 15.00, 13.50, 12.00, 11.00, 10.50 bis	9.00 "
Hose von schwarzer Rammingarn, hochlegante Neuhelien 16.50, 15.00, 14.00, 13.50, 12.00 bis	11.00 "
Hose von schwarzem Satin, Tuch-Rammingarn, Rammingarn od. Buckskin 16.50, 15.00, 12.00, 10.50 bis	8.50 "

C. Knaben- und Burschen-Anzüge.

Knaben-Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren, in schönen, neuen Mustern, hell oder dunkle Farben, von 4.00 Wt. an	4.00 Wt. an
Knaben-Anzüge für das Alter von 7-12 J.	7.50 "
Jünglings-Anzüge	12.00 "
Einsegnungs-Anzüge in Satin, Rammingarn, Cheviot etc.	30-12 "

Knaben- u. Jünglingsmäntel zu sehr billigen Preisen.

Die besten Preise sind an jedem Gegenstand deutlich angegeben. Handel angegeschlossen.

In meiner Abteilung für Mahanfertigung befindet sich ein außerordentlich reichhaltiges Stofflager mit allen Neuheiten ausgestattet.

Muster- und Waarenleitung sende ich nach außerhalb und garantiere für tadellose Ausführung und eleganten Sitz.

Erklärung!

Die Restbestände bestehend aus Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäfts

von Benno Ferster

Sollen in kürzester Zeit anverkauft werden.

Winter-Paletots, früher 14, 18, 24, 30, Jetzt 9, 12, 15, 18 Wt.
 Joppen, früher 8, 10, 12, 15, Jetzt 5, 7, 8, 9 Wt.
 Hohenzollern-Mäntel, früher 25, 29, 33, 40, Jetzt 17, 22, 25, 28 Wt.
 Knaben-Mäntel, früher 4, 5, 6, 8, Jetzt 2, 3, 4, 5 Wt.
 Jaquet-Anzüge, früher 15, 19, 24, 30, Jetzt 10, 12, 16, 19 Wt.
 Rock-Anzüge, früher 20, 26, 30, 38, Jetzt 15, 18, 21, 24 Wt.
 Durchschn-Anzüge, früher 9, 12, 15, 19, Jetzt 5, 7, 9, 10 Wt.
 Knaben-Anzüge, früher 4, 5, 6, 8, Jetzt 2, 3, 4, 5 Wt.
 Stoff-Hosen, früher 3, 4, 5, 9, Jetzt 2, 3, 4, 6 Wt. 3177*

62 Reinkendorferstr. 62
 am Nettelbeckplatz. an der Stadtbahn.

Kugel-Gelenk-Puppen-Fabrik

P. R. Zierow,

Berlin, Schönhauser Allee 179.

Reparaturen und alle Ersatztheile.
 Lager von Köpfen, Bälgen,
 gekleideten Puppen.
 Eigene Fabrikation.

Uhren, Gold-, Silber-, Messingwaren

verkauft nur gute Fabrikate zu den bekannten billigen Preisen

H. Gottschalk, Admiralstr. 37, Kottbuser Thor.

Möbel und Polsterwaren Franz Tutzauer,

Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Parteigenossen!

Hüte

Schirme, Stöcke, Kravatten nur mit Kontrollmarke

Otto Gerholdt, Drebbenerstr. 2, Ecke Stallstr.

Konkurs-Ausverkauf

eleganter

Herren-Garderobe

der Braunspar'schen Konkursmasse.

Die vorräthigen Paletots, Jaquet-Anzüge, Joppen, Rock- und Jaquet-Anzüge, einzelne Hosen und Westen sowie Knaben-Anzüge werden

198 Oranienstraße 198,

Gegend Heinrichsplatz,

mit anderen Waaren täglich von 9-1 Uhr vormittags und 3-8 1/2 Uhr nachmittags zu billigen Taxpreisen ausverkauft.

Bestellungen nach Maass
 werden unter persönlicher Leitung des beteiligten Geschäftsinhabers Herrn Bernhard Braunspar von den noch vorhandenen Stoffen in besonnder guter Ausführung zu sehr billigen Preisen angefertigt.

Sonntag Verkaufzeit: 8-10, 12-2 Uhr. Der Verwalter.

Seige Freunden und Bekannten hierdurch an, daß ich

SO., Stallstr. 82-83 an der Wrangelstraße,

ein Weib- und Bairisch-Bier-Lokal eröffnet habe.

Fran Clara Ullrich (früher Bechtelhof).

Geschäfts-Eröffnung!

Freunden und Gönnern zur gef. Nachricht, daß ich das

Weib- u. Bairisch-Bier-Lokal des Herrn Jablonsti,

Naunynstraße 37, 3471L*

übernommen habe und in höherer Weise, mit grossem Fruchtsalz, Mittags- und Abendbisch zu stollen Preisen, weiterführen werde.

Ehrungsvoll **Otto Müller, Gastwirth, Naunynstr. 37.**

Wirthshaus Schmargendorf,

Warnemünderstr. 6, direkt am Grünewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeehaus (4 Uter 60 Wt.) - Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. - Vorzügliche Speisen und Getränke zu billigen Preisen. Pausenbier, Glas 10 Wt. 3302*

Jeden Sonntag: Grosser Ball. **Karl Baier.**

Park-Restaurant „Johannisthal“

Vorstr. 12/13 Jnh.: **Fritz Rau** Vorstr. 12/13

Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Anfang 4 Uhr.

Empfehle meinen Saal, 600 Personen fassend, zu allen Versammlungen und Festlichkeiten. 3397*

Fritz Rau, Gastwirth, früher Stallstr. 126.

Wo?

wachen wir am Samstag unsere Herren-Besuche hin?

Nach **Biehlerwerder „Zum alten Freund“**,
 der schlaecht und macht Hefenwurz und ladet alle Freunde und Bekannte ein. 3381L*

Aug. Günther, Frankfurt Allee 16

empfehle sein

W. u. Bairisch-Bier-Lokal nach gr. Vereinszimmer. 3393*

O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 20,
 schen alten Wirthshaus unter Nr. 1. - 4 u. 2 Wt. 0.30.
 circa alte Waare 1.40, 0.70.
 Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 2566*

an **Paran-Strasse 4/5,**
 Sonntag geöffnet.

Hüte! (Rein Woll.) Hüte!
 Welche Herrenhüte von 1.50 an, Kinderhüte und Mägen zu den billigsten Preisen.
Fritz Woth, Sigdorf, Hohreistr. 76 part.
 am Bernauerplatz. 12256*

Hut-Engros-Lager.

Einzelverkauf Hüte, Mägen, Pelzwaren, Schirme, Stöcke zu billigen Preisen; gemäss meinen Kunden einen Rabatt von 5 Prozent pro Waar.

Robert Telpelke,
 Putzmachermeister, Admiralstr. 16.

Herren-Hüte

u. Pelzwaren eigener Fabrik in großer Auswahl.

P. Grund,
 1. Geschäft: Brunnenstraße 180.
 2. Geschäft: Drebbenerstraße 134, am Kottbuser Thor.

Herren-Hüte,

welche von W. 1.40, feste von W. 1.75 an empfiehlt **G. Kietmann's** Fabrik-Lager, nur Mariannenstr. 33 pt. (L. Vab.).

Hüte Schirme und Mägen in großer Auswahl von **Emil Stabrie, Vincenz-Platz 4,** zwischen Puppiner- u. Schweinmünderstr.

Zahn-Atelier A. Jammer,
 Nollstr. 15. Künstliche Zähne 2 Wt., auch Teilzahlung, Plomben etc.

M. Schulmeister,

Schneidermeister,

Berlin SO., Dresdenstr. 4, | **Schöneberg, Hauptstrasse 143,**

empfehle zur **Wintersaison** seine **Specialartikel:**

Hohenzollern-Mäntel in grau, blau, schwarz von Mk. **16-48,-**
Winterpaletots in guten Eskimos u. Krimmerstoffen **14-40,-**
Loden- und Duffeljoppen, warm gefüttert. **5,- an.**

Knaben-Garderobe zu äusserst billigen Preisen.

Bestellungen nach Maass in besten Stoffen prompt u. billig.

Bitte genau auf die **Firma und Hausnummer**
Dresdenerstrasse 4, und Schöneberg,
Hauptstrasse 143, zu achten.

Hut-Engros-Geschäft

Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.

Grösste Leistungsfähigkeit der Hutbranche.

Herren-Hüte, weich oder steif, von 1.75 an bis 3.50 Wt.
 Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 Wt. an.
 Hochleganter Zylinder Ia. 7.50 Wt. 3301*

Neueste Neuheit „weiche Herrenhüte“ in allen Farben pr. St. 2.75 Wt.
 Sonntag geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

Eröffnung 12. Filiale

Simonson & Co. Nachf.

Dem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß wir mit dem heutigen Tage ein **Spezial-Hut- und Pelzwaren-Geschäft** eröffnen. Wir unterhalten stets ein reichhaltiges mit allen Neuheiten assortirtes Lager von dem billigsten bis zum feinsten Genre. Unsere seit Jahren bestehende Firma bürgt für streng reelle solide Bedienung.

Hut-Bazar „Zum Pfau“, Oranienstr. 1, Mantelfelstr.

Hüten, Schirme, Stöcke in grosser Auswahl.

